



DIE ROTE HILFE

4.2025

ZEITUNG DER ROTEN HILFE E.V. | 2 EURO | 51. JAHRGANG | C 2778 F | WWW.ROTE-HILFE.DE

S. 06
REPRESSION

Völlig aus der Luft
gegriffen – Willkürurteil
im Prozess gegen Hanna

S. 15
INTERNATIONAL

Großverfahren gegen
Antifaschist*innen in
Österreich

S. 23
SCHWERPUNKT

Politische Gefangene in
Mexiko – Der Kampf für
ihre Freiheit

S. 42

Gewaltsames
Verschwindenlassen in
Mexiko

S. 47
HISTORISCHES

Günter Sare – Tod durch
Wasserwerfereinsatz

RESISTENCIA



Kämpfe
und Repression
in Mexiko

■ Der Roten Hilfe e.V. ist es wichtig, männlich oder binär dominierte gesellschaftliche Verhältnisse in ihren Publikationen nicht sprachlich zu reproduzieren. Deshalb bittet das Redaktionskollektiv der RHZ alle Autor*innen darum, in ihren Beiträgen Gender-Gap oder Gender-Sternchen zu nutzen. Sofern im Heft Beiträge abgedruckt sind, bei denen dies nicht der Fall ist, liegt das in einer ausdrücklichen Entscheidung der Autor*innen begründet oder daran, dass bspw. ein historischer Text nachgedruckt wird. In beiden Fällen möchte das Redaktionskollektiv nicht durch eigenhändiges Gendern ein Bewusstsein vorspiegeln, das bei den Autor*innen beim Verfassen des Beitrags – aus welchen Gründen auch immer – tatsächlich nicht vorhanden war.



WER IST DIE ROTE HILFE?

Die Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Be-tätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.

Aus der Satzung

► Fingerprint zur Prüfung von PGP-Schlüsseln der Roten Hilfe e.V.:
3217 EC6F AA70 7697 F262
BD69 8B1A 19B5 9042 69F8

EDITORIAL

IN EIGENER SACHE

04 Geld her! Dafür brauchen wir eure Mitgliedsbeiträge ...

REPRESSION

06 Völlig aus der Luft gegriffen – Willkürurteil im Prozess gegen Hanna
08 Freiheit für Maja! Hungerstreik, Prozess und Solidarität

STIMMEN AUS DEM BUNDESTAG

10 Taser – Stromschlag statt Sicherheit

AZADÎ

12 AZADÎ – Informationen des Rechtshilfefonds für
Kurdinnen und Kurden in Deutschland

REPRESSION INTERNATIONAL

15 Bis zu 15 Jahre für Mützenklau?
Großverfahren gegen Antifaschist*innen in Österreich
18 Assata Shakur – Sie starb auf Kuba als freier Mensch

SCHWERPUNKT

20 Geschichte Mexikos – Eine kleine Einführung
23 Politische Gefangene in Mexiko – Der Kampf für ihre Freiheit
26 „Tod, Gefängnis oder Verschwinden“ – Interview eines*einer Aktivist*in
mit einem Mitglied der Gruppe „Wir sind nicht Alle“ in Mexiko
29 Chiapas – Zwischen Staatsrepression und Kartellgewalt
31 Zapatistas – Neues aus den zapatistischen Caracolesa
32 Gewalt gegen Frauen – Auch nach einem Jahr Amtszeit
der ersten Präsidentin hat sich nichts verändert
35 „Als ob das das Leben wäre.“ – Repressionen gegen
die Umweltbewegung in (Süd-)Mexiko
39 Vom Klassenzimmer zur Barrikade – Die Sektion 22 und der
lange Kampf um Bildung und Gerechtigkeit in Oaxaca
42 Der Flug der Schmetterlinge – Gewaltsames Verschwindenlassen in Mexiko

REZENSION

44 Anarchisten hinter Gittern – Politische Gefangene in „Sowjet“-Russland 1921
45 Gegen Repression und Gefängnisse – Transnationale Solidarität

HISTORISCHES

47 Günter Sare – Tod durch Wasserwerfereinsatz
49 Fundstück des Monats – „Info der Demo-Sanis“
50 Im Kampf ehrlich dabei – Zwei Rote Hilfen feiern gemeinsam Weihnachten

AUS ROTER VORZEIT

53 Die Rote Hilfe Deutschlands in Köln in der Illegalität ab 1933

Liebe Genoss*innen, liebe Leser*innen,

aktuelle Veränderungen lassen die mexikanische Politik in fortschrittlichem Licht erscheinen. Mit Claudia Sheinbaum ist das erste Mal eine Frau an der Spitze der Regierung und es gibt progressive Elemente in der Regierungspolitik. Zeitgleich herrscht eine berechtigte Angst: Jeden Tag werden Menschen gewaltsam verschwunden gelassen. Stand Oktober 2025 sind es insgesamt 133.000 vermisste Personen. Davon sind Aktivist*innen aus allen Bereichen sowie ihr Umfeld betroffen. In den Artikeln stellen die Autor*innen die heutigen Kämpfe gegen die Neoliberalisierung und die todbringende Verstrickung von Staat, Paramilitär und Drogenkartellen dar. Die Gewalt in Mexiko ist das Ergebnis eines Straflosigkeitspakts, durch den die verschiedenen Akteur*innen inklusive des Kapitals nebeneinander existieren und voneinander profitieren können.

Beim Lesen wird schnell klar, dass vor allem die indigene Bevölkerung und ihr Kampf für das Recht auf Land und Selbstorganisation – neben den wohl bekannten Zapatistas gibt es viele weitere Organisationen und Zusammenschlüsse – Repression ausgesetzt ist. Deutlich wird ebenso, dass in Mexiko als zutiefst patriarchalem Land insbesonders Frauen von Gewalt betroffen sind.

Die Rote Hilfe e.V. unterstützt Menschen, die wegen linker politischer Arbeit verfolgt werden. Dazu gehört auch der gewerkschaftliche Kampf sowie die Solidarität mit allen, die wegen ihres Aktivismus am Arbeitsplatz Repression erfahren, ihren Arbeitsplatz verlieren oder gar ein Berufsverbot erhalten. Deshalb beschäftigen wir uns im nächsten Schwerpunkt mit Betriebsrepression. Wir freuen uns auf eure Zusendungen!

Und noch ein letztes Mal unser Aufruf, die Leser*innenfrage auszufüllen. Haut eure Genoss*innen an, dauert nur fünf Minuten. Wir freuen uns über jede Perspektive von euch.

Mit solidarischen Grüßen – euer Redaktionskollektiv



► Zum Titelbild

Wandbild in der Gemeinde Acteal, Hochland von Chiapas. Hier richteten Paramilitärs im Zuge der staatlichen Aufstandsbekämpfung gegen die EZLN und ihre Unterstützer*innen am 22. Dezember 1997 im Auftrag des mexikanischen Militärs ein Massaker an Mitgliedern der pazifistischen Organisation „Las Abejas“ an. Bis heute kämpft die Organisation um Gerechtigkeit und baut weiterhin ihre selbstverwalteten Strukturen aus.

■ Schwerpunkt der RHZ 1/2026:
Betriebsrepression
Redaktions- und Anzeigenschluss:
09.01.2026

■ Schwerpunkt der RHZ 2/2026:
Antisemitismus
Redaktions- und Anzeigenschluss:
10.04.2026

Geld her!

Dafür brauchen wir eure Mitgliedsbeiträge ...

Insgesamt wurden Genoss*innen mit 175.982,62 Euro unterstützt!

Im Zeitraum von Juli bis Ende Oktober 2025 wurden insgesamt 183 Unterstützungsanträge bearbeitet. In 98 Fällen zahlen wir den Regelsatz von derzeit 50% der anfallenden Kosten, wobei 14 mal die anwaltlichen Gebühren auf den Pflichtverteidigungssatz zu kürzen waren. Bei acht weiteren Anträgen wurde die Übernahme der vollständigen noch offenen Restkosten beschlossen. In 70 Fällen entschieden wir, die den jeweiligen Genoss*innen entstandenen Kosten komplett zu übernehmen. Bei sieben der entsprechenden Anträge lagen allerdings die anwaltlichen Kosten über den Pflichtverteidigungsgebühren, was Kürzungen nach sich zog. In sieben Fällen zahlen wir die konkret beantragten Prozentsätze der Kosten von 70%, 75% und 90%. Zurückgestellt werden mussten wegen offener Fragen sieben Unterstützungsanträge.

Bewusstlos geschlagen und „Rassismus-Inspektion“

★ Die Cops haben mit lokalen Behörden ein Wohnhaus durchsucht, angeblich zur Sichtung des Hauszustandes. Viele migrantische Personen wohnen in dem Haus, die ihre Personalien angeben mussten und nach ihrem Aufenthaltsstatus befragt wurden. Einige Wohnungen wurden gleich mit durchsucht – wo die Cops doch schon mal da waren.

Dies ließen sich einige der Bewohner*innen nicht gefallen und führten einige Wochen später ihrerseits eine

„Rassismus-Inspektion“ im Rathaus der Stadt durch, um dem Verdacht nachzugehen, ob die Mitarbeitenden rassistisch agieren würden. So auch der Antragsteller. Er soll während der Inspektion einem städtischen Angestellten vorgeworfen haben: „Ihr seid alle Nazis, jeder, der für den Staat arbeitet, ist ein Nazi, ein Rechtsradikaler“. Dafür erhielt er einen Strafbefehl wegen Beleidigung. Wir übernehmen 50% der anfallenden Kosten (681 Euro), insgesamt 340,50 Euro.

Das grüne Wasser bricht den Stein

★ Im Sommer 2024 wurde bei einer Aktion der Gruppe „Klimagerechtigkeit Kassel“ das Wasser der Kaskaden des Weltkulturerbebergparks Wilhelmshöhe grün eingefärbt und ein Banner mit der Aufschrift „Trinkwasser statt Giftwasser“ gezeigt, um gegen die industrielle Salzverseuchung der Werra zu protestieren. Der Antragsteller sah sich bald darauf mit dem Vorwurf konfrontiert, eine unangemeldete Versammlung geleitet zu haben. Es kam zu einer Verhandlung und der Verhängung einer Geldbuße. Die Rote Hilfe e.V. trägt mit 340,22 Euro 50% der anfallenden Kosten.

Copfreie Street Day-Parade

★ Der antragstellenden Person wird einerseits vorgeworfen, 2022 in Frankfurt am Main im Rahmen einer Demonstration vor dem Generalkonsulat Irans an einer Blockade des Eingangs mitgewirkt zu haben. Zudem habe sie im Jahr darauf am Rande der CSD-Parade den Versuch unternommen, die Teilnahme zweier Polizeibeamter zu unterbinden, deren Streifenwagen von ihnen eigens mit einer Regenbogenfahne geschmückt worden war. Die antragstellende Person soll gemein-

► Bei eurer Ortsgruppe oder auf unserer Homepage erfahrt ihr, wie ihr selbst einen Unterstützungsantrag stellen könnt: www.rote-hilfe.de/infos_hilfe/unterstuetzungsantrag

sam mit anderen Menschen die Cops zeitweilig an der Weiterfahrt gehindert und die Regenbogenfahne abgerissen haben sowie auf die Motorhaube gesprungen sein, um von dort aus „Verpisst euch!“ zu rufen.

Der Prozess wurde inklusive des Verlebens einer Prozesserkklärung politisch geführt. Wegen Beleidigung, Nötigung und Sachbeschädigung mussten 50 Stunden gemeinnütziger Arbeit abgeleistet werden. Darüber hinaus entstanden Kosten im niedrigen vierstelligen Bereich, von denen die Rote Hilfe e.V. den Regelsatz in Höhe von 599,38 Euro übernimmt.

Doppelt klebt besser

★ Im Zuge der Teilnahme an zwei Klebeaktionen der „Letzten Generation“ auf Mainzer Verkehrsstraßen wurde der Antragsteller zunächst von Autofahrenden massiv bedroht und dann von Cops festgenommen. Wegen Nötigung angeklagt, bekannte er sich vor Gericht konsequent zu den Überzeugungen und Zielen der Klimagerechtigkeitsbewegung. Der Umwelt-Treuhafonds übernahm die anwaltlichen Gebühren, solidarische Freund*innen steuerten weitere 250 Euro bei, den Rest der anfallenden Kosten in Höhe von 1941,05 Euro erstattet die Rote Hilfe e.V.

Den historischen Mittelfinger gezeigt

★ Während ihrer Teilnahme an einer Spontandemo gegen den angekündigten Angriff der israelischen Armee auf Rafah zeigte die Antragstellerin gewalttätig vorgehenden Cops den Mittelfinger. Dies gestand die Genossin vor Gericht auch ein, ohne sich in irgendeiner Weise zu distanzieren. Im Gegenteil, sie verlas eine ausführliche Prozesserkklärung, prangerte

hierbei die ständige polizeiliche Gewalt an und schlug einen historisch-politischen Bogen zu internationalistischen, antifaschistischen und feministischen Widerstandstraditionen. Die Rote Hilfe e.V. leistet nach Regelsatz Unterstützung und übernimmt mit 584,94 Euro 50% der anfallenden Kosten.

„Verabredung zum Verbrechen“

★ Die Teilnahme an einer Demo gegen Polizeigewalt im Kontext der Palästinasolidarität inklusive angeblicher Vermummung brachte einem Genossen in Berlin den skurrilen Vorwurf der Verabredung zum Verbrechen ein. Das Verfahren wurde eingestellt, die Rote Hilfe e.V. übernimmt 50% der anfallenden anwaltlichen Kosten in Höhe von 202,90 Euro.

Kein Vergeben, kein Vergessen

★ Am 1. April 2025 wurde mit Stangen und Rollen „Peter Konrad - 04.05.92 Werder (Havel)“ an eine Autobahnbrücke in Berlin-Neukölln gemalt. Die Aktion diente der Erinnerung an Peter Konrad, der am 25. April 1992 in Werder von Skinheads und Hertha BSC-Hools brutal zusammengeschlagen sowie -getreten worden und zwei Wochen später seinen schweren Verletzungen erlegen war. Die Antragstellerin erhielt in diesem Zusammenhang wegen gemeinschaftlicher Sachbeschädigung einen Strafbefehl über 1.200 Euro, den sie nach anwaltlicher Rücksprache und einer Beratung seitens der zuständigen Ortsgruppe annahm. Die Rote Hilfe e.V. unterstützt gemäß Regelsatz mit 50% der anfallenden Kosten und überweist 742,25 Euro.

Staatlich bestrafte Ehrlichkeit

★ Im Zuge ihrer Teilnahme an einer palästinasolidarischen Demo wollte eine Genossin einer von der Polizei physisch attackierten Freundin zu Hilfe eilen, woraufhin sie ihrerseits von Cops körperlich angegriffen wurde. Später von Uniformierten gefragt, ob sie geschlagen worden sei, bejahte die Antragstellerin wahrheitsgemäß, was ihr eine Anzeige einbrachte. Ein Strafbefehl über 1.500 Euro wegen Widerstands, tätlichen Angriffes und Körperverletzung wurde nicht akzeptiert, vor Gericht kam es zur Einstel-

lung des Verfahrens gegen Zahlung von 750 Euro. 50% der entstandenen Kosten übernimmt zezwa, die andere Hälfte in Höhe von 762,35 Euro erstattet die Rote Hilfe e.V.

Der AfD die Luft herausgelassen

★ Im Zuge eines antifaschistischen Protestes zerstach die Antragstellerin Luftballons mit AfD-Logo. Daraufhin von Cops kontrolliert, konstatierte die Genossin, dass die AfD eine Nazi-Partei sei. Hieraus konstruierte einer der Polizeibeamten die Anschuldigung, als Nazi verunglimpft worden zu sein, und schrieb eine Anzeige wegen Beleidigung. Einen Strafbefehl in Höhe von 900 Euro nahm die Antragstellerin nicht hin, vor Gericht wurde das Verfahren gegen Zahlung von 300 Euro eingestellt. Die Rote Hilfe e.V. unterstützt auf Basis der Pflichtverteidigungsgebühr mit 50% der anfallenden Kosten und überweist 528,73 Euro.

„Putin ist doof“

★ Die antragstellende Person hat auf einem Balkon des ehemaligen russischen Generalkonsulats ein Transpi mit der Aufschrift „Putin ist doof“ angebracht. Mit der Unterstützung eines Anwalts wurde das Verfahren gegen eine Geldauflage in Höhe von 240 Euro eingestellt. Insgesamt entstanden Kosten in Höhe von 830,34 Euro, wovon die Rote Hilfe e.V. die Hälfte übernimmt.

Keine Nazi-Sticker im Kiez

★ Die antragstellende Person soll Jugendliche beim Verkleben von Nazi-Stickern mit Pfefferspray angegriffen haben. Mit Hilfe eines Rechtsanwalts konnte das Verfahren eingestellt werden. Es entstanden Anwaltskosten in Höhe von 545,79 Euro. Die Rote Hilfe e.V. unterstützt den Fall komplett, allerdings musste die Anwaltsrechnung auf den Pflichtverteidigersatz gekürzt werden.

3 x Öcalan

★ Eine Fahne auf der Demo gegen die Sicherheitskonferenz, ein Transparent bei einer Kundgebung für die Freiheit für Öcalan und der Gipfel – bei einer Demo gegen den türkischen Angriffskrieg

war doch tatsächlich ein Aufkleber mit Öcalans Porträt auf dem Handy. Diese „Vergehen“ brachten einem Antragsteller eine Bewährungsstrafe von fünf Monaten und hohe Kosten von insgesamt 3.627,35 Euro ein. Die Rote Hilfe e.V. unterstützt den Fall mit 100%.

Verkehrte Welt

★ Zeitgleich zu einem CSD fand eine Kundgebung der AfD statt, die sich als „Beschützer queeren Lebens“ aufspielen wollte. In dem Gegenprotest dazu wurden drei Personen identifiziert, die eine „Stolzmonat-Fahne“ dabei hatten. Bei dem Versuch, diese abzuschirmen und auf die Personen aufmerksam zu machen, „kam es zu einer etwas dynamischeren Situation und der Antragsteller hatte plötzlich die Fahne in der Hand“. Es folgten die Mitnahme auf die Wache und eine ED-Behandlung. Wegen Diebstahls kam es insgesamt zu Kosten von 861 Euro, wovon die Rote Hilfe e.V. 100% übernimmt.

Im Klinsch

★ Haufenweise flattern Fälle wegen des AfD-Parteitages 2023 in Offenburg ein. Der Antragsteller war auch da und wurde wegen Vermummung zu einer Geldstrafe verurteilt. Im Grunde erstmal nichts Besonderes. Was aber wirklich ungewöhnlich an dem Fall ist – die Staatsanwaltschaft in Karlsruhe und die Richterin in Offenburg konnten sich schlicht nicht darauf einigen, wie hoch die Geldstrafe ausfallen soll. Deshalb musste der Antragsteller sogar persönlich erscheinen. Insgesamt sind letztlich Kosten in Höhe von 558,50 Euro entstanden, welche die Rote Hilfe e.V. zu 100% übernimmt.

Demosanitäter

★ Der Antragsteller beteiligte sich als Demosanitäter an einer Blockadeaktion des Steinkohlekraftwerks Datteln IV, wobei ihm Nötigung vorgeworfen wurde. Das Verfahren konnte mit Hilfe einer solidarischen Rechtsanwältin eingestellt werden. Es entstanden anwaltliche Kosten in Höhe von 420,07 Euro, welche komplett von der Roten Hilfe e.V. übernommen werden. ♦

Völlig aus der Luft gegriffen

Fünf Jahre – Willkürurteil im Prozess gegen Hanna

Solikreis München

„Ich komme mal zu Ihnen.“ Der Vorsitzende Richter Stoll steht von seinem Platz auf, läuft um die Richterbank herum und stellt sich neben den Stuhl des Polizeibeamten im Zeugenstand. „Nein, also beim besten Willen, auch von hier kann ich die Beschuldigte nicht erkennen.“ Der Beamte hingegen ist sich ganz sicher, dass es sich auf den Bildern um Hanna handelt. Es ist erst der zweite Prozesstag, doch Szenen wie diese sollten sich noch des öfteren ereignen. Immer wieder wird in diesem Prozess deutlich, dass es vor allem den Beamt*innen der „Soko LinX“ darum geht, Hanna und weitere Antifas um jeden Preis zu belasten – auch wenn das Bildmaterial dies oftmals nur schwerlich hergibt.

■ Hannas Prozess war der erste zum Budapest-Komplex in Deutschland. Auch wenn sie in diesem Verfahren formal die einzige Beschuldigte war, sollte hier das Konstrukt der „kriminellen Vereinigung“, der mehr als ein Dutzend Antifaschist*innen angehören sollen, gerichtlich bestätigt werden. Die Beweisaufnahme umfasste alle Taten, die der Gruppe vorgeworfen werden, nicht nur diejenigen, an denen Hanna beteiligt gewesen sein soll. Der Münchner Prozess ist daher für alle Beschuldigten im Budapest-Komplex von großer Bedeutung. Das gefällte Urteil und dessen Begründung dürfte nach Einschätzungen von Anwält*innen den Ton für die kommenden Strafprozesse setzen.

Um die These der kriminellen Vereinigung zu untermauern, nahm die SOKO LinX des sächsischen LKA einen

Großteil des bisherigen Prozesses in Anspruch. Tagelang wurden Ausschnitte von Überwachungskameras aus Budapest vorgeführt. Anhand derer versuchten die Beamt*innen eine Indizienkette aufzubauen und nachzuweisen, dass eine an einer Stelle unvermummt zu sehende Person dieselbe ist, die in Tatvideos verummt auftritt. Teils waren die aufgestellten Hypothesen mehr als wackelig. So wurden bei drei Personen die exakt gleichen Schuhe als bleibendes Identifizierungsmerkmal benannt. Den Beamt*innen selbst schien dies gar nicht aufgefallen zu sein.

dürfe: „Das ist nicht von meiner Aussagegenehmigung gedeckt.“ Wie genau die Identifizierungen vollzogen wurden, konnte nicht plausibel erklärt werden. Die Identifizierungsvermerke wurden teils von einem Praktikanten ohne jegliche Fachkenntnisse verfasst.

Im Falle von Hanna zeigt sich letztlich anschaulich, dass die SOKO LinX zu keinem Zeitpunkt ergebnisoffen ermittelte. Sie hätten Hanna aus einem früheren Verfahren als Kontakterson einer Beschuldigten gekannt und nach Ansicht der Bilder aus Budapest zunächst nur einen vagen Verdacht gehabt, sie kön-



Insgesamt wirft das Vorgehen der SOKO LinX viele Fragen auf. So steht der Verdacht im Raum, dass zur Auswertung des 1,5 Terabyte umfassenden Bildmaterials und zur Identifizierung von Personen unzulässige Software eingesetzt wurde. Zeug*innen des LKA konnten unter anderem die Herkunft von Markierungen im Bildmaterial nicht erklären. Schliessendlich berief sich selbst der leitende Ermittler Mathe darauf, dass er über die verwendete Software nicht sprechen

ne dabei gewesen sein. Vergleichsbilder von Hanna, die aus dem Internet, Bahnhofsüberwachung und einer Hausdurchsuchung stammten, wurden daraufhin zusammen mit Bildmaterial aus Budapest einer Super Recognizerin zur Prüfung vorgelegt. Dabei handelt es sich um Beamt*innen, die bei einem polizeiinternen Test Personen besser wiedererkennen können als andere. Daraus wird dann geschlossen, dass sie eine spezielle Begabung hätten und bestimmten könnten,

ob verschiedene Aufnahmen dieselbe Person zeigen. Das Vorgehen entzieht sich dabei jeder objektiven Nachvollziehbarkeit. Eine im Prozess befragte Super Recognizerin erklärte, sie könne nicht sagen, woran sie eine Person wiedererkenne, das sei ein Bauchgefühl. Neben dem Einsatz der Super Recognizerin wurde ein Gesichtsgutachten durchgeführt, das aber nicht bestätigen konnte, dass es sich bei der gesuchten Person um Hanna handelt. Ein weiteres Gutachten mit besseren Vergleichsbildern kam erneut zum Ergebnis, dass Hanna nicht zu identifizieren sei. Markante Pigmentflecken in Hannas Gesicht waren auf den Aufnahmen aus Budapest nicht erkennbar. Dennoch legte man sich darauf fest, dass Hanna die gesuchte Person sei und stützte sich dabei auf Indizien wie eine ähnliche Nasenform.

Um den Verdacht zu erhärten, schreckten die Behörden vor kaum einer Methode zurück. So ordnete das Gericht gegen den starken Protest der Verteidigung einen 3D-Körperscan von Hanna an. Hanna leistete bei der Durchführung keinen Widerstand, wirkte aber auch nicht mit. Wie sie selbst im Prozess eindrücklich schilderte, wurde ihr daraufhin gewaltsam entgegen der richterlichen Anordnung sämtliche Oberbekleidung vom Leib gerissen. Anschließend wurden Aufnahmen von ihr angefertigt. Mit diesen wollte Dirk Labudde vom Forensic Science Investigation Lab der Hochschule Mittweida eine Art 3D-Exoskelett erstellen und prüfen, ob Bewegungsabläufe von verummelten Personen aus den Tatvideos zu Hanna passen. Dass die Verlässlichkeit dieser Methode wissenschaftlich mehr als fragwürdig ist, schien genauso wie der massive Eingriff in Hannas Intimsphäre keine Rolle zu spielen.

Der entwürdigende Körperscan ist nur eines von vielen Beispielen, wie psychischer Druck auf Hanna aufgebaut wird. Obwohl sie zu keinem Zeitpunkt untergetaucht war, sitzt sie nun seit über einem Jahr in Untersuchungshaft. Pro Monat darf sie nur zweimal je eine Stunde Besuch von maximal zwei Personen empfangen und zwei Mal 30 Minuten telefonieren. Obwohl der bei der entsprechenden Tat Geschädigte nach dem Angriff selbstständig aufstand und im wesentlichen Platzwunden und Prellungen davontrug, lautet die Anklage unter anderem auf

versuchten Mord. Ein völlig aus der Luft gegriffener Vorwurf, der wohl insbesondere als Botschaft an die Untergetauchten gedacht war: Wir lassen Budapest niemals verjähren! Doch auch auf Hanna erhöht dies freilich gerade im Hinblick auf ein mögliches Strafmaß den Druck. Allgemein wird sie wie eine Top-Terroristin behandelt. Für den Prozess wurde sie extra nach München verlegt, damit sie an den Verhandlungstagen in einen an das Gefängnis angegliederten Hochsicherheitsgerichtssaal gebracht werden kann. Auch unter den Mitgefangenen wurde im Vorfeld ihrer Verlegung Misstrauen gegenüber Hanna geschürt. So beklagte Hanna am zweiten Prozesstag: „Meine

die Gefängnismauern schicken! Denn sei es eine ins Gefängnis geschickte Zeichnung oder ein kleines Feuerwerk vor dem Zellenfenster: Mit all diesen kleinen Zeichen geben wir Hanna Kraft, durchzuhalten.

Neben der solidarischen Prozessbegleitung und der Organisation von Kundgebungen versucht der Solikreis die Öffentlichkeit über den Prozess zu informieren und kritische Perspektiven in die Medienberichterstattung einzubringen. Insgesamt müssen wir aber leider ein großes Desinteresse an der auch nach den Maßstäben des bürgerlichen Staates absolut unverhältnismäßigen Verfolgungswut der Behörden gegenüber



Bundesdelegiertenversammlung, September 2025

Zelle in der Frauenhaftanstalt wurde drei Wochen freigelassen, bereits das sorgte für viele Fragen und Gerüchte. Geäußert wurde: Da kommt eine Terroristin, die ist schlimmer als der IS. Mehrfach hörte ich auch den Namen Beate Zschäpe.“ Kurz gesagt: Die Justizbehörden tun alles, um Hanna das Leben so schwer wie möglich zu machen.

Umso bewundernswerter war ihr Auftreten vor Gericht. In den wenigen Fällen, in denen sie sich selbst äußerte, machte sie einen kämpferischen Eindruck. Und es war ihr immer wieder anzusehen, wie sehr sie sich über bekannte aber auch unbekannte Gesichter im solidarischen Publikum freute. Das zeigt auch uns: Solidarische Praxis wirkt, sie ist keinesfalls sinnlos. Wann immer ihr die Möglichkeit habt, die Prozesse zu besuchen: Tut es! Schreibt Briefe, kommt zu den monatlichen Solikundgebungen vor dem Knast, bei denen wir Hanna Grußbotschaften und ihre Lieblingsmusik über

Antifaschist*innen konstatieren. Gerade im Vergleich mit Italien ist dies ernüchternd. Dort ist der öffentliche Druck so hoch, dass selbst die Regierung unter Giorgia Meloni keine Beschuldigten nach Ungarn auslieferte. Die italienischen Grünen machten Ilaria, die in Ungarn inhaftiert war, gar zu ihrer Spitzenkandidatin bei der Europawahl und brachten sie damit frei. Davon sind wir in der Bundesrepublik weit entfernt. So müssen wir es schon als Teilerfolg werten, dass der kurze Aufschrei nach Majas Auslieferung zumindest mit dazu beigetragen hat, dass Hanna nicht ebenfalls ausgeliefert wurde. Öffentliche Aufmerksamkeit ist notwendig, wenn wir die Beschuldigten nicht völlig der staatlichen Willkür überlassen wollen. Denn wenn uns der Budapest-Komplex eines nochmal anschaulich vor Augen geführt hat, dann das: Wenn er keine Konsequenzen zu fürchten hat, sind diesem Staat im Vorgehen gegen Antifaschismus alle Mittel recht. ♦

Freiheit für Maja!

Hungerstreik, Prozess und Solidarität

Majas Solidaritätskomitee

Maja wurde im Dezember 2023 verhaftet und sitzt seit nun bald zwei Jahre in Haft. Seit der rechtswidrigen Auslieferung nach Ungarn im Sommer 2024, befindet sich Maja in Isolation, in einem Land dessen Justizsystem geprägt ist von Willkür und Härte und in einem Land, in dem es Maja als nicht-binäre Person schlichtweg nicht gibt. Wir als Solidaritätskomitee haben uns zusammen getan, um Maja während des Hungerstreikes zu unterstützen und begleiten Maja seitdem weiter, vor Gericht und in täglichen Kämpfen mit dem ungarischen Knastsystem.

■ Im Juni 2025 ist Maja, nach Monaten Isolationshaft und menschenunwürdigster Haftbedingungen, in den Hungerstreik getreten. Die eigene Gesundheit und letztlich das Leben aufs Spiel setzen zu müssen, um schlicht Haftbedingungen zu erreichen, die nicht gegen sämtliche Regeln und Konventionen verstößen, war ein mutiger und drastischer Schritt. Vorangegangen sind unzählige Anträge auf Hausarrest und Bemühungen um bessere Haftbedingungen. Maja hat in dieser Zeit mehr als zehn Kilogramm verloren, die Gesundheitswerte waren immer wieder sehr beunruhigend. Nach 27 Tagen Hungern wurde Maja deswegen in ein Haftkrankenhaus verlegt. Auch dort galten die verschärften Regeln der Haft weiter. Nach gravierender Verschlechterung von Majas Gesundheit musste Maja den Hungerstreik nach 40 Tagen am 14. September 2025 beenden. Das Ergebnis: ernüchternd. Keine der Forderungen konnte erreicht werden. Vielmals wurde beschwichtigt, immer wieder wurde von deutschen Behörden und Politiker*innen

betont welche Priorität der Fall habe und dennoch gab es fast keine bleibenden Veränderungen an Majas Haftbedingungen, geschweige denn Bemühungen um eine Rückführung. Nach einigen Wochen Aufenthalt im Haftkrankenhaus und zahlreichen Untersuchungen wurde Maja kurz vor den jüngsten Prozesstagen wieder nach Budapest in den normalen Knast verlegt. Kein Kontakt zu anderen Gefangenen, regelmäßige erniedrigende Durchsuchungen, wenig Tageslicht und mangelhafte Versorgung mit allem Lebenswichtigem. Doch neben all dieser Ernüchterung, ist in der Zeit des Hungerstreikes auch eine beeindruckende Solidaritätsbewegung gewachsen. Es gab Mahnwachen, Uni-Besetzungen, Störaktionen im Landtag, Lesungen, Graffiti, Post an das Auswärtige Amt, Demonstrationen und Kundgebungen vor Botschaften. Zu sehen, was für kreative Aktionen an so vielen Orten in Deutschland und auch in Europa auf die Beine gestellt wurden, bestärkende Worte von so vielen verschiedenen Leuten aus verschiedenen Ländern zu hören und zu merken wie dieser Druck neue Türen öffnet und Gespräche bewegt, hat auch immer wieder Kraft gegeben und Mut gemacht. Eine Stärke, die wir auch an dunklen Tagen nicht verlieren dürfen.

Was nicht ins Bild passt wird ignoriert

Der Prozess gegen Maja hatte bereits im Februar dieses Jahres begonnen. Nach einer langen Sommerpause ging es im September und Oktober weiter mit mehreren Verhandlungstagen. Am 22. September und dem achten Prozesstag im Verfahren, machte der Vorsitzende Richter schnell klar: Es bleibt alles beim Alten! Das Verfahren wird fortgesetzt und auch die Isolation bleibt bestehen, von der anfänglichen Anklage gibt es keine Abweichung. Als erstes spricht ein Zeuge, der den Angriff auf László Dudog und seine Frau beobachtet haben soll. Gewöhnt an völ-

lig widersprüchliche Zeugenaussagen von extrem Rechten, überrascht es, als der Mann klar der Staatsanwaltschaft widerspricht. Nein, er erkenne Maja nicht wieder. Was er gesehen hat, war ein Angriff von fünf vermummten Personen. Parolen oder ähnliches hörte er nicht. Auch einen Angriff auf Dudogs Frau konnte er nicht beobachten. Was er allerdings klar sah, waren SS-Embleme und andere extrem rechte Kleidung, die Dudog trug. Dudogs Aussage bisher: Er sei ein gewöhnlicher Tourist und habe nichts auffälliges getragen. Das erste Mal im Verlauf des Prozesses wurde so zum Thema, dass es bei den Geschädigten nicht um gewöhnliche Touristen ging, sondern um klar als extrem rechts zu erkennende Teilnehmer des Tages der Ehre. Der Zeuge fährt fort, diese Symbole verachte er zutiefst. Er selbst ist, nach Aussage vor Gericht, Jude. Infolge dessen wird er immer weiter unter Druck gesetzt, immer wieder dasselbe gefragt. Obwohl er bei seiner Aussage bleibt, wird seine Aussage durch die Staatsanwaltschaft immer wieder in ihrer Unabhängigkeit in Frage gestellt. Bei einer Gegenüberstellung der beiden Aussagen am letzten Prozesstag, wird dann die Aussage eines Neonazis einfach für glaubhafter und unabhängiger erachtet. Ein Bild, was sich schon lange zeigt: Es geht nicht um Gerechtigkeit oder Aufklärung, sondern um eine Erzählung die von Anfang an beschlossen ist. Jede Aussage, jeder Beweis, der dazu nicht passt, wird ignoriert.

Fiebertraum im Gericht

An den folgenden Prozesstagen zeichnet sich Ähnliches ab. Die Aussagen der geladenen Zeug*innen bleiben lückenhaft teils sogar widersprüchlich. Auf stundenlangen Materialauswertungen kann Maja kaum identifiziert werden. Trotzdem bleibt jedes Mal die Sprache von Tätern, wenn es um Beschuldigte im Verfahren

geht. Die Tage ziehen sich, es wird teils sehr chaotisch verschiedenes Material ausgewertet. Oft ist es schwer zu folgen, manchmal scheint es völlig zusammenhangslos. An einigen Stellen ist schlichtweg kaum etwas zu erkennen. Doch Richter und Staatsanwaltschaft gehen über sämtliche Anmerkungen, Anträge und Nachfragen der Verteidiger hinweg. Das alles soll klar zeigen: Maja ist Teil einer kriminellen Vereinigung und die Opfer sind dem „Tode nur knapp entgangen“. Auch der Antrag auf Hausarrest wird, wie bereits zweimal zuvor, wieder abgelehnt. Auch hier die Begründung: Die Solidaritätsbewegung zeige deutlich, dass Maja zu einem kriminellen, gewaltbereiten Zusammenhang gehöre. Ein Hausarrest wäre zu gefährlich. Am elften Prozesstag stellt sich dann heraus, was bereits befürchtet wurde. Anders als immer wieder vehement vom Richter betont, wird es kein Urteil im Oktober geben und das Urteil verzögert sich bis mindestens Januar nächsten Jahres. Weitere Monate warten also, weitere Monate in Isolation und in Ungarn für Maja. Fünf zähe Tage mit wenig neuen Beweisen oder Erkenntnisgewinn. Dafür fünf Tage, die umso deutlicher zeigen, dass in Ungarn kein faires Verfahren möglich ist, und wir einen Gerichtsprozess anschauen, der eher einem Theaterstück gleicht.

Wie weiter?

Die nächsten Termine sind nun für Mitte Januar angesetzt. Ob am letzten dieser Termine, wie vom Richter angekündigt, ein Urteil fällt, bleibt abzuwarten. Das durch die Staatsanwaltschaft bisher geforderte Strafmaß beträgt 24 Jahre, der Vorwurf bleibt – auch nach vielen Prozesstagen mit wenig nachvollziehbaren Beweisen: Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Körperverletzung in zwei Fällen. Mit der Urteilsverkündung ergeben sich dann verschiedene Möglichkeiten zum weiteren Verfahren. Zum einen kann Maja in Berufung gehen. Wie lange eine Berufung dauert, ist schwer zu sagen und kann im Zweifelsfall für Maja weitere Monate unter untragbaren Haftbedingungen bedeuten. Zum anderen kann Maja auch auf Berufung verzichten, dann ist das Urteil erst mal rechtskräftig. Mit einem rechtskräftigen Urteil kann es

dann eine Rückführung nach Deutschland geben. Diese ist zwar zugesichert, aber bedarf einem Antrag an Ungarn und einer Verhandlung in Deutschland. Wie viel Zeit dieser Rückführungsprozess in Anspruch nehmen wird, wie zuverlässig sich Ungarn an solche Absprachen hält und auch wie Deutschland ein Strafmaß umsetzt, was so eklatant vom deutschen Strafrecht abweicht, ist sehr schwer einzuschätzen und hängt von vielen Variablen ab.

Ein durch die Linken beim wissenschaftlichen Dienst des Bundestages in Auftrag gegebenes Gutachten sagt außerdem: die Bundesregierung hätte die Möglichkeit gegen Ungarn am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EMGR) eine Staatenbeschwerde einzulegen, um eine Prüfung der Haftbedingungen zu erreichen und festzustellen, ob Maja nach Europäischer Menschenrechtskonvention in Majas Menschenrechten beschnitten wird. Um selber vor europäische Gerichte zu gehen, muss in der Regel der staatliche Rechtsweg zunächst gegangen werden. Diese Möglichkeit blockiert Ungarn, durch Herauszögern des Prozesses und Entscheidungen über andere Anträge.

Solidarität organisieren

Trotz aller Erschütterung und widriger Bedingungen gab es auch in Majas Prozess von Anfang an solidarische Begleitung. Zu jedem Prozesstag füllte sich der Saal trotz langer Anfahrtswege und jeder Menge Hürden mit Familie, Freund*innen, Weggefährte*innen und solidarischen Leuten aus verschiedenen Städten und Ländern. Auch vor dem Gericht wurden immer wieder Kundgebungen angemeldet, im Saal immer wieder gut zu hören und ein kleiner Hoffnungsschimmer inmitten dieser bedrückenden Stimmung. Von Beginn an wurden aber auch Angehörige, Freunde und Demonstrant*innen von Neonazis der Gruppen Legion Hungaria und HVIM (Hatvannégy Vármegye Ifjúsági Mozgalom – Jugendbewegung 64 Burgkomitate) belagert, die sich ebenfalls versammelten. Teilnehmende am Prozess, waren regelmäßig heftigen Bedrohungen, Kameras und auch immer deutlicher werdenden Repressionen ausgesetzt. Während der letzten Prozesstage wurde unter anderem die Nutzung des Lautsprechers untersagt

und auch der Verhandlungsraum hat sich für zwei Prozesstage verkleinert, viele Anmeldungen wurden zurückgewiesen. Das Verbot des Lautsprechers hat sich inzwischen durch eine Klage als rechtswidrig herausgestellt. Zu sehen, wie trotz all dieser Umstände, immer wieder verschiedene Leute anreisen und der Drohkulisse stand halten um ihrer Solidarität Ausdruck zu verleihen ist ein sehr bestärkendes Gefühl.

Maja Solidarität zu zeigen und damit die Haft etwas zu erleichtern, ist durch die Entfernung stark erschwert. Briefkontakte sind eingeschränkt, Besuche nur für Familie erlaubt und Knastkundgebungen sind kaum möglich. Daher müssen sich immer wieder kreative Wege überlegt werden, um Maja zu unterstützen und Kraft zu geben.

Dabei ist Jede*r und jede Idee willkommen!

► Aktuelle Infos, Kontakte, Anleitungen und Hintergründe findet ihr unter: Kanu.me
Instagram: [free.maja](https://www.instagram.com/free.maja/)
BASC.news – Für Mails, deren Inhalte Maja und andere Gefangene aus dem Budapest Komplex erreichen sollen, könnt ihr hier Adressen finden!

Anzeige

contraste
zeitung für selbstorganisation

494 43. JAHRGANG NOVEMBER 2025 8,00 EUR

PROJEKTE GENOSSENSCHAFTEN BESONNE KUNST & KULTUR



SCHWERPUNKT
Kollapscamp:
von Emotionen zu
Handlungsräumen

www.contraste.org

Taser

Stromschlag statt Sicherheit

Katrin Fey



Erst Mitte Oktober dieses Jahres hat der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und der extrem rechten AfD den Weg für den Einsatz von Distanzelektroimpulsgeräten, sogenannten Tasern, bei der Bundespolizei freigemacht. Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke votierten dagegen.

■ Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) verkauft den Taser als modernes Deeskalationsmittel. In Wahrheit steht die potenziell lebensbedrohliche Waffe jedoch für eine Politik der Einschüchterung, nicht der Sicherheit. Er schützt das Recht nicht, er bedroht es. Denn was hier als technische Modernisierung verkauft wird, ist in Wahrheit die Normalisierung polizeilicher Gewalt: Der Taser sendet bis zu 50.000 Volt durch den Körper, legt Muskeln lahm, lähmt das Herz. Menschen mit Vorerkrankungen, unter Medikamenten, Drogen oder in psychischen Krisen riskieren den Tod. Und selbst wer überlebt, ist nicht vor schweren Verletzungen sicher: Wird jemand durch den Stromschlag plötzlich bewegungsunfähig, kann der anschließende Sturz schwere Kopf- oder Wirbelsäulenverletzungen verursachen.

Doch im neuen Gesetz begegnet man dieser Realität mit juristischer Bequemlichkeit: Der Taser wird schlicht als „Waffe“ in die Legaldefinition des unmittelbaren Zwangs aufgenommen. Eine eigenständige Einsatzregelung? Fehlanzeige. Keine Begrenzung der Stromstöße, kein Verbot des gefährlichen Kontaktmodus – auch Drive-Stun-Modus genannt – bei dem der Elektroschock direkt auf den Körper abgegeben wird. Vor allem er gehört verboten! Darüber hinaus gibt es auch keinen Schutz für Kinder, Schwangere oder psychisch erkrankte Menschen.

Amnesty International hat seit 2021 mindestens zehn Todesfälle nach Taser-Einsätzen in Deutschland dokumentiert. Weltweit sind es mindestens Hunderte. Menschen starben an Herzstillständen, an Schockfolgen oder nach Stürzen. Amnesty und der Deutsche Anwaltverein warnen, Taser würden zunehmend eingesetzt, um Gehorsam zu erzwingen – auch gegen Menschen, die keine Bedrohung darstellten. Besonders gefährdet sind Personen in psychischen Ausnahmesituationen oder unter Substanzeinfluss. Wenn die Bundesregierung behauptet, Taser seien gesundheitlich unbedenklich, ist das blander Zynismus und schlichtweg unwahr. Menschen sterben nicht an Grenzwerten, sondern an Stromstößen – und an den Situationen, in denen sie eingesetzt werden.

Sobald Taser verfügbar sind, sinkt die Hemmschwelle, sie einzusetzen. In Großbritannien und den USA hat sich gezeigt: Der Taser ersetzt nicht die Schusswaffe, sondern ergänzt sie. Er erweitert das Arsenal staatlicher Gewalt. Das bloße Drohen mit einem Elektroschock mag kurzfristig Konflikte lösen – langfristig verändert es das Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung. Wer Angst erzeugt, schafft keine Sicherheit, sondern Distanz.

Fünf Millionen Euro will die Bundesregierung in Anschaffung, Lagerung und Wartung dieser Geräte investieren,

wie das Bundesministerium des Inneren (BMI) auf eine Anfrage meines Fraktionskollegen Sascha H. Wagner erläuterte. Fünf Millionen Euro, die besser in Ausbildung, psychologische Schulung der Beamten und in Krisenintervention fließen sollten. Wir brauchen keine Polizei mit Tasern, sondern Beamten, die Konflikte verstehen, und lösen bevor sie eskalieren.

Taser sind jedoch keine Deeskalationsmittel – sie sind ein Symbol der Eskalation. Ihr Einsatz markiert den Übergang von der Schutz- zur Drohpolizei. Die Vorstellung, man könne mit Technik Menschlichkeit ersetzen, ist eine gefährliche Illusion. Wer Schmerz als Mittel der Ordnung legitimiert, öffnet die Tür zu Missbrauch. Und wer Menschenrechte auf Grenzwerte reduziert, riskiert, dass der Rechtsstaat selbst unter Strom steht.

Die Linke fordert deshalb: keine flächendeckende Ausweitung des Taser-Einsatzes, sondern eine deutliche Begrenzung. Vehement sprechen wir uns

► Informationen

Tod mit Taser. Bürgerrechte & Polizei/CILIP. <https://polizeischuesse.cilip.de/taser>

“I still can't sleep at night“. The global abuse of electric shock equipment (2025). Amnesty International.

„Taser sind harmlos? Sagt das den Toten...“ (2025). LabourNet.

außerdem dafür aus, dass der Einsatz gegen vulnerable Gruppen ausgeschlossen und jeder Einsatz dokumentiert und unabhängig überprüft wird. Schulung und Supervision müssen für die Beamten, die mit Tasern ausgestattet werden, verpflichtend sein. Wir fordern außerdem mit Nachdruck eine bundesweite Statistik zu Verletzungen und Todesfällen nach Taser-Einsätzen.

Und auch beim Pfefferspray gilt: Was als milde Alternative zur Waffe gilt, verursacht Atemnot, Verbrennungen und kann ebenfalls tödlich enden – insbesondere bei Asthmatiker:innen und Menschen mit Herzproblemen. Die Linksfraktionen in den Ländern fordern seit Jahren, auch den Einsatz von Pfefferspray auf absolute Notlagen zu beschränken, dessen chemische Zusammensetzung zu überprüfen und Transparenz über gesundheitliche Folgen zu schaffen. Beides – Taser wie

Pfefferspray – sind keine Werkzeuge der Deeskalation, sondern Symptome einer Polizei, die auf Kontrolle statt Kommunikation setzt.

Der Gesetzentwurf, den Bundesinnenminister Dobrindt durchgesetzt hat, schafft keine Sicherheit, sondern Unsicherheit – vor allem für jene, die ohnehin am verletzlichsten sind. Sicherheit entsteht nicht durch Strom, Reizgas oder Gewalt, sondern durch Vertrauen, Kommunikation und soziale Stärke. Eine Polizei,

die vor allem auf Taser und Pfefferspray setzt, hat das verlernt. Eine Regierung, die das zulässt, erst recht.

► Katrin Fey (Die Linke) ist Bundestagsabgeordnete und Sprecherin ihrer Fraktion für Bürger- und Menschenrechte. Zugleich ist sie Obfrau im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und Mitglied im Innenausschuss des Bundestages. ♦

NOTIZEN AUS DEM RECHTSSTAAT

Noch ein paar Dutzend Einzelfälle

Wie Ende September bekannt wurde, haben während des gemeinsamen Studiums 24 niedersächsische Polizisten in einer Chatgruppe „Kommentare und Memes mit rassistischen und die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft verharmlosenden Inhalten“ ausgetauscht, darunter Hakenkreuze, Holocaust-Verleugnungen und Beleidigungen von Schwarzen, asiatischen Menschen und Kindern mit Behinderung. Die strafrechtliche Verjährung ist bereits eingetreten, dennoch wird derzeit geprüft, ob bei den Verfassern der Beiträge „noch immer ein verfassungsfeindliches Denken vorliegt“.

Nicht in allen Fällen hat das zuständige Verwaltungsgericht die dazu nötigen Durchsuchungen und Beschlagnahmungen genehmigt. Mit den elf Teilnehmern, die nicht aktiv rassistisch gepostet, aber auch nicht ausgetreten sind oder Nachrichten gemeldet haben, wurden Personalgespräche geführt. Sie arbeiten im Innenministerium, in der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen, bei der Polizeidirektion Hannover, beim LKA und an der Polizeiakademie – also dort, wo angehende Polizist*innen ausgebildet werden.

Anfang September war bereits eine ähnliche Chatgruppe bei der Polizei Niedersachsen bekannt geworden. Innenministerin Behrens (SPD) betonte sogleich, es hätten sich „keine Anzeichen für einen strukturellen Rassismus in

der Polizei Niedersachsen ergeben“. Die jüngste Enthüllung ist übrigens Beifang eines Korruptions-Verfahrens gegen zwei Beamte der Polizeidirektion Hannover. Sie sollen über Jahre Drogenhändlern in Hannover Geld abgenommen haben – einer von ihnen war auch Mitglied der Chatgruppe.

Kontrollkarte bald auch für Arbeitslose?

Als erstes Bundesland hatte Hamburg Mitte 2024 die Bezahlkarte für Asylbewerber*innen eingeführt. Dort und inzwischen auch in anderen Ländern bekommen diese das wenige Geld, das ihnen nach AsylbLG zusteht, bis auf einen winzigen Rest nicht mehr in bar, sondern digital. Allerdings kann mit der Karte nicht im Online-Handel bezahlt werden, auf den viele Geflüchtete angewiesen sind, etwa auf Kleinanzeigen. Auch auf Straßen- und Flohmärkten und an vielen anderen relativ günstigen Einkaufsorten funktioniert sie nicht. Doch während beispielsweise Bayern stolz verkündet, dieses einschränkende System habe explizit zum Ziel, Menschen von der Flucht nach Deutschland abzuhalten, bestreitet Hamburg den Schikane-Charakter der Karte – und bezeichnet sie im Orwell'schen Neusprech als SocialCard.

In Zukunft soll sie auch auf andere gesellschaftliche Gruppen angewandt werden: Derzeit hat Hamburg ein „Vorprojekt“ in Arbeit, um die „SocialCard“ auf Bezieher*innen von Altersgrundversicherung und Sozialhilfe auszudehnen. Wer als nächstes Leistungen nur noch auf die ControlCard bekommt, bleibt abzuwarten. Wichtig bleibt dagegen der

solidarische Kartentausch in vielen linken Einrichtungen (über dessen Illegalisierung rechte Politiker*innen weiterhin phantasieren).

Verhütung von Folter gar nicht ernst gemeint?

Die „Nationale Stelle zur Verhütung von Folter“ ist beauftragt, im Rahmen der UN-Antifolterkonvention regelmäßige Präventivbesuche „in den rund 13.000 Einrichtungen in Deutschland durchzuführen, in denen Personen ihrer Freiheit beraubt sind oder sein könnten“. Bei 49 Einrichtungen und vier Abschiebungen ist ihr das 2024 auch gelungen – „trotz aller Widrigkeiten“, wie es in einer Mitteilung vom Juli zur Vorstellung des Jahresberichts heißt. Denn nicht sei die Stelle derart unterfinanziert, dass sie sechs Wochen lang keinerlei Besuche durchführen konnte. Auch fehle es an bedarfsgerechter Ausstattung und einer belastbaren institutionellen Verankerung. Bei den wenigen dennoch durchgeföhrten Kontrollen wurden „erneut auch schwerwiegende Missstände festgestellt – darunter Verletzungen menschenrechtlicher Mindeststandards und der Menschenwürde“.

Als weiteres Hindernis nannte der Leiter der Bundesstelle die Kommunikationsverweigerung durch das Bundesinnenministerium bei Abschiebungen nach Afghanistan – dies sei „ein unhaltbarer Zustand für die Ausübung unseres völkerrechtlich verankerten Auftrags“, „erschwert unsere Arbeit massiv“ – und lasse „Zweifel an der der politischen Priorisierung“ der Verhütung von Folter auftreten. Na so was.

Der Rechtshilfefonds AZADÎ unterstützt Kurdinnen und Kurden, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung mit Strafverfolgung bedroht werden.

Azadî e.V. | Hansaring 82, 50670 Köln | Tel. 0221 – 16 79 39 45 | azadi@t-online.de

nadir.org/azadi/ | V.i.S.d.P. Arno-Jermaine Laffin (Anschrift wie AZADÎ e.V.)

Spendenkonto GLS Gemeinschaftsbank e.G. | BLZ 430 60 967 | Konto 80 35 78 26 00

Unveränderte Kriminalisierungs- praxis durch die deutschen Behörden

Ungeachtet des seit Beginn dieses Jahres laufenden Friedensprozesses in der Türkei hat sich wenig an der Kriminalisierungspraxis der deutschen Behörden gegen die kurdische Befreiungsbewegung geändert. Zwar begrüßte die deutsche Bundesregierung den Friedensprozess in allgemeinen Worten, aber die verantwortlichen Behörden – Bundesinnenministerium und Bundesanwaltschaft – ließen keinen Zweifel daran, dass sich an der Repression und Kriminalisierung der kurdischen Befreiungsbewegung in Deutschland nichts ändern würde. Dies haben auch die drei letzten Monate gezeigt.

Vor allem die Strafverfolgung von Aktivist:innen nach §§ 129a, 129b StGB als vermeintliche Mitglieder oder Unterstützer:innen der PKK hält unvermindert an und umfasst mehrere Aspekte: Zum einen sollte erstmalig mit Mehmet Çakas ein in Deutschland nach obigem

Paragrafen verurteilter kurdischer Aktivist direkt aus der Strafhaft in die Türkei abgeschoben werden. Nur durch breite juristische und solidarische Unterstützung konnte dies verhindert werden.

Bereits kurz nach der symbolischen Waffenniederlegung der PKK wurde im Mai der bekannte kurdische Politiker Yüksel Koc in seiner Bremer Wohnung verhaftet, wie wir in unserem Beitrag in der letzten RHZ ausführlich berichtet hatten. Durch intensiven anwaltlichen Beistand wurde er Anfang August aus der Untersuchungshaft entlassen. Ungeachtet dessen setzt sich die Initiative „Free Yüksel! Free them all!“ weiter für einen fairen Prozess und entsprechende Öffentlichkeit ein.

Die Absurdität der Auslieferung von kurdischen Aktivist:innen mittels Europäischem Haftbefehl wird am Beispiel von Kenan Ayaz deutlich, der Ende September aus der deutschen Strafhaft nach Zypern verlegt wurde, wo er seine Reststrafe absitzen soll.

Dass nicht mit einem Ende der Repression zu rechnen ist, zeigt die Tatsache, dass allein Anfang September gleich drei 129b-Prozesse gegen Kurden neu eröffnet wurden. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit wollen wir im folgenden Text auf diese Entwicklungen eingehen:

Auslieferung von Mehmet Çakas in die Türkei vorläufig gestoppt

Anfang August erreichte uns die Mitteilung, dass der kurdische Aktivist Mehmet Çakas am 28. August direkt aus der JVA Uelzen in die Türkei abgeschoben werden sollte. Dies wäre ein bislang einmaliger Vorgang gewesen mit entsprechender Präzedenzwirkung auch für andere kurdische und türkische politische Gefangene. Bislang wurden als Mitglieder der PKK in Deutschland verurteilte Kurd:innen nach ihrer Entlassung regelmäßig mit behördlichen Auflagen bis zu fünf Jahren hauptsächlich in ihrer Freizügigkeit

eingeschränkt, aber nicht abgeschoben. Mehmet Çakas war im Dezember 2022 auf Betreiben deutscher Behörden in Italien in Auslieferungshaft genommen und im März 2023 nach Deutschland überstellt worden. Im April 2024 wurde er vom Oberlandesgericht Celle wegen Mitgliedschaft in der PKK nach §§ 129a, 129b StGB zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt. Nur einen Tag vor dem angesetzten Abschiebungstermin untersagte das Verwaltungsgericht Lüneburg die Ausweisung. Der für ein erneutes Asylverfahren angesetzte mündliche Verhandlungstermin am 8. September wurde mittlerweile auf den 24. November verschoben. Am 2. Oktober wurde er nach vollständiger Verbüßung seiner Haftstrafe aus der JVA Uelzen entlassen. Die Dramatik der Aktion gibt am besten die Pressemitteilung seines Anwält:innenteams vom 27. August wieder, die wir im Folgenden zitieren:

„Es braucht dauerhaften Schutz für Mehmet Çakas!“

Mehmet Çakas drohte am 28. August 2025 unmittelbar die Abschiebung in die Türkei. Diese wurde von der Ausländerbehörde gemeinsam mit dem Niedersächsischen Innenministerium trotz einer drohenden erschwerten lebenslangen Freiheitsstrafe sowie der Gefahr von Folter und Misshandlung vorangetrieben.

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Lüneburg kam in letzter Sekunde. Sie wurde den Anwält:innen am heutigen Tag um 06:10 Uhr zugestellt. Kurz zuvor war Mehmet Çakas durch Beamte der JVA Uelzen noch mitgeteilt worden, dass im Laufe des Tages die Vorbereitungen für die Abschiebung beginnen würden.

Die Ausländerbehörde und das Niedersächsische Innenministerium haben

die Abschiebung zu einem Zeitpunkt geplant und vorangetrieben als Mehmet Çakas gar nicht vollziehbar ausreisepflichtig war. Sie wollten Mehmet Çakas um jeden Preis und mit aller Macht vor der mündlichen Verhandlung in seinem Asylverfahren am 8. September 2025 abschieben. Dieses Vorgehen kann nur als bewusste politische Machtdemonstration gegen die kurdische Bewegung verstanden werden. Schwerste Menschenrechtsverletzungen wurden dabei billigend in Kauf genommen. Vorerst haben die Behörden ihr Ziel jedoch nicht erreicht. Sowohl in der Öffentlichkeit als auch juristisch wurde dieses Vorgehen der niedersächsischen Behörden angeprangert und erfolgreich angegriffen.

Während das Verwaltungsgericht Lüneburg in dem Asylverfahren von Mehmet Çakas mit einem 18-Zeilens-Beschluss noch am 11. Juni 2025 die Abschiebung für zulässig erklärt hatte, untersagte es einen Monat später in einem weiteren Verfahren mit Beschluss vom 17. Juli 2025 vorläufig die Abschiebung. In diesem Verfahren ging es um die Frage, ob Italien – von wo aus Mehmet Çakas zuvor nach Deutschland ausgeliefert worden war – der Abschiebung zustimmen musste oder nicht. Gegen diesen positiven Beschluss ging die Ausländerbehörde vor und stelle den Antrag ihn aufzuheben und organisierte gleichzeitig die Abschiebung für den 28. August 2025. Bis zum letzten Tag, also heute, war unklar, ob das Verwaltungsgericht dem Antrag der Ausländerbehörde stattgeben würde. Für diesen Fall war bereits eine Eilrechtsbeschwerde zum Europäischen Menschenrechtsgesetz vorbereitet worden.

Erst heute, am frühen Morgen, stand fest, dass das Verwaltungsgericht Lüneburg die Abschiebung (weiterhin) vorläufig untersagen würde. Es hat die Abschiebung jedoch nicht grundsätzlich

untersagt, sondern festgestellt, dass Mehmet Çakas nur abgeschoben werden darf, wenn die Türkei zusichert, dass die ihn dort zu erwartenden Haftbedingungen menschenrechtlichen Mindeststandards entsprechen. Aufgrund dieses Beschlusses hat die Ausländerbehörde die geplante Abschiebung storniert. Der Kampf gegen die Abschiebung von Mehmet Çakas geht jedoch weiter. Die Türkei gibt derartige Zusicherungen routinemäßig ab. Mehmet Çakas droht in der Türkei zudem nicht nur eine menschenrechtswidrige Haft, sondern auch eine erschwerte lebenslange Haft gemäß den türkischen Gesetzen. Zudem können die Gefahren von Folter und Misshandlung nicht durch eine Zusicherung gebannt werden. All diese Fragen müssen in der mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg am 8. September 2025 geklärt werden.

Rechtsanwalt Lukas Bastisch erklärt dazu: „Das Verwaltungsgericht hat in der vorläufigen Entscheidung endlich anerkannt, dass Herrn Çakas in der Türkei eine Behandlung droht, die den Mindeststandards der Europäischen Menschenrechtskonvention zuwiderläuft. Es ist aber auch bereits jetzt klar zu sagen, dass etwaige Zusicherungen seitens der Türkei diese Gefahr nicht ausräumen werden. Den Zusicherungen der Türkei kann nicht getraut werden. Mehmet Çakas muss endlich dauerhafter Schutz in Deutschland gewährt werden.“ (...“

Kenan Ayaz wieder in Zypern

In der RHZ 4.2024 hatten wir ausführlich über die Ausweitung des Europäischen Haftbefehls berichtet. Diesen nutzt die Bundesstaatsanwaltschaft seit 2022 vermehrt, um kurdische Aktivist:innen aus europäischen Ländern nach Deutschland

zu überstellen, um ihnen hier den Prozess wegen oft lang zurückreichender Tätigkeiten für die kurdische Befreiungsbewegung zu machen. Ein bekannter Fall ist Kenan Ayaz. Er war im März 2023 auf Betreiben deutscher Behörden in Larnaka (Zypern) festgenommen und drei Monate später an Deutschland ausgeliefert worden. Im September 2024 verurteilte ihn das Oberlandesgericht Hamburg wegen angeblicher Mitgliedschaft in der PKK zu vier Jahren und drei Monaten Freiheitsstrafe. Sein Verfahren wurde in Hamburg und darüber hinaus mit viel Aufmerksamkeit und Solidarität verfolgt. Am 9. September wurde er gemäß der Vereinbarung zwischen Zypern und Deutschland nach Zypern ausgeflogen und sitzt in der dortigen Hauptstadt Nikosia nun unter angenehmeren Bedingungen in Haft als in Deutschland. Auch sein Haftende ist mit dem 19. Juni 2026 von den zypriotischen Behörden deutlich früher terminiert als die Verurteilung des OLG Hamburgs festgesetzt hatte. Es bleibt die Frage, wem es etwas gebracht hat, Kenan Ayaz per Europäischen Haftbefehl nach Deutschland zu holen, ihm hier für einen sechsstelligen Betrag auf Kosten des Steuerzahlers den Prozess zu machen, um ihn dann wieder nach Zypern zu bringen.

Kurz nach Kenan Ayaz Überstellung nach Zypern besuchte ihn eine Delegation der Solidaritätsgruppe #FreeKenan in Nikosia, um sich vor Ort ein Bild von seiner Situation zu machen und konnte ihn zweimal in der Haftanstalt besuchen. Zwar befindet er sich nun in einer sogenannten offenen Vollzugsanstalt, ein täglicher Freigang auf Antrag wäre prinzipiell möglich – doch Ayaz lehnt diesen ausdrücklich ab. Die Gründe sind politischer Natur. Die Fortsetzung seiner Inhaftierung in Zypern sei aus seiner Sicht keine juristische, sondern eine rein politische

Entscheidung. Zypern wolle Mitglied im Schengen-Raum werden, zugleich habe das Interesse der EU an den Gasvorkommen vor der Küste zugenommen. Diese Interessen stünden im Zusammenhang mit dem ungelösten Zypernkonflikt und dem Grenzstreit zwischen Griechenland und der Türkei, so Ayaz. Die Gruppe #FreeKenan kündigte an, auch weiterhin auf den Fall aufmerksam machen und politischen Druck aufbauen zu wollen.

Drei neue § 129b-Strafverfahren im September eröffnet

Wie bereits oben erwähnt, wurden im September drei neue Verfahren gegen kurdische Aktivisten wegen angeblicher Unterstützung der PKK eröffnet:

Am 8. September startete vor dem Berliner Kammergericht der Prozess gegen den kurdischen Aktivisten Mehmet Karaca. Die Bundesanwaltschaft wirft dem 50-Jährigen vor, sich von 2014 bis zu seiner Festnahme im vergangenen Jahr als Mitglied der PKK betätigt zu haben. Er soll unter anderem verschiedene „PKK-Sektoren“ in Deutschland geleitet haben. Das Verfahren wird von der Solidaritätsgruppe „Free Mehmet Karaca“ beobachtet, die regelmäßig Berichte über die Verhandlungstage veröffentlicht.¹

Auch vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg stehen seit dem 10. September zwei kurdische Aktivisten vor Gericht. Nihat Asut und einem weiteren Kurden wird von der Generalstaatsanwaltschaft Hamburg nach §§ 129a, 129b StGB vorgeworfen, sich ab 2020 bzw. 2021 bis zu Durchsuchungen und der Festnahme Asuts am 12. März dieses Jahres als PKK-Mitglieder betätigt zu haben. Nach seiner Festnahme befand sich

¹ [@freemehmetkaraca](http://freemehmetkaraca)

Nihat Asut zuerst in der Untersuchungsanstalt Hamburg, während der weitere Angeklagte nicht inhaftiert wurde. Am 17. Oktober wurde Nihat Asut aus der Untersuchungshaft entlassen. Der Prozess wird begleitet vom AK Freiheit für Nihat, der auch regelmäßig über den Prozessverlauf berichtet.²

Ebenfalls am 10. September wurde am Oberlandesgericht Stuttgart der Prozess gegen Welat Çetinkaya wegen Mitgliedschaft in der PKK eröffnet. Ihm wirft die Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart vor, von September 2020 bis Mai 2021 den „Raum Stuttgart-Zentrum“ für die PKK geleitet zu haben. Welat Çetinkaya war am 26. November 2024 aufgrund eines von Deutschland ausgestellten Europäischen Haftbefehls in Italien festgenommen und am 24. April 2025 an die BRD überstellt worden. Seitdem befindet er sich in der JVA Stuttgart-Stammheim in Untersuchungshaft.³

AZADÎ unterstützt

Von Juli bis September 2025 hat AZADÎ von Repression Betroffene in 16 Fällen mit insgesamt 9.951 Euro im Zusammenhang mit straf- oder ausländerrechtlichen Verfahren unterstützt. Im gleichen Zeitraum erhielten zwischen neun und elf politische Gefangene insgesamt 4.093 Euro für den Einkauf in den Gefängnissen, während zwei weitere Gefangene von der Roten Hilfe e. V. unterstützt wurden. ♦

² freenihat.noblogs.org

³ Aktualisierung: Mehmet Karaca wurde am 17. Oktober zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt und befindet sich wieder in Freiheit.

Bis zu 15 Jahre für Mützenklau?

Großverfahren gegen Antifaschist*innen in Österreich

Maja

In Österreich läuft derzeit ein staatlicher Frontalangriff gegen antifaschistische Proteste: Im AntifaGraz25-Verfahren wird seit Anfang 2025 gegen sieben Aktivist*innen ermittelt – mit wilden Konstrukten und allen Methoden, die die Behörden zur Hand haben. Im Mittelpunkt stehen ein abhandengekommener „Deckel“, wie die Mützen der rechten Studentenverbindungen in Österreich genannt werden, und ein gestürzter mutmaßlich sturzbetrunkener Korporierter. Aus dem banalen Anlass erwächst nun ein Großverfahren, mit dem der Staat die linke Szene in der Steiermark und insbesondere in Graz durchleuchten will.

■ Ausgangspunkt der Repressionsoffensive waren die antifaschistischen Proteste gegen den Grazer Akademikerball – ein jährliches Stelldichein schlagender Studentenverbindungen, das der Vernetzung rechter Kreise von der FPÖ bis hin zur faschistischen Identitären Bewegung dient. Tausende versammelten sich am 25. Januar 2025 in der Innenstadt, um gegen das Rechtsaußen-Event zu demonstrieren, und wurden dabei von einem massiven Polizeiaufgebot bedrängt. Am Abend wurde einem älteren Burschenschafter und FPÖ-Politiker, der vom Ball nach Hause ging und dabei stolz die Farben der deutsch-nationalen Burschenschaft Marcho Teutonia Graz zur Schau stellte, die Couleur-Mütze vom Kopf genommen. Der vermutlich betrunkene Korporierte fiel anschließend zu Boden und brach sich mehrere Rippen.

Seither läuft die Repressionsmaschinerie in Graz auf Hochtouren, und die Behörden scheinen einen Kreativitäts-

wettbewerb ausgerufen zu haben, wer die schwersten Beschuldigungen erfinden und die härtesten Maßnahmen auffahren kann. Aus den anfänglichen Vorwürfen „Diebstahl“ und – schon deutlich überzogen – „schwere Körperverletzung“ wurde schnell ein „schwerer Raub“ nach § 143 konstruiert. Dieser Paragraf ist einer der schwersten Vorwürfe des österreichischen Strafgesetzbuchs (StGB) und wird sonst nur bei bewaffneten Raubüberfällen oder im Kontext der sogenannten organisierten Kriminalität verwendet, was mit dem Vorfall in Graz denkbar wenig zu tun hat. Bei einer Verurteilung drohen den Betroffenen nun zwischen fünf und 15 Jahren Haft – und damit eine weit höhere Strafe als bei den ursprünglichen Vorwürfen: Selbst schwere Körperverletzung wird mit maximal drei Jahren verfolgt.

Zudem nutzte der Staat die Gelegenheit für umfassende Überwachungs- und Durchleuchtungsmaßnahmen: Indem die Ermittlungsorgane eine „kriminelle Vereinigung“ nach § 278 des österreichischen StGB konstruieren, wurden aus den anfangs zwei Beschuldigten plötzlich sieben. Zudem haben die Behörden dadurch deutlich erweiterte Ermittlungsbefugnisse – ähnlich wie bei den hiesigen Verfahren nach § 129.

Anfang März 2025 gab es erste Hausdurchsuchungen, und zwei Antifaschist*innen wurden in Untersuchungshaft genommen – in einem Fall sogar für sechs Wochen. Weitere Durchsuchungen folgten Mitte März. Das ganze Szenario sollte ganz offensichtlich Panik erzeugen, die antifaschistische Bewegung einschüchtern und die Betroffenen



Foto: Offensive gegen Rechts Steiermark

lähmen: Beauftragt wurde die Spezialeinheit Cobra, die auf Anti-Terror-Einsätze spezialisiert ist, aber auch immer wieder zur politischen Einschüchterung benutzt wird: So war sie an der brutalen rechtswidrigen Auslieferung von Maja an Ungarn beteiligt, der non-binären Person aus Jena, die im Budapest-Komplex beschuldigt ist.

Um fünf Uhr morgens brach das Cobra-Kommando die Wohnungstüren auf, bedrohte maskiert die aus dem Schlaf gerissenen Bewohner*innen und hielt sie stundenlang fest – ohne die Möglichkeit, einen Rechtsbeistand zu rufen. „Ich bin wach geworden, weil mir ein Lichtkegel und eine Waffe ins Gesicht gehalten wurde und ‚Polizei‘ geschrieben wurde“, berichtete ein*e Mitbewohner*in eines Beschuldigten wenige Tage später in der Sendung „VON UNTEN“ bei Radio Helsinki (Freies Radio Graz). Eine andere Mitbewohnerin zwangen die männlichen Einsatzkräfte, mehrere Minuten lang fast nackt vor ihnen auf dem Boden zu liegen – erst dann einigten sich die Beamten darauf, dass es sich bei ihr nicht um die gesuchte männliche Person handele. Eben jener Beschuldigte lag zu diesem Zeitpunkt mit gefesselten Händen nebenan auf seinem Bett und wurde nach der mehrstündigen Durchsuchung aller Räume auf die Wache verschleppt. Der gesuchte „Deckel“ war zwar nicht aufzufinden, doch beschlagnahmten die Cobra-Beamte*innen zahllose Datenträger und Handys. Auf die Frage, warum sie nicht geklingelt hätten statt die Tür zu zerstören, erwiderte ein Beamter: „Wir klingeln nicht.“

Die Beschuldigten kamen tagelang in Gewahrsam – mit Ausnahme zweier Personen, die während der Durchsuchungen nicht daheim gewesen waren. Gegen sie wurde daraufhin per europäischem Haftbefehl gefahndet, bis sie sich selbst stellten. Bei den betroffenen

Tage lang festhielt und akribisch verhörte mit dem Ziel, eine Grundlage für eine sofortige Abschiebung ohne vorherigen Gerichtsprozess zu finden.

Dabei war sofort klar, dass es weniger darum geht, die konkreten Abläufe bei dem kriminalisierten Vorfall oder den Ver-

bleib des bis heute verschwundenen Burschen „Kapperl“ aufzuklären.

In allen Verhören wollten die Ermittler*innen in erster Linie Informationen zur politischen Meinung der Beschuldigten und antifaschistischen Gruppen bekommen. Gezielt erkundigten sie sich nach der Teilnahme an verschiedenen Demonstrationen, nach politischen Gruppen wie dem Offenen Antifa-Treffen und besonders dem Bündnis Offensive gegen Rechts, das die Proteste gegen den Akademikerball organisiert hatte. Zu privaten Bekanntschaften fragten sie die Betroffenen ebenso aus wie zu Genoss*innen, von denen die Beamt*innen ihnen sogar Fotos vorlegten. Mehrfach machten sie deutlich, dass sie „Leute wie Sie“ – also Antifaschist*innen – anders behandeln und dass die Unschuldsvermutung in diesem Fall keine Rolle spielt. „Wir wissen,

dass es nicht so ist, wie es auf dem Papier steht – Sie müssen nur mit uns reden“, zitierten Betroffene die Verhörstrategie, mit der die Beamt*innen Aussagen erzwingen wollten.

Nach der Freilassung galten wochenlang polizeiliche Meldeauflagen, Waffenverbote wurden auferlegt und zudem mussten sie Kontaktverbote befolgen – was es ihnen teilweise unmöglich machte, wieder in die gemeinsame Wohnung und ihre normalen Lebensabläufe zurückzukehren.



Antifaschist*innen nutzten die Repressionsorgane sämtliche Möglichkeiten aus, um sie möglichst lange in Gewahrsam zu halten: Erst als die maximal zulässigen 48 Stunden des Polizeigewahrsams vergangen waren, wurden sie in die Justizanstalt überführt, wo erneut die zulässigen 48 Stunden voll ausgeschöpft wurden. Erst danach gab es einen Haftprüfungstermin, bei dem sie freikamen – allerdings nicht alle: Die deutschen Staatsangehörigen wurden direkt der Fremdenpolizei übergeben, die sie erneut mehrere

Es ist kein Zufall, dass die Behörden in diesem Fall derlei absurde Geschütze auffahren: Schließlich liegt die Stadt in der rechten Steiermark, die inzwischen von der FPÖ regiert wird. Seit dem Wahlsieg im November 2024 sind nicht nur systematische Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich spürbar, sondern auch offensives Vorgehen und Schikanen gegen linke und queere Projekte und Bewegungen. Die Verschärfung der Vorwürfe und das martialische Vorgehen hängen damit ursächlich zusammen: So forderte der Nationalratspräsident Walter Rosenkranz – genau wie der gestürzte „Alte Herr“ in Graz rechter Burschenschaft und FPÖ-Politiker – „umfassende Aufklärung“. Unmittelbar danach übernahm das Landesamt für Staatsschutz und Extremismus (LSE) den Fall und ermittelte wegen „schweren Raubes“. Ähnlichen Einfluss mag auch gehabt haben, dass Landtagspräsident Gerlad Deutschmann nicht nur ebenfalls in der FPÖ ist, sondern Mitglied derselben Burschenschaft Marcho Teutonia Graz wie der um seinen „Deckel“ gebrachte Korporierte.

Für die Behörden ist die verschwundene Verbindungsmütze ein „gefundenes Fressen, um hinter die Kulissen zu schauen“, wie eine betroffene Antifaschistin Anfang Oktober im Gespräch mit Radio Helsinki (Freies Radio Graz) anmerkte. Ein anderer Angeklagter ergänzte: „Mehr kann ein Staat eigentlich gar nicht haben (...): Es wurde mit internationalen Haftbefehlen gesucht, es wurden Sondereinheiten eingesetzt, es wurden Hausdurchsuchungen gemacht, es wurden Leute in U-Haft gesteckt. Also die Palette, die ein Staat hat, um Menschen zu kriminalisieren und um Menschen zu inhaftieren, wurde bis zum Limit ausgereizt. (...) In diesem Fall wurden alle Register gezogen“ mit dem Ziel, die Beschuldigten und die gesamte Szene einzuschüchtern und die Strukturen zu durchleuchten.

Im September sind die Anklageschriften gegen die sieben Antifaschist*innen eingegangen, doch der Prozessbeginn ist noch unklar. Die absurde juristische Konstruktion lässt Verteidiger Florian Dablander, der fünf der Betroffenen vertritt, nur den Kopf schütteln: Auch er sieht darin ein eindeutig politisch motiviertes

Verfahren, mit dem Antifaschismus kriminalisiert werden soll. Dass hier rechtsstaatliche Minimalstandards über Bord geworfen wurden, hat auch die österreichische Justiz zumindest in einem Fall festgestellt: Eine Mitbewohnerin klagte erfolgreich vor dem Grazer Verwaltungsgericht gegen die Hausdurchsuchung. Parallel laufen noch weitere Verfahren, um die Unrechtmäßigkeit der brutalen Ermittlungsmaßnahmen festzustellen.

Von zentraler Bedeutung ist in dieser Situation Solidarität – durch politische Öffentlichkeitsarbeit, aber auch finanziell: Zehntausende Euro fallen für Verteidigung und Gerichtskosten an, ebenso für therapeutische Unterstützung für die bei den Durchsuchungen Traumatisierten. Viele Spenden sind schon zusammenge-

kommen, und dutzende Gruppen beteiligen sich mit Informationsveranstaltungen, lokalen Sammlungen, dem Verkauf von Soli-Merch oder durch Soliparts. Auch die Rote Hilfe e. V. unterstützt die Betroffenen mit einem Spendenauftruf und konkreten Support. ♦

► Weitere Informationen und das österreichische Spendenkonto unter <https://linktr.ee/antifagraz25>

► Spendenkonto der Roten Hilfe e. V.:
Rote Hilfe e. V.
IBAN: DE32 4306 0967 6003 2928 00
Stichwort „Graz“

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Anzeige



iz3w ◀

Screentime & Straßen-schlacht – Generation Z in Aufruhr

Außerdem:

- Autoritäres Singapur |
- Aktualität von Malcolm X |
- Kurzgeschichte aus Afghanistan
- 52 Seiten, € 7,-

www.iz3w.org

Anzeige



TIERRA y LIBERTAD

Die Zeitschrift „Tierra y Libertad“, herausgegeben vom Ya-Basta-Netz, berichtet seit vielen Jahren über die Entwicklungen bei den Zapatistas, in Chiapas, in Mexiko und der Welt. Es geht dabei in erster Linie um die Informationsverbreitung über emanzipative Bewegungen, aber auch um staatliche Repression.

tierra-y-libertad.de

Assata Shakur

Sie starb auf Kuba als freier Mensch

Hartmut, Mitglied der Ortsgruppe Hannover der Roten Hilfe e.V.

„Ich befürworte die Selbstbestimmung meines Volkes und aller Unterdrückten in den Vereinigten Staaten. Ich befürworte ein Ende der kapitalistischen Ausbeutung, die Abschaffung rassistischer Politik, die Ausrottung des Sexismus und die Beseitigung politischer Repression. Wenn das ein Verbrechen ist, dann bin ich voll und ganz schuldig.“ (Assata Shakur)

■ „Die US-Regierung konnte trotz jahrzehntelanger Verfolgung nie die Genugtuung erlangen, sie in einen Käfig zu sperren. Sie wollten sie fesseln, brechen und als Exempel vorführen, doch stattdessen entzog sie sich ihrem Griff und verbrachte ihr Leben im Exil, umgeben von Menschen, die ihren Kampf und ihr Überleben ehrten“ und „Ihr Tod ist kein Abschluss. Er ist ein Aufruf. Ein Aufruf, ein freieres Leben zu führen. Sich gegen jede Form der Gefangenschaft zu wehren. Das Feuer der Ablehnung am Leben zu erhalten.“ (Stacey Patton, Professorin an der Howard University)

Assata Olugbala Shakur starb am 25. September in Havanna, Kuba, wo sie die letzten vier Jahrzehnte ihres Lebens im Exil verbracht hatte. Sie wurde 78 Jahre alt. Wir wissen uns einig mit vielen Menschen weltweit in der Trauer um Assata. Wir danken den mutigen Menschen in Kuba für die Aufnahme der Verfolgten und wie sie dem US-System entgegentreten – zwei Millionen Dollar waren zum Schluss vom FBI unter Obama auf ihren Kopf ausgesetzt. Sie war die Erste, die auf die Liste der meistgesuchten Frauen gesetzt wurde. Auch der aktuelle Präsident hat seit seiner ersten Amtszeit vergeblich ihre sofortige Auslieferung von Kuba gefordert.

Assatas Leben ist geprägt von Rassismus, Kapitalismus und dem Patriarchat, aber gleichzeitig ist es eine Geschichte von Stärke, Stolz und Solidarität.



Fahndungsfoto von Assata Shakur, April 1971

Assata wurde als JoAnne Deborah Byron geboren, der Nachname Chesiard, den sie von ihrem kurzzeitigen Ehemann übernommen hatte, verweist auf den Sklavenhalter seiner Vorfahren. Als neuen Namen wählte sie einen, den – und der – sie mit ihrem Kampf verband: Assata bedeutet „die Kämpfende“, Shakur „die Dankbare“ und ihr zweiter Vorname Olugbala bedeutet „für das Volk“. Diese Namen wählte sie 1971 aus afrikanischen und arabischen Sprachen.

Die Autobiographie Assatas öffnete mir ein neues Fenster, denn Assata gelang es nicht nur politisch, sondern auch sehr persönlich ihre Geschichte zu erzählen.

Die Erzählung beginnt im Krankenhaus, wo sie schwer verletzt nach jener Schießerei lag, die zur Mordanklage führte. Aus einem späteren Interview: „Um es kurz zu machen: Ich wurde 1973 in New Jersey gefangen genommen, nachdem man mich mit erhobenen Armen und dann noch einmal von hinten angeschossen hatte. Man ließ mich auf dem Boden liegen, um zu sterben. Als ich nicht

starb, brachte man mich in ein örtliches Krankenhaus, wo man mich bedrohte, schlug und folterte. 1977 wurde ich in einem Prozess verurteilt, der nur als legaler Lynchmord bezeichnet werden kann.“

Von da wechseln sich die Erinnerungen ab von ihrer Zeit im Gefängnis und vom Leben davor. Sie beschreibt ihre Entwicklung, von der Struktur des rassistischen Alltags während ihrer Kindheit im Süden. Sie beschreibt die subtileren Formen rassistischer Gewalt in allen Lebensbereichen im New York der 1960er Jahre bis zur Mitarbeit bei der Black Panther Party for Self Defense. Sie beschreibt die Entscheidungen, die sie Anfang der 1970er schließlich in die Illegalität der Black Liberation Army führten. Sie vertritt dabei die Perspektive von Frauen im revolutionären Kampf, lehnt den Machismo der Black-Power-Bewegung ebenso ab wie den Reformismus und Rassismus der feministischen Bewegung. Ihre Geschichte beschreibt, wie erschreckend alltäglich die Gewalt von Polizei, Justiz und Erziehungssystem gegenüber der Black Community war. Wir erleben heute, wie das überall auf der Welt auch immer noch ist.

Nach ihrer Festnahme auf dem Highway wurde Assata angeklagt – für mehrere Morde und Banküberfälle, doch alle diese Verfahren wurden entweder eingestellt oder endeten mit einem Freispruch. Wegen des angeblichen Mordes auf dem Highway gelang es, sie mit einer rein Weißen Jury schließlich zu einer lebenslangen Haftstrafe plus 33 Jahre zu verurteilen. Der Prozess war geprägt von gefälschten und unterschlagenen Beweisen, von Voreingenommenheit der Geschworenen, von lügenden Zeugen und manipulierenden Staatsanwälten. Es war alles so, wie wir es vom Prozess gegen Mumia Abu Jamal kennen, vom Prozess gegen Leonard Peltier, und gegen so viele andere Aktivist_innen für ein gerechteres Leben in den USA.

In den Medien wurde sie zur „meistgesuchten Frau“ erklärt. Schlagzeile um

Anzeige

Schlagzeile brandmarkten sie als „Poli-zistenmörderin“ und „schwarze Militante“. Ein Ausschnitt aus der Las Vegas Sun berichtete, wie sie ungerührt dastand, als die Jury sie in acht Anklagepunkten für schuldig befand, und wie sie ihnen dann erklärte: „Ich schäme mich. Von Anfang an haben Sie gezeigt, dass Sie Rassisten sind. Ich schäme mich, dass ich jemals an diesem Prozess teilgenommen habe. Sie sollten sich schämen.“

Diese Worte zeigten ihren Eigensinn wie ihre Voraussicht. Sie wusste, dass es bei dem Käfig, in den sie sie gesteckt hatten, nicht um Schuld oder Unschuld ging, sondern darum, eine schwarze Frau zum Schweigen zu bringen, die es gewagt hatte, Widerstand zu leisten.

Assata beschreibt dann, wie sie jahrelang teilweise in Männergefängnissen in Isolationshaft gehalten wurde, wo sie überwacht wurde bis in die intimsten Tätigkeiten. Sie schreibt von Misshandlungen seitens der Bewacher und der Ärzte. Sie erzählt von den psychischen Übergriffen von Nötigung und Quälerei. Ihr wird angemessene anwaltliche Beratung verweigert, ihre Gesundheit wird bewusst aufs Spiel gesetzt durch Verweigerung von Versorgung auch während der Schwangerschaft. Bei alledem hat sie immer auch ihre Mithäftlinge im Blick, wenn sie von den katastrophalen hygienischen Bedingungen schreibt, von den dreckigen Zellen, und über Schwarze Mithäftlinge, die wegen einer Packung geklauter Windeln monatelang eingesperrt wurden. Wir können davon ausgehen, dass sich nichts davon in diesem gefängnis-industriellen Komplex (Mike Davis) verbessert hat.

„1979 wurde ich aus Angst, im Gefängnis ermordet zu werden, und in dem Wissen, dass mir niemals Gerechtigkeit widerfahren würde, mit der Hilfe engagierter Kameraden aus dem Gefängnis entlassen, die das Ausmaß der Unrechtmäßigkeiten in meinem Fall verstanden und ebenfalls große Angst um mein Leben hatten“, schrieb sie. Genoss_innen der Black Panther Association befreiten sie aus dem Gefängnis. Trotz intensiver Fahndungen des FBI, hoher Kopfgelder und zahlreicher Razzien konnte sie entkommen. Erst 1984 tauchte sie in Kuba wieder auf, wo Präsident Fidel Castro ihr politisches Asyl gewährte.

So widerstand Assata Shakur diesem monströsen System der rassistisch motivierten Massenhaftierung in den USA, in dem Millionen Afroamerikaner_innen

eingesperrt sind und moderne Form von Sklavenarbeit verrichten müssen.

Mehr als vier Jahrzehnte lang lebte Assata außerhalb der Reichweite des Weißen Amerikas, unterrichtete, schrieb, war Mutter, liebte und atmete unter kubanischem Himmel. Ihr Asyl in Kuba stellte sie in eine größere Tradition des Schwarzen Internationalismus. Sie war nicht einfach nur eine radikale US-Amerikanerin auf der Flucht, sondern wurde Teil eines globalen Kampfes gegen Kolonialismus und Imperialismus. Unter kubanischem Himmel zu leben bedeutete, ihre Geschichte mit derjenigen der afrikanischen Befreiungsbewegungen und des antikolonialen Widerstands in der Karibik zu verflechten. Sie war, wie zahlreiche Artikel sie beschrieben, eine „politische Exilantin“, die ihren Status als Flüchtling in einen Zufluchtsort verwandelte.

Während ihres Exils erlangten ihre Schriften, darunter ihre Autobiografie von 1987, ein breites Publikum und machten ihre Geschichte und Stimme jüngeren Aktivisten zugänglich und inspirierte auch die Jugend der Black-Lives-Matter-Generation. Ein Versprechen aus ihrer Autobiografie wurde von der Bewegung übernommen. Weltweit erklärten Aktivist_innen bei Protesten, Märschen und Demonstrationen: „Es ist unsere Pflicht, für unsere Freiheit zu kämpfen. Es ist unsere Pflicht zu gewinnen. Wir müssen einander lieben und unterstützen. Wir haben nichts zu verlieren außer unseren Ketten.“

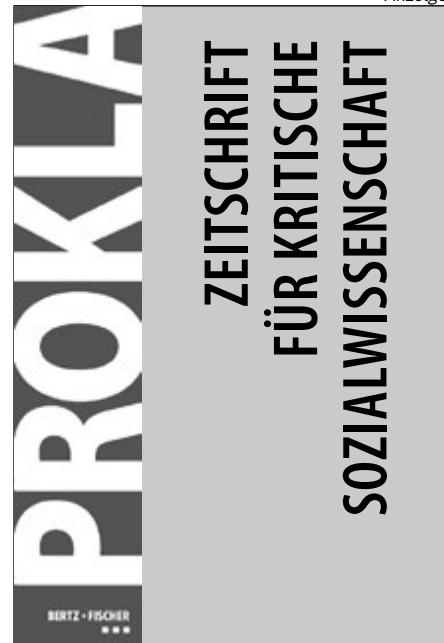
Und sie inspirierte mich, denn sie zeigte, dass es nicht in Frage kam aufzugeben und dass es immer eine Möglichkeit gibt zu widerstehen. Sie zeigte, wie wir voneinander lernen können. „Sich gegen jede Form der Gefangenschaft zu wehren. Das Feuer der Ablehnung am Leben zu erhalten.“

Sie starb so, wie sie seit ihrer Flucht gelebt hatte: ungebrochen, ungeschlagen, widerständig. Die Genugtuung, nach der die Weißen Suprematisten sich gesehnt hatten – das Fahndungsfoto in Ketten, die Leiche in einer Zelle – bekamen sie nie.

Assata starb in Freiheit!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

► https://www.democracynow.org/2025/9/29/death_le-gacy_assata_shakur

Der Text ist in Originallänge auf der Homepage der OG Hannover: <https://hannover.rote-hilfe.de/> zu finden



Schwerpunktthemen

- Nr. 214: Feministische Ökonomiekritik (1/2024)
- Nr. 215: Demokratische Planwirtschaft in Zeiten von Digitalisierung und Klimakrise (2/2024)
- Nr. 216: Widersprüche »grüner« industrieller Transformation (3/2024)
- Nr. 217: Mythos der Maschine? Künstliche Intelligenz und Gesellschaftskritik (4/2024)
- Nr. 218: Surplus Societies – Überflüssige im Gegenwarts-kapitalismus? (1/2025)
- Nr. 220: Arbeit. Raum. Kämpfe. (3/2025)



Einzelheft: € 15,-

Probeheft anfordern!

Bertz + Fischer Verlag
prokla@bertz-fischer.de
www.bertz-fischer.de/prokla

Geschichte Mexikos

Eine kleine Einführung

RHZ Redaktionskollektiv

Die spanische Eroberung Mexikos unter Hernán Cortés in den Jahren von 1519 bis 1521 führte zum Untergang des Reiches der Azteken und begründete die Herrschaft der Spanier*innen über Mesoamerika, die in Mexiko 1821 endete.

Im Kampf um die mexikanische Unabhängigkeit wurden die Priester Hidalgo und Morelos zu Volkshelden. Sie riefen die indigene Bevölkerung dazu auf, für ihre Befreiung zu kämpfen und das Land zurückzuerobern. Am 16. September 1810 (heutiger Feiertag

der Unabhängigkeit) stieß Miguel Hidalgo während einer Messe den „Grito de Dolores“ („Schmerzensschrei“) aus, den Aufruf zum bewaffneten Kampf gegen die Spanier*innen. Die schnell wachsende Bewegung vereinte indigenen Aufstand mit sozialer Revolution. Neben der Unabhängigkeit forderte sie die Rückgabe von Kommunalland, die Abschaffung der Sklaverei und die Begrenzung der Kirchenmacht. Nach anfänglichen Erfolgen erlitt Hidalgos Armee eine Niederlage und viele Aufständische wurden umgebracht, Hidalgo selbst wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet. Anschließend führte José María Morelos die Kämpfe weiter und rief auf einem Kongress 1813 die Unabhängigkeit aus. Aber er

wurde ebenso gefangengenommen und 1815 hingerichtet. Damit waren auch die sozialen Forderungen der Unabhängigkeitsbewegung gestorben. Wenige Jahre später mutierte sie zu einem Kampf innerhalb derselben herrschenden Klasse: In Amerika geborene Abkömmlinge von Europäer*innen befreiten sich von der Herrschaft von Europäer*innen. 1821 erkannte die spanische Krone die Souveränität des mexikanischen Staates an. Die Unterdrückung innerhalb der mexikanischen Gesellschaft blieb aber auch danach bestehen.

Sehr prägend war die Zeit des Porfiriates, die lange Herrschaft von Porfirio Díaz (1876 – 1911). Er stärkte den Zentralstaat, trieb die „Modernisierung“ von



Beide Bilder: Wandbild von Diego Rivera zur Geschichte Mexikos im Nationalpalast in Mexico City, entstanden zwischen 1929 und 1935.

Bergbau, Landwirtschaft und Handel voran und richtete die Wirtschaft international aus. Um das durchzusetzen führte er ein diktatorisches Regime, das keine Opposition duldet und exzessive Ausbeutung sowie gnadenlosen Landraub ermöglichte. Während seiner Jahrzehntelangen Herrschaft bildete sich ein oligarchisches Regime. Eine kleine wirtschaftlich-gesellschaftlich dominierende Schicht hatte die politische Herrschaft inne.

Mexikanische Revolution

Unabhängig von der infrastrukturellen Veränderung blieb insbesondere die Landfrage von großer Bedeutung. Die Landwirtschaft war die Lebensgrundlage der Menschen auf dem Land in Mexiko. Allerdings besaßen viele Gemeinden zu wenig Land, um davon leben zu können. So befanden sich 1910 85 % des Bodens im Besitz von 2 % der Bevölkerung. Die kontinuierliche Ausbeutung und Erniedrigung der arbeitenden, oft indigenen, Bevölkerung führte zu sozialen Unruhen und politischen Protesten. Ab 1910 gab es im Norden und im Süden revolutionäre Bewegungen, die große Gebiete unter ihre Kontrolle bringen konnten. Im Norden konnten Francisco „Pancho“ Villa und Pascual Orozco mit ihren Anhängerschaft aus unzufriedenen Bürger*innen, Bäuer*innen und Arbeiter*innen die Truppen von Díaz vernichtend schlagen. Daraufhin erklärte der Diktator im Mai 1911 seinen Rücktritt, was als erster bedeutender Sieg der Mexikanischen Revolution (1910 – 1917) gilt.

Im Süden kämpfte der Bauernführer Emilio Zapata mit seinen Anhänger*innen unter dem Slogan „Tierra y Libertad“ („Land und Freiheit“) gegen die Großgrundbesitzer*innen für die Wiederherstellung von alten Anrechten auf Land. Zapata wird mit dem Kampf gegen die Armut, der Vision auf gerechte Verteilung und dem Verzicht auf Macht gleichgesetzt.

1914 wurde Venustiano Carranza Präsident von Mexiko. Er setzte 1917 eine neue Verfassung mit zahlreichen sozialen und politischen Reformen in Kraft, die noch heute Gültigkeit hat. Dieser Akt gilt für viele als das offizielle Ende der mexikanischen Revolution. Fakt war aber, dass der bewaffnete Konflikt weiterhin tobte. Carranza bekämpfte sowohl die Bauernarmee im Süden, wo Emilio Zapata 1919 in einen Hinterhalt gelockt

und ermordet wurde, als auch die „División del Norte“ Pancho Villas, der 1923 erschossen wurde.

Im Artikel 27 der Verfassung von 1917 war festgeschrieben worden, dass alle mexikanischen Bauern Anrecht auf Ejido haben. Ejido meint Land, das dem Staat gehört und den Gemeinden übergeben wird und nicht verkauft werden darf. Die Gemeinden verteilen es dann an ihre Mitglieder, teils zur individuellen teils zur kollektiven Nutzung.

Der Artikel 27 wurde jedoch niemals wirklich umgesetzt.

derlage Tausenden von republikanischen Veteran*innen und Intellektuellen Asyl.

Politisches System

Nach der Revolution wurde ein politisches System errichtet, das nur auf den ersten Blick eine repräsentative Demokratie war. Mit der Revolutionären Institutionalisierten Partei (PRI) wurde quasi eine Einparteienherrschaft etabliert. Der Präsident hatte sehr große Macht und war eng mit der PRI verbunden. Diese wiederum hat sich ihre Macht in der Ge-



Erst unter Präsident Lázaro Cárdenas (1934 – 1940) wurde eine zögerliche Agrarreform durchgeführt. Auch wenn erste Ejidos entstanden, bekam die indigene Landbevölkerung dennoch weit weniger Land zuerkannt als versprochen. Und davon war ein Viertel schon vorher Gemeindeland und der Rest war meist schlechter Boden, so dass es immer wieder zu Landkämpfen kam.

Hinsichtlich der Außenpolitik Mexikos ist es wichtig zu erwähnen, dass die Regierung von Lázaro Cárdenas die Republikaner*innen im Spanischen Bürgerkrieg unterstützte. Im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern war Mexiko dem Internationalen Nichtinterventionskomitee nicht beigetreten und war daher das einzige Land, das der Republik offiziell Hilfe leistete. Es schickte etwa 28 Millionen Schuss Munition, 28.000 Gewehre, 70 Antiaircraft-Geschütze, etwa 55 Flugzeuge und Nahrungsmittel nach Spanien und gab nach der Nie-

sellschaft gesichert, indem alle wichtigen Bereiche in die Partei zwangsintegriert wurden. Zum Beispiel waren alle Gewerkschaftsmitglieder über den Arbeitssektor in die Partei eingebunden und somit automatisch Mitglieder dieser Partei. Ebenso gab es einen Landsektor, einen Volkssektor... Oppositionsparteien waren zwar zugelassen, hatten jedoch keinerlei Chance. Sobald sich Widerstand gegen dieses System regte, wurde er mit diktatorischen und gewalttamen Mitteln militärisch ausgeschaltet. Bereits seit den 20er Jahren hat das Militär die gesetzliche Befugnis zur Garantie der inneren Sicherheit und des sozialen Friedens auch im Inland zu agieren. Während andere lateinamerikanische Diktaturen erst in den 70er Jahren das Militär zur Unterdrückung der Bevölkerung einsetzten, war die militärische Gewaltanwendung in Mexiko von Anfang an Bestandteil des nachrevolutionären politischen Systems. So wurden Oppositionelle, die sich nicht in das offizielle po-

litische System haben einbinden lassen, laut Gesetz als Bedrohung des nationalen Friedens definiert und brutal durch das Militär unterdrückt oder vernichtet: Zum Beispiel bei der Niederschlagung des Eisenbahnstreiks 1959, bei der Bekämpfung der Guerilla in Guerrero, Oaxaca und Chiapas zwischen 1960 und 1980 oder bei dem Massaker an den protestierenden Student*innen 1968.

Das Militär war und ist eine wichtige Säule der politischen Macht in Mexiko. Mexiko stand nach außen im Ruf des sozialen Friedens und der Achtung der demokratischen Institutionen und konnte sich dadurch auch stets der internationalen Akzeptanz seiner Politik sicher sein. Die angebliche Demokratie hat jedoch immer mit den Mitteln einer Militärdiktatur agiert ohne eine solche ausrufen zu müssen.

Lange Zeit hat in Mexiko ein Revolutionsmythos existiert, der suggerierte, dass alle Mexikaner*innen die gleichen Chancen hätten und solidarisch untereinander verbunden seien. In Wirklichkeit jedoch war die indigene Bevölkerung immer massiv von Ausgrenzung und Unterdrückung betroffen. Auch andere Bevölkerungsschichten waren weit davon entfernt gleichberechtigt zu sein.

In den 80er Jahren fanden in Mexiko tiefgreifende sozioökonomische Veränderungen statt. Die zunehmende Korruption, der Autoritarismus und ökonomische und soziale Probleme haben zu Unzufriedenheit und einem Erstarken der Opposition geführt. Dies hat einen langsamem und mühsamen Prozess der Abkehr vom Einparteiensystem in Gang gesetzt. 1982 musste Mexiko seine Zahlungsunfähigkeit erklären und begann mit neoliberalen Strukturanpassungsmaßnahmen (Privatisierung, Abbau von Sozialausgaben, Integration in den Weltmarkt...). Unter dem Präsidenten Salinas de Gortari (1988 – 1994) wurden die neoliberalen Reformen weiter vorangetrieben. Unter anderem wurde auch Artikel 27 der Verfassung 1992 dahingehend geändert, dass Ejido-land verkauft werden und kein neues ausgewiesen werden darf. Schließlich wurde ein Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada abgeschlossen, das 1994 in Kraft getreten ist (NAFTA).

Der Zapatismus

Mit Inkrafttreten des Freihandelsabkommens am 1. Januar 1994 traten unter der

Parole „Ya basta! (es reicht!)“ auch die Zapatistas ans Licht der Öffentlichkeit.

Auch wenn das Datum bewusst ausgewählt war, so waren ihre Forderungen nach Land und Freiheit sowie mehr Rechten und Autonomie für die indigene Bevölkerung, einer Abkehr von der neoliberalen Wirtschaftspolitik und dem Rücktritt der PRI Regierung weitreichender als nur gegen NAFTA gerichtet. Zehn Jahre zuvor, am 17. November 1983, war die EZLN (Zapatistische Armee der nationalen Befreiung) gegründet worden. Sie hatte es geschafft, sozialistische Ideen von Menschen aus der Stadt mit jahrhundertealten Traditionen der indigenen Bevölkerung zusammenzubringen. Nachdem die indigene Bevölkerung schon viele Arten des friedlichen Kampfes ausprobiert hatte, war sie sehr offen für eine konsequente Fortführung ihrer Kämpfe, für einen Befreiungskampf.

Die EZLN hat sich von Anfang an von anderen Guerillabewegungen dadurch unterschieden, dass sie nicht nach der Macht im Staat strebt und auch intern nach dem politischen Prinzip des „gehorchenden Befehlens“ agiert. Zehn Jahre hatte sie unbemerkt als große indigene Untergrundbewegung eine weitreichende Struktur aufgebaut.

Für Chiapas, für Mexiko, für die Weltöffentlichkeit hingegen kamen die Zapatistas völlig überraschend. So konnte die EZLN am 1. Januar 1994 in einer militärischen Offensive sieben Städte in Chiapas besetzen. Durch diesen kräftigen Erstschlag war es ihnen gelungen große weltweite Aufmerksamkeit zu erlangen.

Die Zapatistas begründeten ihren bewaffneten Aufstand so: „Seit Hunderten von Jahren tragen wir unsere Bitten vor und glauben an Versprechen, die nie erfüllt werden, immer haben sie uns gesagt, wir sollten Geduld haben und wir könnten auf bessere Zeiten hoffen. Sie rieten uns zur Vernunft, sie versprachen uns, dass die Zukunft anders sein würde. Aber wir haben gesehen, dass das nicht stimmt, nichts hat sich geändert, es ist sogar schlimmer als das, was unsere Großeltern und Eltern erlebt haben. Unser Volk stirbt weiterhin an Hunger und heilbaren Krankheiten und versinkt in Unwissenheit und Analphabetismus. Und wir haben verstanden, dass unsere Kinder dasselbe erleben werden, wenn wir nicht kämpfen. Und das ist nicht gerecht.“

Vom 2. bis 11. Januar 1994 führte die mexikanische Bundesarmee ei-

ne brutale Gegenoffensive durch. Schon nach wenigen Tagen gab es öffentlichen Druck sowohl aus Mexiko als auch international, den Krieg zu beenden und einen Dialog zu beginnen. Hier hat eine starke Solidaritätsbewegung mit der aufständischen Bewegung ihren Anfang genommen.

Die Strategie der EZLN, in Kommunikation mit der Gesellschaft zu treten, zeigte Erfolg und wurde bis heute beibehalten. International bekamen die Zapatistas erneut große Aufmerksamkeit, als sie 500 Jahre nach der Eroberung von Mexiko 2021 mit ihrer Europareise die „umgekehrte Eroberung“ symbolisierten und sich vielfältig vernetzten.

Regierungswechsel

Im Jahr 2000 wurde nach 71 Regierungsjahren die PRI durch Vicent Fox von der PAN (Partido Acción Nacional – eine christdemokratische konservative Partei) abgelöst. In die Regierungszeit der PAN fällt der sogenannte „Krieg gegen den Drogenhandel“ (2006 – 2018). Bis 2022 wurden zwischen 350.000 und 400.000 Menschen sowohl von Kartellen als auch von Polizei und Militär getötet. Seitdem gab es wechselnde Präsidentschaften. Geblieben sind die großen Probleme der gewaltvollen Durchsetzung der Neoliberalisierung, der engen Verstrickung von Staat, Paramilitär und Drogenkartellen und Repression.

Heute regiert Claudia Sheinbaum als Nachfolgerin von Andrés Manuel López Obrador des Movimiento Regeneración Nacional – MORENA (Bewegung der nationalen Erneuerung). Die MORENA-Regierungen haben den Einsatz der Streitkräfte teilweise eingeschränkt, die Sicherheitsapparate bereinigt, der Einmischung nordamerikanischer Behörden auf mexikanischem Boden Grenzen gesetzt und sozialpolitischen Maßnahmen zur Wiedergutmachung in besonders gefährdeten Regionen und Bevölkerungsgruppen hohe Priorität eingeräumt. Das Drama der Verschwundenen bleibt jedoch weiterhin bestehen.

Die Regierung von MORENA führt viele Maßnahmen zugunsten der Bevölkerung durch – ohne ihr jedoch eine andere Rolle einzuräumen als die an der Wahlurne oder gelegentlich bei Aufrufen zur Unterstützung auf dem Zócalo, dem zentralen Platz der Hauptstadt. ♦

Politische Gefangene in Mexiko

Der Kampf für ihre Freiheit

Comité Cerezo México

Um über die Inhaftierung aus politischen Gründen in Mexiko zu sprechen, müssen wir in die jüngste Vergangenheit zurückblicken, mindestens bis ins Jahr 2000, als die Partei, die die Position der Ultrarechten vertritt (Partido Acción Nacional, PAN – Partei der Nationalen Aktion), die Macht übernahm und die Rechte (Partido Revolucionario Institucional, PRI – Institutionelle Revolutionäre Partei) verdrängte, die fast 100 Jahre lang an der Macht gewesen war.

Es sei kurz daran erinnert, dass in der Mexikanischen Revolution von 1910 bis 1917 die revolutionären Kräfte besiegt wurden und die Vertreter*innen der Sozialdemokratie in Allianz mit der nationalen Bourgeoisie triumphierten. Im Laufe der Jahre, mit Ausnahme von Lázaro Cárdenas, bewegte sich die Sozialdemokratie immer weiter nach rechts, bis sie schließlich die Interessen der nationalen und ausländischen Bourgeoisie vertrat und selbst Teil dieser wurde.

„Schmutziger Krieg“

So wurde jede soziale und politische Bewegung, die für die Ausweitung der Rechte des Volkes kämpfte und in den 1970er Jahren für den Sozialismus eintrat, systematisch unterdrückt. In den meisten Fällen wurden sie durch die Strategie der Aufstandsbekämpfung (Zeitraum des „Schmutzigen Krieges“) – deren Ziel die physische Vernichtung der Sozialistischen Aufstandsbewegung (Movimiento Insurgente Socialista, MIS) ist – und durch die Strategie der politischen Unterdrückung – deren Ziel die Vernichtung der Volksbe-

wegung ist, die als „das Wasser, in dem der Fisch schwimmt“ des Aufstandes angesehen wird – zerschlagen.

Inmitten des sogenannten „Schmutzigen Krieges“ entstanden nationale Koordinierungsstellen, die für die Freiheit der politischen Gefangenen und das lebendige Wiederauflaufen der verschwundenen kämpften, obwohl sie wie üblich aufgrund der Kämpfe zwischen reformistischen und revolutionären Positionen, die die Fortschritte und Rückschläge in diesem Kampf bestimmten, gespalten waren. Es ist jedoch wichtig zu erwähnen, dass die Repression die „Reformisten“ als Kandidat*innen zu Parlamentswahlen platzierte und sie Sitze als Abgeordnete und Senator*innen erhielten. Die Zweiten brachte die Repression ins Gefängnis.

Mit der sogenannten „demokratischen Öffnung“ Ende der 1970er Jahre wurden die Reste der vernichteten aufständischen Gruppen vom Staat in seiner Brust „aufgenommen“: Es wurde ein Amnestiegesetz erlassen, das all jenen zugute kam, die ihren Verzicht auf den bewaffneten Kampf unterzeichneten, und die Strategie der Aufstandsbekämpfung wurde gegen diejenigen fortgesetzt, die ihre Ideale nicht aufgegeben hatten. Dieser historische Moment ermöglichte es Tausenden von Menschen, die als po-

litische Gefangene inhaftiert waren oder verfolgt wurden, frei zu kommen, während die Konsequenteren unter ihnen noch einige Jahre im Gefängnis blieben.

Mit der Niederlage der MIS in Mexiko und der weltweiten kapitalistischen Entwicklung wurde ab 1982 eine neoliberalen Politik eingeführt, die zu einer zweiten Aufstandsphase in Mexiko führte, an der die beiden aufständischen Gruppen beteiligt waren, die die Phase des „schmutzigen Krieges“ überlebt hatten.

Neuer Kampfzyklus

Erst 1994 (Aufstand der Zapatistas) und 1996 (mit dem Aufkommen der Revolutionären Volksarmee – EPR) verschärfte sich die staatliche Strategie zur Bekämpfung der Aufständischen erneut, und damit begann ein neuer Kampfzyklus für die Freiheit neuer politischer Gefangener. So nahmen einige um die zapatistischen Gefangenen organisierte Gruppierungen wie „La Voz de Cerro Hueco“ (Die Stimme von Cerro Hueco) sowie Organisationen wie die OCSS (Organización Campesina de la Sierra del Sur – Bauernorganisation der Sierra del Sur) und die OPIZ (Organización de Pueblos Indígenas Zapotecas – Organisation der indigenen Völker der Zapoteken) in Guerrero und Oaxaca den

Anzeige

Der Essener Blutsonntag

Die tödlichen Polizeischüsse auf Philipp Müller

Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der staatlichen Repression, Band I

Zu beziehen über:
Literaturvertrieb der Roten Hilfe e.V.
literaturvertrieb@rote-hilfe.de
rote-hilfe.de/literaturvertrieb



Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen in Mexiko wieder auf, diesmal begleitet von Organisationen der sozialen Bewegung, die sich auf die Verteidigung von Menschenrechten spezialisiert hatten.

So kommen wir zum Jahr 2000, als die Ultrarechte, unterstützt von der stets ambivalenten Sozialdemokratie, zur ungültigen Stimmabgabe aufrief, um die Rechte von der Macht zu „entfernen“ und es der Ultrarechten zu ermöglichen, diese zu übernehmen. In Folge stieg die Zahl der politischen Gefangenen in Mexiko bis zum Jahr 2006 stetig an. Wir dokumentierten fast tausend politische Gefangene mit langen Haftstrafen (zwischen zehn und 60 Jahren Gefängnis), die hauptsächlich beschuldigt wurden, mit der EZLN (Zapatistische Armee der nationalen Befreiung) und der EPR in Verbindung zu stehen oder deren „soziale Basis“ des Aufstandes zu sein. Die meisten von ihnen waren Indigene aus den Bundesstaaten Guerrero, Chiapas und Oaxaca, wobei anzumerken ist, dass sich nur sehr wenige als Mitglieder dieser aufständischen Gruppen bezeichneten. Die Mehrheit gehörte sozialen Organisationen an, weshalb sie als „soziale Basis“ des Aufstandes kriminalisiert und strafrechtlich verfolgt wurden.

Von 2001 bis 2005 beteiligten wir uns an der Nationalen Koordinierungsstelle für die Freiheit politischer Gefangener und Gewissensgefangener¹, deren Hauptforderung die Verabschiedung eines Amnestiegesetzes war. Im Jahr 2005 entstand mit der Sechsten Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald² eine weitere Strömung. Sie vereinte einen anderen Teil der politischen Gefangenen, die sogar gegen die Forderung nach einer Amnestie waren, da sie diese politisch mit einer Begnadigung verwechselte. Darüber hinaus sprachen sie nur von „unseren Gefangenen“ und schlossen diejenigen aus, die sich 2005 nicht der Sechsten Erklärung angeschlossen hatten.

Ab 2006 begann die Ultrarechte un-

¹ Gewissensgefangene*r: Soziale*r Kämpfer*in oder Menschenrechtsverteidiger*in, der*die als Strafe für die Verteidigung eines Menschenrechts verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wird. In der Regel handelt es sich um Mitglieder von Organisationen der sozialen Bewegung und der Volksbewegung oder um einzelne Menschenrechtsverteidiger*innen. Die einzige Form des Kampfes, die sie nicht ausüben, ist der bewaffnete Kampf.

² <https://balumil.noblogs.org/lesenswerte-texte/sechste-erklaerung-aus-dem-lakandonischen-urwald/>

ter der Führung von Felipe Calderón mit dem, was er als Krieg gegen das organisierte Verbrechen bezeichnete, eine angebliche Strategie zur Zerschlagung des Drogenhandels, die wir seit 2008 als „Krieg gegen das Volk“ bezeichnen. Denn auch wenn die Strategie der Aufstandsbekämpfung nie aufhört zu wirken und die politische Repression je nach

die Freiheit der politischen Gefangenen, dass im Jahr 2018, als die politische Macht mit Andrés Manuel López Obador (AMLO) an der Spitze in die Hände der Sozialdemokratie überging, nur noch 130 politische Gefangene dokumentiert waren. Wir können also sagen, dass wir als Volksbewegung in diesem Zeitraum von 17 Jahren die Freilassung von fast



„Wir haben die Macht zu verändern und wir gestalten die Zukunft. Kämpfe für deine Freiheit!“
Graffito in Mexico City, Foto: Viv Lynch , CC BY-NC-ND 2.0

Stärke oder Schwäche des Volkskampfes zunimmt oder abnimmt, wurde in dieser sechsjährigen Amtszeit und der von Peña Nieto (2012 – 2018) eine neue, aus Kolumbien importierte Strategie angewendet, deren Ziel die soziale Kontrolle durch Terror war.

Anhaltender Kampf für Freiheit

Der anhaltende Kampf für die Freiheit politischer Gefangener in Verbindung mit der Umsetzung der Strategie der sozialen Kontrolle durch Terror führte ab 2008 zu einer geringeren Zahl politischer Gefangener, da die politischen Kosten einer längeren politischen Haft höher sind als die einer außergerichtlichen Hinrichtung oder eines Verschwindenlassens. Tatsächlich haben wir von 2006 bis 2018 3.958 willkürliche Verhaftungen mit kurzen Haftstrafen dokumentiert.

Dennoch erreichten die Bemühungen der Koordinator*innen im Kampf für

870 politischen Gefangenen erreicht haben. Von den 130 politischen Gefangenen gehörte niemand einer aufständischen Gruppe an. Die letzten Gefangenen des Aufstandes waren 2013 freigelassen worden. 110 der 130 politischen Gefangenen wurden im Zuge eines Amnestiegesetzes aus der Haft entlassen. Damit entledigte sich die Sozialdemokratie einer Quelle sozialer Unzufriedenheit.

Die Erfahrungen und Erkenntnisse, die wir im Laufe dieser Periode (1994 – 2018) im Kampf gesammelt haben, wurden im Workshop für zu Unrecht inhaftierte Gefangene und im „Werkzeugkreis“ systematisiert, einer von uns entwickelten Technik der Volksbildung. Den Inhalt haben wir jedoch nicht selbst erfunden, sondern nur auf der Grundlage der Erfahrungen aus dem Kampf der 1970er bis 1990er Jahre in Mexiko (aus den Erfahrungen derjenigen, die den Prozess von „La Voz de Cerro Hueco“ unterstützt haben), aus dem Kampf für die Amnestie

des baskischen Volkes und der kolumbianischen sozialen Bewegung weiterentwickelt und perfektioniert.

Jede Person im Umfeld der*s Gefangenen und der*die Gefangene selbst spielt eine grundlegende Rolle in dem Kampf um Freiheit. Die Familie, der*die Gefangene, das Solidaritätskomitee und die Organisation sind die Teile, die sich koordinieren müssen, um die Freiheit zu erlangen, aber die konkrete Koordinierungsstrategie hängt von jedem einzelnen Fall ab. Nun wird eine solche Koordination entsprechend der Entwicklung ihres politischen Bewusstseins ihre eigenen Ziele festlegen: sei es nur die individuelle Freiheit des Gefangenen oder die Durchführung von Aktionen, die auch zur sozialen Transformation beitragen. Entsprechend den festgelegten Zielen wird sie verschiedene Instrumente definieren und einsetzen, alle mit politischem Charakter.

Zu den Instrumenten, auf die soziale Bewegungen zurückgegriffen haben, gehören: Mobilisierung, Öffentlichmachen, Verbreitung juristischer Information, materielle Ressourcen, Organisation, Bezug auf Menschenrechte sowie politische Bildung. Wir möchten klarstellen, dass dies nicht die einzigen Instrumente sind und keines für sich genommen besser ist als

ein anderes, da der Einsatz jedes einzelnen Instruments oder die Kombination von zwei oder allen Instrumenten von der politischen Analyse der konkreten Situation abhängt.

Derzeit ist der Kampf für die Freiheit politischer Gefangener in Mexiko nur noch von geringer Bedeutung, da er angesichts einer sozialen Bewegung, die sich vor allem für die lebendige Rückführung aller Opfer von gewaltlosen Verschwindenlassen und in geringerem Maße für die Bestrafung der Täter von außergerichtlichen Hinrichtungen einsetzt, in den Hintergrund getreten ist. Dies ist einerseits auf die geringere Zahl politischer Gefangener zurückzuführen, die das Ergebnis einer veränderten Repressionsstrategie während der Regierungszeit der Ultrarechten in Mexiko und der atypischen Amnestie der ersten sechs Jahre der Sozialdemokratie (2018 – 2024) ist. Derzeit sind nur 18 politisch Verurteilte (eine Frau und 17 Männer) dokumentiert (2006 – 2018). Und andererseits auf die hohe Zahl außergerichtlicher Hinrichtungen und gewaltlosen Verschwindenlassen, unter denen die Volksbewegung in den Jahren 2008 – 2018 litt. Hinzu kommt, dass 70 % der sozialen Organisationen, die sozialdemokratisch waren, nun Teil des Staates sind oder ihn unterstützen. ♦

► Das Comité Cerezo México wurde 2001 aufgrund der Verhaftung, Folter und politischen Gefangenschaft der Brüder Alejandro, Héctor und Antonio Cerezo gegründet. Die drei Studenten im Alter von 19, 22 und 24 Jahren waren zu Unrecht der Mitgliedschaft in einer aufständischen mexikanischen Gruppe beschuldigt worden. Ihre Geschwister Francisco und Emiliana und ihre Freund*innen begannen den Kampf für ihre Freiheit und gründeten ein Komitee für ihre Freilassung, da sie keiner Volks- oder sozialen Organisation angehörten. Sie erkannten, dass Menschenrechte ein konkretes praktisches Instrument waren, um die Kriminalisierung durch den Staat zu überwinden und die Isolation der sozialen Bewegung zu durchbrechen. Als Organisation begannen sie mit der Dokumentation aller politischen Gefangenen in Mexiko und erweiterten dies seit 2006 mit der Dokumentation von außergerichtlichen Hinrichtungen und gewaltlosen Verschwindenlassen aus politischen Gründen. Derzeit begleiten sie Fälle von sozialen Aktivist*innen, die Opfer politischer Inhaftierung, gewaltlosen Verschwindenlassen und außergerichtlicher Hinrichtungen geworden sind.

NOTIZEN AUS DEM RECHTSSTAAT

Marx-Lektüre ist doch zwingend grundgesetzfeindlich ...

Im April hatte das Verwaltungsgericht (VG) Hamburg entschieden, dass die Marxistische Abendschule (Masch) nicht allein aufgrund ihrer Marx-Lektüre im „Verfassungsschutz“-Bericht geführt werden darf, was sie die steuerrelevante Gemeinnützigkeit gekostet hatte (vgl. RHZ 2/25). Anfang Juli veröffentlichte das VG seine Urteilsbegründung – und stellte fest, dass der Lesekreis nur deshalb nicht staatsgefährdend sei, weil er keine „aktiv-kämpferische Haltung“ habe.

Grundsätzlich gelte aber: „Die auf die Theorien von Karl Marx zentrierte Betätigung [...] steht prinzipiell im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.“ Die Theorie, mit der sich die Masch befasst, ziele auf

einen gewaltlosen Umsturz und eine zwingend undemokratische „Diktatur des Proletariats“. Diesen Begriff entnahm das VG dem inzwischen 177 Jahre alten „Kommunistischen Manifest“, seiner einzigen zitierten Marx-Quelle. Nach dieser Argumentation kann jeder Verein, der sich hauptsächlich auf Marx bezieht, Beobachtungsobjekt des Geheimdienstes werden, sofern ihm nur eine gewisse Relevanz unterstellt wird.

... oder auch nicht (außer man liest auch Lenin)

Tatsächlich sind andere Gerichte zuletzt deutlich entspannter mit Marx‘ Werk umgegangen. So hatte im Juli 2024 das VG Berlin zur Klage der *jungen Welt* gegen ihre Beobachtung entschieden: „Allein aus einer solchen marxistischen Orientierung folgen [...] nicht zwingend Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Denn Marx beschrieb den Weg hin zu einem sozialistischen Staat eher allgemein und kuriosisch.“

Auch die Verwendung von Begriffen wie „Sozialismus“, „Revolution“ und „Kapitalismus“ im politischen Sprachgebrauch allein müssen keine Anhaltspunkte für eine Verfassungseindlichkeit sein, weil mit ihnen auch (lediglich) eine verfassungskonforme Umgestaltung der wirtschaftspolitischen Verhältnisse gemeint sein kann.“

Aaaaaber: „Die *jW* bejaht neben Marx jedoch auch Lenin und seine Theorien.“ Und die seien ja nun wirklich „antidemokatisch und menschenrechtswidrig und widersprechen den Verfassungsgrundsätzen im vorbeschriebenen Maße“. Was das VG dem selbst grundgesetzwidrigen KPD-Verbotsurteil von 1956 entnommen hatte.

Die Klage der *jW* wurde bekanntlich abgewiesen (vgl. RHZ 3/24) – sie darf weiterhin vom Geheimdienst beobachtet und angeprangert werden. Neben Marx- und Lenin-Bänden scheint zumindest sie also auch eine gewisse Relevanz zu besitzen.

„Tod, Gefängnis oder Verschwinden“

Interview eines*einer Aktivist*in mit einem Mitglied der Gruppe „Wir sind nicht Alle“ in Mexiko

Hallo, guten Tag. Wir sind hier, um über das Gefängnis und die Situation der inhaftierten Genoss*innen in Chiapas, Mexiko zu sprechen. Wir haben viele Fragen an Juanpi, der seit mehr als zehn Jahren mit der Arbeitsgruppe „Wir sind nicht Alle“ (Grupo de Trabajo No Estamos Todxs) zusammenarbeitet.

Bitte erzähl uns doch ein wenig über dich, deine Geschichte und wie du zu dieser Arbeit gekommen bist.

Ich komme ursprünglich aus Mexiko-Stadt und lebe seit etwa 17 Jahren in Chiapas – nah am Kampf unserer zapatistischen Genoss*innen und inspiriert davon. Und nun durch die Inspiration der Kämpfe, welche die EZLN (Zapatistische Armee der nationalen Befreiung) für uns geführt hat, ist die Arbeitsgruppe „Wir sind nicht Alle“ entstanden.

Was ist das für eine Anti-Gefängnis Gruppe?

Diese Gruppe entstand aufgrund der schweren Repressionen, die der mexikanische Staat im Jahr 2006 gegen Genoss*innen der „Anderen Kampagne“, Anhänger*innen der Sechsten Erklärung aus dem Lakan-donischen Urwald, zu verhängen begann. Im Jahr 2008 wurde die erste Kampagne gestartet. Und 2010 wurde die Gruppe gegründet und seitdem haben wir begonnen zu arbeiten.

Erzähl uns doch bitte, wie ein normaler Besuch im Gefängnis aussieht?

Es muss klargestellt werden, dass jede*r Gefangene, sei es ein*e politische*r Gefangene*r, ein*e Gefangene*r wegen seines*ihrer Kampfes, ein*e Gewissensgefangene*r oder ein*e gewöhnliche*r Gefangene*r isoliert wird. Die Isolation ist Teil des Strafsystems, bei dem nicht nur der*die Gefangene selbst bestraft wird, sondern auch die Familie.

Und wie ist der Ablauf eines Besuches?

Das Gefängnis selbst hat bestimmte Vorschriften, die auf der Umerziehung oder der sozialen Wiedereingliederung der Häftlinge basieren. Es gibt also viele Kontrollen, damit keine verbotenen Gegenstände hineingeschmuggelt werden, natürlich illegale Substanzen, Waffen und so weiter, aber auch Kleidung, damit sie nicht mit den Wärtern ähnlich ist. Und dann gibt es auch bestimmte Merkmale wie keine Ohrringe, keine enganliegende Kleidung, auch bestimmte Früchte oder bestimmte Lebensmittel

sind nicht erlaubt. Das schränkt manchmal die Möglichkeit, hineinzukommen, sehr ein. Es muss betont werden, dass im Bundesstaat Chiapas viele der traditionellen Trachten unserer Genoss*innen dunkel sind. Dann müsste man auch diese rassistische Voreingenommenheit überwinden, die nicht gerade gering ist. Der Staat erfüllt die Mindeststandards für die Versorgung und Betreuung von Gefangenen nicht. Stattdessen müssen sie und ihre Familienangehörigen all diese Bedürfnisse abdecken, Toilettenpapier, Hygieneartikel, Kleidung, Medikamente ...

Wer wird besucht? Wer sind die politischen Gefangenen?

Unsere Gruppe arbeitet mit zwei Arten von Gefangenen: Gefangenen, die sich innerhalb des Gefängnisses organisiert haben, und Gefangenen, die wegen ihres Kampfes inhaftiert wurden. Diese beiden Gruppen von Gefangenen werden besucht. Entweder, weil sie Verteidiger*innen des Landes sind, oder weil ihre Menschenrechte verletzt wurden.

Wie funktioniert das Geldsystem innerhalb des Gefängnisses?

Man muss für alles bezahlen, man muss für die Decke bezahlen, man muss für den Schlafplatz bezahlen. Wenn man etwas anderes essen möchte als das, was serviert wird, das manchmal nicht im bestem Zustand ist, muss man dafür bezahlen. Einige Medikamente sind nicht in der Krankenstation erhältlich und müssen bezahlt werden.

Es gibt viele Arten von Arbeit im Gefängnis, und eine davon ist das Handwerk. Wir glauben, dass durch den Kauf eines Kunsthandwerks Solidarität gezeigt werden kann, da es Wertschätzung der Handarbeit und zugleich finanzielle Vergütung mit sich bringt.

Kannst du uns genauer erklären, wie das Gefängnis für die Häftlinge funktioniert, wie sieht ein Tag für sie aus?

Sie haben Zeiten, zu denen sie draußen im Hof sein dürfen, den größten Teil des Tages verbringen sie in ihren Zellen. Das hängt von den finanziellen Ressourcen der jeweiligen Inhaftierten ab. Jede*r entwickelt ihre*seine eigenen Überlebensstrategien im Gefängnis, manche isolieren sich, andere treiben viel Sport, andere basteln, spielen oder schreiben, je nach Häftling. Was jedoch hervorgehoben werden muss, ist die Disziplinierung des Körpers. Foucault hat es bereits gesagt: Die Schule, das Gefängnis, die Armee, die Fabrik. Sie reduzieren und

disziplinieren den Körper zu einer Instanz der Gefangenschaft. Das muss also berücksichtigt werden, nicht nur, dass sie einen Zeitplan zum Aufwachen haben, einen Zeitplan zum Verlassen ihrer Zelle, einen Zeitplan zum Betreten der Zelle, einen Zeitplan zum Essen, sondern auch die Gefangenschaft, die das bedeutet. Es gab einen Mitgefangeinen, der ebenfalls mehrere Jahre im Gefängnis verbracht hatte und uns nach seiner Entlassung bat, mit anderen Mitgefangeinen spazieren zu gehen, die ihn damals begleitet hatten. Er erzählte uns, dass er acht Jahre lang keinen Mond gesehen hatte.

Kannst du uns ein wenig mehr über vulnerable Gruppen erzählen, die gegenüber dem mexikanischen Justizsystem besonders schutzbedürftig sind.

Das sind alle außer die „Weißen“. Also BIPoC Menschen in den Vororten von Mexiko-Stadt, die Indigenen überall im Land, die Migrant*innen überall, die auf der Durchreise waren, auf ihrem Weg von der Grenze.

Und wie nutzt die Regierung das Gefängnis, um den Widerstand zu zermürben?

Nun, was die politischen Gefangenen angeht, also diejenigen, die als Kämpfende inhaftiert wurden, gilt dasselbe wie für alle anderen, oder? Es ist egal, ob man im Kampf inhaftiert wird oder für einen Kampf. Das Gefängnis unterdrückt alle Menschen, denen die Freiheit genommen wurde, gleichermaßen oder in ähnlichem Maße, vor allem wenn es darum geht, Schuldige zu fabrizieren, die sich so sehr für die Verteidigung des Landes, die Verteidigung der Menschenrechte oder für Aktivismus im Allgemeinen einsetzen, dass die Regierung zu einer ständigen Bedrohung für diejenigen wird, die sich organisieren. Das hat schon ein Genosse gesagt, den wir besucht haben, dass es drei, nun ja, er sagte zwei, ich kann drei Alternativen für diejenigen nennen, die draußen kämpfen: Es

ist der Tod, das Gefängnis oder das Verschwinden. Das Gefängnis wird also auch zu einer ständigen Bedrohung für diejenigen, die sich organisieren, nicht wahr? Oder du weißt, dass du einen Teil deiner Zukunft als Aktivist*in im Gefängnis verbringen kannst. Und das ist das Risiko, das du eingehst. Das passiert doch überall auf der Welt, oder?

Jede zweite Woche gehst du, manchmal mit einigen Freiwilligen, ins Gefängnis und besuchst immer die gleichen fünf Genossen. Wir kennen sie ja auch schon ein wenig, aber kannst du uns noch mehr über sie erzählen? Wen besuchst du und warum sind sie dort?

Ja, sie stammen aus San Juan Cancún. Es sind fünf Genossen, Verteidiger des Territoriums: Agustín, Agustín, Martín, Manuel und Juan. Zunächst wurden Juan, Agustín und Manuel wegen Drogenbesitzes in ihren Häusern angeklagt, was ein erfundenes Verbrechen war, das die Behörden nutzen, um gute Menschen zunächst festzunehmen, bevor sie ein zweites, etwas schwereres oder viel schwereres Verbrechen erfinden. Dann kamen Martín und Agustín, Verwandte des ersten Agustín. Und nun wurden sie des Mordes an einem Polizisten angeklagt. Es ist hervorzuheben, dass sie uns viele Male ihre Unschuld bewiesen haben. Jedoch wurden sie bereits zweimal in zwei Prozessen zu 25 Jahren Haft verurteilt, was der Strafe für Mord entspricht, und nun wurde ihre Strafe auf 17 Jahre reduziert, aber unser Kampf gilt ihrer Freiheit, denn sie alle sind Familienväter. Man muss auch verstehen, dass ihre Familien, wenn sie inhaftiert sind, einerseits unter der Kriminalisierung leiden, weil die Gesellschaft dazu neigt, Menschen, die im Gefängnis sitzen, als schlechte Menschen zu betrachten und sie zu verachten, zu isolieren und auszugrenzen. Andererseits gibt es natürlich auch die Schwierigkeiten, Vater oder Familienmitglied zu sein. Und dass nun die gesamte Verantwortung für

NOTIZEN AUS DEM RECHTSSTAAT IAA-Spezial

Kleben nur unter behördlicher Aufsicht

Nachdem sie sich zwecks Behinderung der Auto-Show IAA auf Münchner Straßen geklebt hatten, wurden mehrere Aktivist*innen mit einem schriftlichen Mitführverbot von Kleber belegt. Eine Betroffene meldete darauf bei der Verwaltungsbehörde eine Kunstaktion als Ausdruck ihres Protests an – sie wolle zur Meinungsäußerung eine Collage erstellen, wofür sie zwingend Kleber brauche. Die Behörde überlegte nicht lang und gestattete schriftlich, für die Aktion befristet auf eine Stunde Kleber zu nutzen – aber nicht mit sich zu führen. Und

so brachte ein Uniformierter den Kleber an den Ort des künstlerischen Protests, wachte über dessen genehmigungskonforme Verwendung und darüber, dass er nicht vom Ort entfernt wurde, und entfernte danach sich selbst mit dem Kleber. Dem Grundrecht der relativ freien Meinungsäußerung war damit Genüge getan, dem Klebermitführverbot auch.

Auf die Verhältnismäßigkeit geäpfelt

Zur „Sicherung“ des Mobilitätswende-Camps fernab der IAA setzte die Polizei unter anderem auf ein ganz altes Verkehrsmittel, das reichlich Emissionen ausstieß. Als Aktivist*innen die Pferdeäpfel einsammelten und vor einem Polizeiauto ablegten, wurden sie für längere Zeit festgehalten und einer Identitätsfeststellung unterzogen. Auf wiederholte Nachfrage begründeten die Uniformier-

ten dies mit Art. 13 Abs. 1 PAG. Der erlaubt diese Maßnahme „zur Abwehr [...] einer drohenden Gefahr für ein bedeutendes Rechtsgut“. Die drohende Gefahr wurde – wiederum auf Insistieren – als die des Ablagerns fremden Mülls definiert, das bedeutende Rechtsgut gar nicht. Denn dass die zugestellten Rückstände der Polizei gar nicht fremd, sondern von deren eigenen Pferden seien, sei „nicht gesichert“ – obwohl in dem innerstädtischen Park Reiten verboten und angesichts des enormen Polizeiaufgebots die Präsenz „illegaler“ und unentdeckter Pferde mehr als unwahrscheinlich ist.

Ob den angeblichen Pferdeäpfelablagerungsgefährder*innen nach der nur haarscharfen Abwendung dieser gar schrecklich drohenden Gefahr weitere rechtsstaatliche Maßnahmen ins Haus stehen, ist bislang nicht bekannt.

die Betreuung ihrer Kinder und Jugendlichen bei ihren Partnerinnen liegt. Und dass es für sie mit der Zeit auch schwieriger wird, sie täglich zu besuchen, nicht wahr? Ihre Partner sind nun seit etwa zwei Jahren und sieben Monaten zu Unrecht ihrer Freiheit beraubt worden. Wir unternehmen alle Anstrengungen, um für ihre Freiheit zu kämpfen. Einerseits sind da die Besuche, aber das ist noch nicht alles. Denn auch Mobilisierung, Anzeigen, die Sichtbarmachung ihrer Fälle sind Teil unseres Kampfes, den wir nicht alleine führen. Wir tun dies gemeinsam mit anderen Organisationen, sowohl hier in Chiapas als auch in Mexiko, im Rest des Landes und an anderen Orten der Welt, wo Solidarität und Unterstützung Grenzen überwinden.

Und in welchem Prozess befinden sich die Genossen gerade?

Der Prozess, in dem sie sich derzeit befinden: sie warten auf den weiteren Verlauf des Verfahrens zur direkten Verfassungsbeschwerde, was gut ist. Es ist ein Prozess, über den die Anwälte besser Bescheid wissen als ich, da ich kein Anwalt bin, aber nun ja, es ist auch Teil des Justizsystems. Es müsste schnell gehen, aber sie sind bereits seit zwei Jahren und sechs Monaten inhaftiert und warten auf eine Entscheidung, von der wir nicht wissen, ob sie positiv oder negativ ausfallen wird.

Wie kann Solidarität aussehen, wenn wir in Mexiko oder in anderen Teilen der Welt leben?

Zunächst einmal, indem ihr euch bewusstmacht, was das Gefängnis bedeutet. Und dann, indem ihr euch an eure nächstgelegene Anti-Gefängnis-Gruppe wendet und diese unterstützt, denn wie die Zapatisten sagen: Es ist zwar

gut, wenn ihr den Fall unserer Genossen bekannt macht, aber es ist auch gut, wenn ihr den Kampf an eurem Ort und in eurer Region führt.

Vielen Dank Juanpi. Kannst du uns noch erzählen mit welchen Schwierigkeiten es zu kämpfen gilt?

Die Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben, sind eben diese: Unterdrückung, Verfolgung, Drohungen, aber das gehört zum Alltag einer*s jeden Aktivist*in dazu. Nein, wir stellen uns auch nicht in den Mittelpunkt der Welt, nein, wir kennen die Risiken, die wir eingehen, und wir nehmen sie in Kauf, nicht wahr? Und nun ja, das Leben im Kampf ist auch nicht immer einfach, nein, manchmal, aber das ist bei jeder Art von Kampf so, die Einsamkeit, manchmal muss man sich damit abfinden. Mehr tun, als man eigentlich könnte. Aber gut, es ist etwas, das man tun muss. Wenn man es nicht tut, nein, es geht nicht anders, man muss sich behelfen und weiter vorwärtsgehen. Denn ich bestehe darauf, wir sind unter dem Vorbild unserer zapatistischen Genoss*innen geboren und dem Dienst, den sie ihrer Gemeinschaft leisten, der Veränderung, die sie in ihrem Alltag bewirken. Und das ist das große Vorbild, das wir haben, wir, die wir kleiner sind und versuchen, ihrem Beispiel zu folgen, auch wenn wir Jahrzehnte hinter ihnen zurückliegen.

Was motiviert dich weiterhin?

Gerechtigkeit, das Streben nach Gerechtigkeit und Freiheit.

Und was würdest du am mexikanischen Justizsystem konkret ändern?

Dass es nicht existiert.

NOTIZEN AUS DEM RECHTSSTAAT

Verfassungstreu arbeiten – bald auch in Rheinland-Pfalz

Auch in Rheinland-Pfalz muss, wer im öffentlichen Dienst arbeiten will, in Zukunft „extremistischen“ Organisationen abschwören. Wie SPD-Innenminister Ebling im August ankündigte, werde der Geheimdienst eine regelmäßig zu aktualisierende Liste auflegen. Darin aufgeführten Organisationen dürfe man in den fünf Jahren vor einer gewünschten Anstellung etwa bei der Straßenreinigung, im Lehramt oder als Busfahrer*in nicht angehören. Wer die Erklärung verweigere und Zweifel an der eigenen „Verfassungstreue“ nicht ausräumen könne, werde nicht eingestellt. Auf der Liste werde „auch“ die AfD geführt werden. Es darf

freilich davon ausgegangen werden, dass der Geheimdienst daneben auch höchst umstürzlerische Verbände wie die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes oder die Rote Hilfe e.V. listen wird. Wie man das in Deutschland halt überall so macht.

Schon Zweifel an der FDGO sind verfassungsfeindlich

Zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen: Dort muss künftig eine „Erklärung zur Loyalitätspflicht“ abgeben, wer in den juristischen Vorbereitungsdienst will – also nicht nur, wer später mal als Staatsanwält*in oder Richter*in den Staat vertreten will, sondern auch, wer als Anwält*in Menschen gegen den Staat verteidigen will.

§30 Abs. 4 Juristenausbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen (JAG NRW), auf das sich das Justizministerium be-

ruft, schließt die Zulassung zum Referendariat aus, wenn jemand ihrer „nicht würdig ist“. Dieser Passus wurde bislang auf Vorstrafen bezogen – nun aber auch auf politische Aktivitäten, Ansichten oder auch nur Fragen: Nicht nur muss man schwören, „nicht darauf abzuzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder gar zu beseitigen“, sondern sogar, „die Grundwerte der Verfassung nicht in Zweifel zu ziehen“. Und natürlich auch, kein Mitglied einer Organisation zu sein, der oben genannte Vergehen nachgesagt werden.

Der Vorwurf einer Beeinträchtigung der FDGO ist freilich schneller bei der Hand, als man sich vor einem Schlagstock wegducken kann. Was sicher auch im Justizministerium in Düsseldorf bekannt ist, aber nicht weiter stört – genauso wenig wie die Frage, wie freiheitlich eine Grundordnung eigentlich ist, an der man noch nicht mal zweifeln darf.

Chiapas

Zwischen Staatsrepression und Kartellgewalt

Anne Haas

Der Bundesstaat Chiapas im südlichen Mexiko steht längst nicht mehr so im Fokus der Aufmerksamkeit der internationalen Linken, wie in den 1990er Jahren nach dem Aufstand der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN). Doch die aktuelle Situation der zahlreichen autonom organisierten Gemeinden hat sich in den letzten Jahren erneut zugespitzt. Und mit ihnen die der Menschenrechtsverteidiger*innen.

Es ist schon Abend, doch Dora Roblero ist noch im Büro, als sie einen Anruf ihrer Nachbarin erhält. Ihre Haustüre stehe offen, es gäbe Geräusche in der Wohnung. Roblero aktiviert ihren Notfall-Knopf des mexikanischen Schutzsystems für bedrohte Menschenrechtsverteidiger*innen, der unverzügliche Hilfe durch die Polizei gewährleisten soll. Als Direktorin des renommierten mexikanischen Menschenrechtszentrums Fray Bartolomé de Las Casas (Frayba) erhielten Roblero und ihre Kolleg*innen in den letzten Jahren immer wieder Anfeindungen bis hin zu Morddrohungen. Daher wurden sie, auf Druck der Interamerikanischen Menschenrechtskommission hin, in das System des mexikanischen Schutzmechanismus aufgenommen. An jenem Abend wartet Roblero jedoch vergeblich auf Hilfe. Auch als sie die Polizei direkt informiert, kommt diese erst sehr spät in der Nacht. Die Täter sind längst davon. Oberflächlich dokumentieren die Beamten den Einbruch, doch da nichts fehlt, ist ihr Einsatz schnell beendet.

Dennoch haben die Einbrecher Spuren in allen Räumen hinterlassen, Alltagsgegenstände umgestellt. Es wirkt wie ein Zufall, dass just an jenem Tag auch

die Straßenbeleuchtung ausgefallen ist. Das Team des Menschenrechtszentrums kennt diese Vorgehensweise und verortet den Vorfall ganz klar als Einschüchterungsversuch im Zusammenhang einiger brisanter Fälle, die das Zentrum aktuell begleitet. Es ist die Sprache des Staates, wenn es legal keinen Weg gibt, unbehagliche Kritiker*innen zum Schweigen zu bringen.

Als Frayba die Geschehnisse und die verhaltene Reaktion der polizeilichen Behörden am nächsten Tag öffentlich macht, erhält das Zentrum eine breite Solidaritätswelle. Urgent Actions (Eilaktionen) sowie nichtöffentliche Interventionen haben zur Folge, dass sich mehrere europäische Botschaften an mexikanische Regierungsvertreter*innen wenden und Aufklärung fordern. Dies schafft kurzfristigen Schutz, doch das unwohl Gefühl der Mitarbeiter*innen bleibt. Was kommt als nächstes? Denn eines ist für Frayba klar, und das konstatierte das Zentrum direkt nach der Tat: Sie werden weiterhin die Verbrechen und Verfehlungen der mexikanischen und chiapanekischen Regierung anklagen. „Klar habe ich Angst,“ erklärt Roblero einige Tage nach dem Einbruch. „Aber letztlich erleben wir hier punktuell nur, womit die Gemeinden mit denen wir arbeiten täglich konfrontiert sind.“

Seit dem zapatistischen Aufstand sind mehr als drei Jahrzehnte vergangen. Vieles hat sich verändert, doch der Grundkonflikt in Chiapas bleibt derselbe. Die ausbeuterischen Interessen am Land, seiner Biodiversität, seinen Bodenschätzen und Wasserressourcen stehen denen der lokalen indigenen Bevölkerung gegenüber. Das führte nach Jahren perfider Aufstandsbekämpfung, Paramilitarisierung und Spaltungsstrategien durch die verschiedenen Regierungen nicht zuletzt auch zu Konflikten innerhalb der indigenen Communities und gewaltsaufgelösten Vertriebungen. Viele Gemeinden leben in

einem Zustand permanenter Bedrohung, der kollektive Selbstorganisation lähmmt.

Organisierte Kriminalität

Nun ist in den letzten Jahren ein weiterer Akteur sichtbar geworden: die organisierte Kriminalität. Die großen Kartelle Sinaloa und Jalisco Nueva Generación liefern sich seit 2021 einen offen ausgetragenen Kampf um die Kontrolle des Territoriums in Chiapas. Sowohl sie als auch die kleineren kriminellen Vereinigungen, verfolgen dabei eigene Ziele, wie den Handel mit illegalen Waren und Migrant*innen, sowie die Kontrolle der dafür nötigen Transitrouten. Doch ihre Bestrebungen überschneiden sich mit staatlichen Projekten wie dem Ausbau der Transportinfrastruktur oder der wirtschaftlichen Nachfrage an knappen Rohstoffen, Holz oder entrichteten Arbeitskräften. Die Grenzen zwischen staatlichen Akteur*innen, lokaler Politik und kriminellen Strukturen sind längst durchlässig geworden.

Obwohl der aktuelle Gouverneur Eduardo Ramírez Aguilar, seit Dezember 2024 im Amt, vorgibt durch seine rigide Law&Order-Politik den Frieden wiederhergestellt zu haben, dokumentiert Frayba eine ganz andere Realität: „Die Zahlen und die Informationen, die uns erreichen, zeigen das Gegenteil. Es herrscht ein verschleierter, stiller Krieg, in dem weiterhin Schutzgelderpressungen stattfinden, die Bevölkerung überwacht und bedroht wird, und in einigen Regionen kein normales Leben führen kann.“ Roblero bezieht sich auf die Grenzregion zu Guatemala. Anfang des Sommers brüstete sich der Gouverneur damit, dass hunderte vertriebene Familien zu ihren Wohnorten zurückgekehrt waren, bis sich herausstellte, dass sie dazu gezwungen worden waren.

Doch auch im Hochland, im Norden sowie im Lakandonischen Urwald ist die Präsenz der organisierten Kriminalität längst Alltag. Hier organisieren sich trotz

der erschweren Bedingungen nach wie vor zahlreiche meist indigene Gemeinden in autonomen Strukturen. Viele Gruppen sind von der Analyse der EZLN inspiriert, auch sie verweigern staatliche Sozialprogramme und etablieren eigene Gesundheitszentren, Schulen und lokale Rechtsprechung. Und sie organisieren sich immer wieder, um gegen staatliche Großprojekte zu demonstrieren.

Zusammenspiel staatlicher Kriminalisierung und massiver Gewalt

Ein Beispiel ist der geplante und in Bereichen bereits begonnene Bau einer Autobahn zwischen San Cristóbal de Las Casas und der Pyramidenstadt Palenque. Offiziell ist dies als ein Projekt regionaler „Entwicklung“ ausgeschrieben und soll den Tourismus fördern. Wie so oft wurde das Projekt jedoch nicht mit der lokalen Bevölkerung konsensuiert, es gefährdet die indigenen Territorien sowie die ökologische Vielfalt der Region. Organisationen wie Modevite (Bewegung zur Verteidigung von Leben und Territorium) oder kleinere Gemeinden die dem landesweiten Netzwerk des Nationalen Indigenen Kongresses (CNI) angehören, reichten Klage ein und protestieren öffentlich gegen die Baumaßnahmen. Doch die Antwort fällt zunehmend gewaltsam aus: „Es ist nicht mehr nur der Staat der mit Verhaftungen antwortet“, so Roblero, „sondern auch die organisierte Kriminalität. Und deren Reaktion auf Widerspruch ist wesentlich brutaler.“

Trauriger Höhepunkt dieses Zusammenspiels staatlicher Kriminalisierung und massiver Gewalt war der Mord an dem Pfarrer Marcelo Pérez Pérez am 20. Oktober 2024. Als Mediator vieler Konflikte und unermüdlicher Kritiker von Staat und Kartellen war er eine wichtige Stimme für die marginalisierte ländliche Bevölkerung. Doch zwei Jahre nachdem die Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl gegen ihn ausgesprochen hatte, der jedoch nie umgesetzt wurde, wurde Padre Marcelo auf offener Straße erschossen. Sein Tod hinterlässt eine tiefe Leerstelle. Zwar wurde der Auftragsmörder zu zwanzig Jahren Haft verurteilt, doch die Auftraggeber*innen bleiben unbehelligt.

Mexiko bleibt auch unter der als links gekennzeichneten Präsidentin Claudia Sheinbaum eines der gefährlichsten Län-

der für Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen. Besonders in Chiapas werden Aktivist*innen und Mitglieder sozialer Organisationen immer wieder unter fabrizierten Anschuldigungen wie Drogenhandel, Mord oder Eingriffe in kritische Infrastruktur festgenommen. Viele von ihnen sind über Jahre ohne ordentliche Verfahren inhaftiert.

Das CERESO 5, das Stadtgefängnis von San Cristóbal, hat eine Kapazität von 276 Plätzen. Aktuell befinden sich dort etwa 600 Gefangene. Willkürliche Festnahmen, vor allem von jungen indigenen Männern unter dem Vorwurf des „Bandenwesens“ oder schlicht wegen vermeintlicher Verkehrsdelikte, haben unter dem neuen Gouverneur stark zugenommen. Schon zu seinem Amtsantritt im Dezember 2022 führte Ramírez eine neue Polizeieinheit ein, die sogenannten „Schnellen Einsatzkräfte Pakal“ (FRIP) angelehnt an einen der bedeutendsten Maya-Könige der vorkolumbianischen Zeit. Seither durchkämmen diese Einheiten öffentlichkeitswirksam Landkreis für Landkreis in Chiapas.

Laut Roblero fand dieses Vorgehen im Namen der Sicherheit anfangs breite Zustimmung durch die Bevölkerung, die der Gewalt und Willkür der Kartelle müde waren. Nun nach knapp einem Jahr wird jedoch immer deutlicher, dass es sich überwiegend um pressewirksame Aktionen handelt. Die Macht der Kartelle wurde nicht gebrochen, im Gegenteil sind mittlerweile die Pakales selbst immer wieder in Fälle von Machtmissbrauch und Korruption verwickelt. Doch deren Razien auf Märkten, in Kleinstädten oder Kontrollen auf Landstraßen sind weiter an der Tagesordnung. Motorradfahrer*innen ohne Helm oder Tagelöhner*innen, die keine Ausweisdokumente bei sich tragen, sie alle laufen Gefahr in Haft zu landen. Offizielle Zahlen der Regierung gehen für 2024 davon aus, dass mindestens 36 Prozent der Häftlinge in Mexiko in Präventiv- oder Untersuchungshaft sind, oftmals über Jahre. „Viele wissen nicht mal was ihnen vorgeworfen wird“, so Roblero. Die aktuelle Überfüllung der Gefängnisse führt zu Krankheiten, Hunger und Gewalt.

Frayba verzeichnet darüber hinaus eine Zunahme von Kriminalisierung indigener Aktivist*innen, wie im Falle der „Fünf aus Cancuc“. Die fünf Männer der indige-

nen Gruppe der Maya-Tseltales, engagierten sich schon früh gegen oben genanntes Autobahnprojekt und eine weitere Militarisierung der Region. Sie werden des Mordes an einem Polizisten beschuldigt, der jedoch betrunken eine Böschung hinabgefallen ist. Im Berufungsprozess weigerten sich die angeblichen Zeug*innen ihre Beschuldigungen zu wiederholen und selbst aus den Ermittlungsakten sind die Widersprüche erkennbar. Nichtsdestotrotz sind die fünf nun seit drei Jahren in Haft. Zuletzt hatte die UN Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen sich für eine Freilassung der Männer ausgesprochen. Derzeit ist ein neues Verfassungsbeschwerdeverfahren (Amparo) zu diesem Fall anhängig.

Straflosigkeit

Der Oberstaatsanwalt von Chiapas Jorge Llaven Abarca ist nachweislich in Fällen von Folter verwickelt, auch ihm werden Verbindungen in die organisierte Kriminalität nachgesagt. Unter diesen Bedingungen sind Erfolgsaussichten auf juristischem Wege begrenzt. „Es gibt null Fortschritte in den Ermittlungen,“ so auch Roblero, zwei Monate nach dem Einbruch in ihrem Haus. Die Straflosigkeit sei kein Nebeneffekt, sondern Teil der Strategie: Sie signalisiert Täter*innen, dass sie ungestraft handeln können, und lähmt zugleich Betroffene und Zeug*innen. In diesem Klima sind juristische Wege zwar wichtig, doch ohne öffentlichen Druck meist aussichtslos.

Umso entscheidender sei es, dass internationale Aufmerksamkeit und Solidarität nicht nachlassen – denn sie erhöhen die politischen Kosten für Repression und schaffen begrenzten Schutzraum für Aktivist*innen und Gemeinden. Wenn eine internationale Zivilgesellschaft sich öffentlich artikuliert, Botschaften intervenieren und bekannte NGOs die Fälle dokumentieren, verändert das die Handlungsspielräume vor Ort spürbar. Auch wenn dies keinen strukturellen Wandel ersetzt, könne dies kurzfristig Leben retten. Roblero betont daher, dass die internationale Begleitung, sei es virtuell oder vor Ort in Chiapas weiterhin von hoher Bedeutung ist. „Sie stärkt die Prozesse in den Gemeinden. Und sie ermöglicht es uns, unsere Arbeit weiter zu machen.“ ♦

Zapatistas

Neues aus den zapatistischen Caracoles

Anne Haas

Die komplexe Gewaltspirale in Chiapas macht auch keinen Halt vor den Zapatistas. Besonders die neue Regierung agiert konfrontativer gegenüber den Basisgemeinden der EZLN (Zapatistische Armee der nationalen Befreiung). Im September nahmen verschiedene Polizeieinheiten 47 Hektar Land der EZLN ein und zerstörten zwei Häuser der nun vertriebenen 50 Bewohner*innen. Die betroffenen Ländereien waren im Zuge des Aufstandes 1994 von der EZLN besetzt worden, im Laufe der Friedensverhandlungen zahlte die mexikanische Regierung jedoch eine hohe Entschädigung an die damaligen Großgrundbesitzer*innen. Rein rechtlich ist das Land in der Hand der EZLN und als solches katalogisiert. Dass die Regierung Ramírez das nicht anerkennt, weckt bei der EZLN und sozialen Bewegungen in Chiapas Erinnerungen an die Zeiten der Aufstandsbekämpfung. In einem alarmierenden Kommunique riefen die Zapatistas zuletzt zu Solidaritätsaktionen auf.

Zweitgleich bearbeiten die Zapatistas auch einige interne Umstrukturierungen. Ende 2023 gab die EZLN die Auflösung der „Räte der Guten Regierung“, bis dahin ihre oberste zivile Verwaltungsstruktur, bekannt. Seither bearbeiten sie in einem selbstkritischen Prozess, nicht ohne die den Zapatistas eigene Selbstironie, warum dies nötig war. Obwohl die Selbstverwaltung bisher über rotierende Systeme so strukturiert war, dass sie Machtanhäufung bei Einzelpersonen verhindern sollte, gab es dennoch wieder-



Protestmarsch der Zapatistas in San Cristóbal de las Casas gegen die Kriege der schlechten Regierungen der Welt; am 3. März 2022.

holte Fälle von Korruption, mangelndem Informationsfluss und Verantwortungsverweigerung. Diese Offenheit angesichts der eigenen Verfehlungen innerhalb einer Bewegung, ohne jedoch in Selbstgeißelung zu verfallen, ist eine seltene Qualität innerhalb linker Bewegung.

Wenngleich die neue, viel flachere, Gemeindeverwaltungsstruktur unter Beratung des neuen Dachremiums der „Interzona“ intern schon angewandt wird, bleibt einiges bis heute unklar. Insbesondere externe Organisationen und solidarische Gruppen wissen aktuell oft nicht, an wen sie sich wenden sollen. Doch wer die EZLN kennt, weiß sich in solidarischer Geduld zu üben.

Geduld zeigt die EZLN auch gegenüber den Internationalist*innen und deren Lernprozessen. Die Zapatistas interpretieren die Weltlage als derart instabil, dass sie davon ausgehen, dass es an manchen Orten zu einem Zusammenbruch oder Umbruch kommen könnte. Dafür sei es wichtig, sich Gedanken um Versorgung, Struktur und Organisierung nicht nur während des – im besten Falle revolutionären – Umbruchs zu machen, sondern auch für den „Tag danach“.

Die Zapatistas selbst, als überwiegend indigene und ländliche Bewegung,

blicken auf 500 Jahre Widerstand gegen Kolonialisierung zurück. Obwohl auch sie die Technologien des 21. Jahrhunderts munter nutzen, wissen die meisten ihr Land auch mit einfachen Mitteln zu bewirtschaften. Um die Gesundheitsversorgung in der Region zu verbessern bauen sie gerade ein weiteres größeres Krankenhaus, das auch Nicht-Zapatist*innen offen stehen soll. Doch sie sorgen sich um ihre solidarischen Geschwister in den Städten und hoch technologisierten Regionen der Welt. Ist die internationale Linke bereit für schwierigere Zeiten?

Um diese Fragen zu diskutieren, lud die EZLN diesen Sommer Delegationen verschiedenster linker Gruppen und Organisationen nach Chiapas ein. Über zwei Wochen berichteten Aktivist*innen überwiegend aus Latein- und Nordamerika sowie Europa von ihren Kämpfen und suchten Rat bei den Mitgliedern der Interzona. Neben Erfahrungsberichten aus

► 30/40 Jahre EZLN – „Das Gemeinschaftliche und das Nicht-Eigentum“

Der Verlag Immergrün hat die Kommissaires der Zapatistas von Oktober 2023 bis Dezember 2023, in denen sie ihre neuen Strukturen bekannt geben, veröffentlicht. Hilfreich sind die Karten im Umschlag des Büchleins und das Glossar, das alle wichtigen Begriffe erläutert. Verlag Immergrün, 12,- Euro, ISBN 978-3-910281-08-0

den Gemeinden und Kooperativen finden sich auch kritische Worte. „Wir haben kein Rezept dafür, wie ihr euch an euren Orten organisieren könnt, und bitten euch darum, uns nicht zu idealisieren“ versucht ein junger Zapatist das Gespräch auf Augenhöhe zu halten. In den Gemeinden lebt die Überzeugung, dass radikale Demokratie und Autonomie kein Ziel, sondern ein fortwährender Prozess ist – einer, der nur durch ständiges Lernen, Selbstkritik und knallharte kollektive Praxis Bestand hat.❖

Gewalt gegen Frauen

Auch nach einem Jahr Amtszeit der ersten Präsidentin hat sich nichts verändert

Finja Henke

Die Straße

Dein Körper roch nach Blut. Mir war kalt, ich war schmutzig, voller Erde. Mit meinen Händen wischte ich dir die Erde aus dem Gesicht und entfernte die Verklumpungen aus getrocknetem, übelriechendem Blut. Was ich dir nicht nehmen konnte, waren die dreizehn Kugeln, die in deinem Körper steckten. Das konnte ich nicht. Ich war voller Wut und hörte in diesem Moment auf zu weinen, um dich zu umarmen und dir zu sagen, dass du in Frieden gehen sollst, dass deine Abwesenheit mir wehtun wird. Ich werde niemanden mehr haben, mit dem ich streiten noch diskutieren kann, unser Lieblingshobby. Ich werde deine Pläne und Projekte nicht mehr hören, die immer großartig waren und immer auf eine Gelegenheit gewartet haben, die du heute im Leben nicht mehr hast. Ja, ich werde dich immer vermissen, ich werde dich vermissen mit deinen Augen, die die Welt verschlingen wollten und die ich heute nicht schließen konnte, du wehrtest dich dagegen, aufzuhören, das Leben anzuschauen. Ich werde dich vermissen wegen deiner unerbittlichen Haltung, mit deiner gewohnten Unverschämtheit, über die Welt zu lachen, die du immer in Frage gestellt hast, weil sie ungleich und ungerecht war. Sie werden dich vermissen, weil es keine Solecita mehr geben wird, die ab und zu belegte Brötchen ins Zivilkrankenhaus bringt. Ich werde dich vermissen, mein Kind, denn eine Mutter ohne ihre Tochter ist ein Leben mit einem Loch im Herzen, das nichts schließen kann. Wir, die wir dich kannten, werden dich vermissen, wegen deiner immensen Fröhlichkeit und deiner stets professionellen Arbeit. Seit dem Tag, an dem du mir erzählt hast, wer du bist und wie du bist, fürchte ich nichts mehr. Du hast mir eine Lektion fürs Leben erteilt, und ich wusste immer, dass du meine Lehrerin bist. Ich liebe dich, Mädchen mit den lebhaften Augen, und du wirst in meinem Herzen bleiben, bis wir uns wiedersehen. Ich werde mich nicht an dich erinnern, wie ich dich heute voller Blut und Erde gefunden habe. Nein, ich werde dich als die kluge, empörte und liebevolle Tochter in Erinnerung behalten, die du warst. So werden wir dich, deine kleinen Schwestern und die ganze Familie in Erinnerung behalten, als die Seele der Feier, die du immer warst. Und ja, mein Kind, das Verbrechen wird nicht ungestraft bleiben.

Enthüllungen über ein Staatsverbrechen. Straflosigkeit, Korruption und Komplizenschaft – Soledad Jarquín Edgar

Jeden Tag werden in Mexiko im Durchschnitt zehn Frauen ermordet. Dies ist eine Ziffer, die nun bereits seit mehreren Jahren die maßlose Gewalt an Frauen in diesem Land widerspiegelt, und die unmittelbar mit der 99 % Straflosigkeit in Fällen von sexualisierten Gewaltverbrechen zusammenhängt. Die Mehrheit der Fälle von Feminiziden, rund drei Viertel, werden aber nicht als solche juristisch untersucht. Das bedeutet es wird kein Verfahren eingeleitet, welches den Fall auf das Motiv von sexualisierter Gewalt ermittelt. Sieben von zehn Frauen in Mexiko haben in ihrem Leben Gewalt erlebt, laut dem Nationalen Institut für Statistik und Geografie (INEGI), „aber in Wirklichkeit sind es diejenigen, die diese Situation öffentlich machen oder sogar anzeigen konnten. Die anderen drei konnten das sicher nicht“, erklärt Cynthia Acosta Ugalde, Koordinatorin

der Internen Kommission für Geschlechtergleichstellung (CInIG) der Fakultät für Höhere Studien (FES) Acatlán der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko (UNAM).¹ Im Jahr 2021 gaben 41,8 % von 15-jährigen Frauen an, dass sie irgendeine Form von Gewalt in ihrer Kindheit erlebt haben.²

Kinderschwangerschaften

Eine der wohl sichtbarsten Formen von Gewalt gegen Frauen in Mexiko sind die Kinderschwangerschaften, welche Ausdruck von Vergewaltigungen, Pädophilie und den zugrundeliegenden patriarchalen Strukturen sind. Mexiko ist unter den OECD-Ländern und in Lateinamerika das Land mit den höchsten Zahlen von

Kinderschwangerschaften. 2024 wurden 56.610 Mädchen im Alter von 16 Jahren und jünger Mutter, von ihnen waren 1.652 zwischen 10 und 13 Jahre alt, laut dem Ministerium für öffentliche Gesundheit.³ Es gibt einen Altersunterschied von bis zu 69 Jahren zwischen dem Vater und dem schwangeren Mädchen, 2024 waren es zehn Fälle von einem Altersunterschied von über 50 Jahren und über 1000 Fälle mit einer Differenz von mehr als 20 Jahren zwischen den Eltern. In fast 500 Fällen waren die Väter über 40 Jahre alt. In 9.000 Fällen (20 %) war das Alter des Vaters unbekannt. In der Tat ist es erstaunlich und erschütternd, dass überhaupt in so vielen Fällen das Alter der Väter bekannt ist und darüber hinaus 586 der schwangeren Mädchen unter 16 Jahren verheiratet waren (obwohl die Heirat

¹ <https://www.gaceta.unam.mx/siete-de-cada-diez-mujeres-han-sufrido-violencia-en-mexico/>

² https://www.inegi.org.mx/contenidos/saladeprensa/aproposito/2023/EAP_VCM_23.pdf

³ <https://elpais.com/mexico/2025-07-13/miles-de-ninas-dan-a-luz-en-mexico-cada-ano-asi-son-los-datos-estado-a-estado.html>

von Minderjährigen in Mexiko verboten ist) und 40.698 der Mädchen (72 %) angeben in einer Beziehung zu sein. Denn das Wissen über das Alter der Väter lässt darauf schließen, dass bekannt ist, wer sie sind und es weitgehend normalisiert ist, dass sie kleine Mädchen schwängern und weder von Institutionen noch Familien wird lautstark interveniert.

Ich erinnere mich noch daran, wie eine Anwältin, die Frauen in Gewaltsituation juristisch begleitet, mir erzählte, wie in einem Fall, die Mutter des Mädchens soweit ging die Vergewaltigung des Kindes durch den eigenen Vater und die daraus resultierende Kinderschwangerschaft damit zu rechtfertigen, dass sie selbst nun eine alte Frau sei und ihrem Mann sexuell nichts mehr bieten könnte und es sei doch besser die eigene Tochter, als dass er andere Frauen aufsuche. Dies versinnbildlicht die tiefgreifende patriarchale Gewalt und deren Strukturen in der Gesellschaft und bis in die Familien hinein. Die häusliche Gewalt nahm vor allem in den Jahren der Pandemie exponentiell zu in Mexiko.

Es ist ein schwerwiegender Verstoß gegen die Rechte von Kindern und Frauen, dass trotz der Kenntnis der Väter kein juristisches Verfahren gegen sie im Kontext der Schwangerschaften von Minderjährigen geführt wird. Es ist wohl offensichtlich, dass angesichts der extremen Altersunterschiede zwischen Vater und minderjähriger Mutter, von Vergewaltigung gesprochen werden muss und diese Mädchen Opfer von Gewalt geworden sind. Auch wenn dies natürlich nicht nur der Fall bei einer großen Differenz des Alters ist. Bei den Kinderschwangerschaften 2024 handelt es sich bei der Mehrheit (über 50 %) um Väter im Alter von 16 – 20 Jahren und um Mädchen zwischen 15 und 16 Jahren. Im Hinblick auf das vergangene Jahr waren es 53 % der minderjährigen Mädchen die Mütter wurden, die ihre Schullaufbahn vor der Sekundarstufe abbrachen, laut offiziellen Zahlen. Den Mädchen, die eine Kinderschwangerschaft erleben müssen, wird das Recht auf eine Kindheit verwehrt, sowie das Recht auf Bildung und ein selbstbestimmtes, unabhängiges und gewaltfreies Leben. Die hohe Zahl an Schwangerschaften hängt auch mit der fehlenden oder unzureichenden Sexualaufklärung und dem fehlenden Zugang zu Verhütungsmitteln und Schwangerschaftsabbrüchen zusammen.

Obwohl nun bereits in 24 der 32 Bundesstaaten von Mexiko der Schwangerschaftsabbruch entkriminalisiert und legalisiert wurde und im Jahr 2021 der Oberste Gerichtshof von Mexiko die Strafbarkeit von Abtreibungen für verfassungswidrig erklärte, bleibt der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen und Mitteln für einen sicheren Schwangerschaftsabbruch erschwert und eine Frage der finanziellen Mittel.

Keine Fortschritte hinsichtlich Frauenrechten

Im Juni 2025 wurde Mexiko zum zehnten Mal von dem Komitee zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau der Vereinten Nationen (CEDAW) evaluiert und in seinem Abschlussbericht wurde große Besorgnis zur Frauenrechtslage in Mexiko ausgedrückt, dass trotz zahlreicher Empfehlungen der vorherigen Evalu-

ierung durch das Komitee im Jahr 2018, kaum Fortschritte in der Einhaltung der Frauenrechte zu beobachten sind.

Zwischen 2013 und 2025 wurde in 24 Bundesstaaten der Alarm für genderspezifische Gewalt ausgesprochen, welcher ein Mechanismus zur Bekämpfung von Feminiziden (der extremsten Form von Gewalt gegen Frauen) ist. Es handelt sich um eine Verpflichtung zur Wahrung der Menschenrechte von Frauen, in deren Rahmen eine Reihe koordinierter, umfassender, dringender und befristeter Maßnahmen der Behörden aller drei Ebenen der Regierung umgesetzt werden sollen, um dieser Gewalt in einem bestimmten Gebiet entgegenzuwirken. Doch in vielen der Präzedenzfälle, die zur Aktivierung des Mechanismus führten, wurde nach mehreren Jahren immer noch kein richterliches Urteil gesprochen. Zudem herrscht keine Transparenz über die Ausgabe der Mittel des Alarmmechanismus.



Oben: Proteste gegen Feminizide und in Gedenken an die Fotojournalistin María del Sol Cruz Jarquín

Unten: Protest gegen das gewaltsame Verschwinden lassen der indigenen Ayuuk Menschenrechtsaktivistin Sandra Dominguez Martínez aus Oaxaca

Trotz der einjährigen Amtszeit der ersten Präsidentin Mexikos, Claudia Sheinbaum Pardo, setzt sich die Politik der Simulation für Frauenrechte fort, auch wenn das Regierungsprogramm für Frauenrechte vielversprechend klingt, wie zum Beispiel die Ernennung des Frauenministeriums und zumindest dem Anschein nach werden Feminist*innen und Frauenrechtsaktivist*innen nicht mehr kriminalisiert, wie zuvor unter der Regierung von Andrés Manuel López Obrador. Doch mit dem Frauenministerium (Secretaría de la Mujer), welches Aufgaben des vorherigen Nationalen Instituts der Frauen (Instituto Nacional de las Mujeres) übernimmt, sind massive Kürzungen an Geldern und Streichungen von Arbeitsplätzen einhergegangen, wo die Frage bleibt, wie die vorherigen Aufgaben überhaupt geleistet werden sollen. Auch wenn nun der öffentliche Diskurs Frauenrechtsverteidigerinnen unterstützt und fördert, so gibt es leider viele Beispiele der anhaltenden Gewalt gegen Menschenrechtsverteidigerinnen.

Gewalt gegen Menschenrechtsaktivistinnen

So zum Beispiel die indigene ayuuk Menschenrechtsaktivistin, Sandra Dominguez Martínez, aus Oaxaca, die häusliche Gewalt und die Beteiligung von dem Beauftragten des staatlichen Friedensprogramms, Donato Vargas Jimenez, und anderen lokalen und staatlichen Beamten in digitalen Gruppen angezeigt hatte, und im Oktober 2024 als vermisst gemeldet und sechs Monate später, im April 2025, zusammen mit ihrem Partner tot aufgefunden wurde. Der Fall von Sandra ist alarmierend und paradigmatisch für den Kontext von Menschenrechtsverteidigerinnen, die genderspezifische Gewalt anzeigen. Er verdeutlicht die Kriminalisierung, der sie durch den Staat ausgesetzt sind, der gleichzeitig selbst Täter genderspezifischer Gewalt und Aggressor gegen die Menschenrechtsverteidigerinnen ist, die diese anzeigen. Zugleich ist das ge-

waltsame Verschwindenlassen in Mexiko nach wie vor ein Mittel, um die Menschenrechtsverteidigung zu unterbinden. Vor allem indigene Frauen stehen in der ersten Schusslinie der Gewalt, was sowohl mit Rassismus, Landraub ihrer Territorien, Extraktivismusprojekten und der einhergehenden Gewalt durch organisiertes Verbrechen und Militarisierung in diesen Gebieten zusammenhängt.

Der Staat und das organisierte Verbrechen sind in Mexiko eng verwoben und häufig schwer voneinander zu unterscheiden. Dies zeigt sehr exemplarisch der Fall des Feminizids von María del Sol Cruz Jarquín, deren Mutter das einleitende Gedicht dieses Artikels in ihrem jüngst veröffentlichten Buch „Enthüllungen über ein Staatsverbrechen. Straflosigkeit, Korruption und Komplizenschaft“ schrieb. Am 2. Juni 2018 wurde die 27-jährige Fotojournalistin María del Sol Cruz Jarquín Opfer feminizider Gewalt, während sie gemeinsam mit Pamela Terán, Kandidatin für den Stadtrat der Koalition der Parteien PRI, PVEM und Nueva Alianza, über die Wahlen in Juchitán de Zaragoza, Oaxaca, berichtete. Der Fall von María del Sol ist der erste Feminizidfall in Oaxaca, der 2022 vor den Ausschuss der CEDAW (Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau) gebracht wurde. Die Klage wurde gegen den mexikanischen Staat wegen der Straflosigkeit bei der Ermittlung und Strafverfolgung der Verantwortlichen des Mordes eingereicht.

So ist einer der Hauptfaktoren, der zur Gewalt gegen Frauen in Mexiko beiträgt, die Straflosigkeit des Rechtssystems und zugleich die patriarchalen Strukturen des Staates und der Gesellschaft, die mit der generalisierten Gewalt durch das organisierte Verbrechen in Mexiko verwoben sind. Es bedarf vor allem eines funktionierenden Justizsystems und Bildung, um patriarchale Strukturen zu transformieren, Frauen zu schützen und Gewaltprävention zu implementieren. Doch dies steht vor großen Herausforderungen angesichts des Kontexts von Gewalt durch Drogenkartelle, Korruption, Komplizenschaft und Militarisierung des öffentlichen Raumes, welche mit transnationalen Interessen an mexikanischen Ressourcen zusammenhängen. ♦

Anzeige



Peter Neuhofer Als die Braunen kamen Eine jüdische Familie im Widerstand

In der Geschichte der Familie Neuhofer verdichten sich die Maßnahmen der Nazis gegen die jüdische Bevölkerung und den antifaschistischen Widerstand. Aktiv in KPD, Roter Hilfe oder im Arbeitersportverein Fichte, färbte die Haltung seiner Eltern früh auf den jungen Peter ab. Der spätere Journalist schildert die Zeit bis zum 8. Mai 1945, der als »sonnendurchfluteter Tag beginnt«.

ISBN 978-3-89438-863-8 – 379 Seiten, mit s/w-Abb. – € 24,90



Heinz Junge Ewig kann's nicht Winter sein Ein Leben im Widerstand

Zum Antikriegstag Flugblätter verteilt: Mit 18 wurde Heinz Junge von der SA verhaftet und folgte fortan der Devise »Keine Aussagen vor Polizei oder bürgerlichen Gerichten«. 1933 ins Moor geschickt: »Im KZ kriegen sie dich schon klein!« In der Illegalität am Neuaufbau der KPD beteiligt, ab 1940 im Häftlingswiderstand von Sachsenhausen. Ein Leben als Mahnung.

ISBN 978-3-89438-853-9 – 301 Seiten, mit s/w-Abb. – € 22,90

„Als ob das das Leben wäre.“

Repressionen gegen die Umweltbewegung in (Süd-)Mexiko

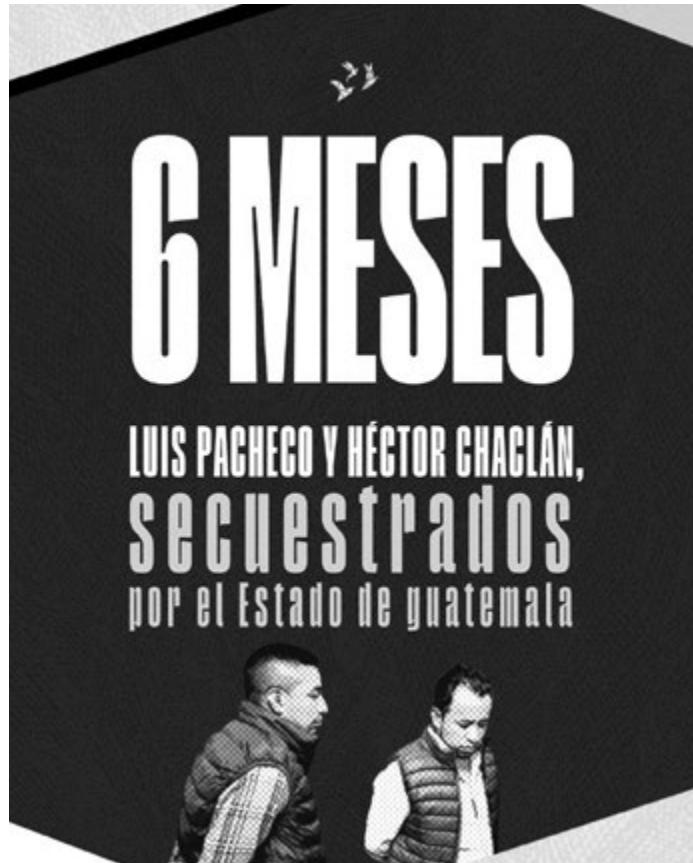
Recherche AG

Am 17. September wurde wieder Alarm geschlagen: Beim Verlassen der Stadt Chilpancingo (Guerrero) verfolgten Fahrzeuge ohne Kennzeichen das Auto des Delegierten des Indigenen Volksrates von Guerrero – Emiliano Zapata (CIPOG-EZ) und des Nationalen Kongresses der Indigenen (CNI). Dieser hatte zuvor an einer Versammlung mehrerer kommunalärer Vertreter*innen und Lehrer*innen teilgenommen. Schnell reagierten nationale und internationale Solidaritätsnetzwerke – denn immer wieder kommt es zu Angriffen auf Mitglieder des CIPOG-EZ, der seit Jahrzehnten für Land- und Umweltrechte zahlreicher indigener Gemeinschaften in einem der größten Bundesstaaten Mexikos kämpft.

Das südliche Guerrero weist durch seine Lage zwischen Küsten-, Berg- und Wüstenregionen eine hohe Biodiversität auf. Hier leben viele indigene Bevölkerungsgruppen – und der Reichtum Guerreros wurde ihrem Territorium gleichsam zum Verhängnis. Die großen Wälder werden abgeholt, in den Bergen graben Minen nach Rohstoffen, Monokulturen und Massentierhaltung breiten sich auf dem Land und die industrielle Fischerei an der Küste aus, während Acapulco spätestens in den 70er Jahren zum ersten Zentrum des Massentourismus in Mexiko wurde. Eben diese Sektoren werden auch vom organisierten Verbrechen kontrolliert, welches neben dem Drogen- und Menschenhandel (auch im Kontext des Tourismus) von Forst- bis Landwirtschaft in allen Berei-

chen aktiv ist. Seit dem Eindringen dieser extraktiven Gewalt organisieren sich die indigenen Kleinbauer*innen, die vor allem Bohnen, Mais, Kaffee, Zucker und Früchte kultivieren, zur Verteidigung ihres Landes, des Wassers, der Luft und ihrer Lebensweise. 1992 gründeten die Völker der Na Savi, Me'pháá, Nahua und Ñamnkué den Rat „500 Jahre Widerstand von Guerrero“, der sich für das Recht der Indigenen auf Autonomie und Selbstbestimmung einsetzte und dessen Einfluss durch das Auftreten der zapatistischen Befreiungssarmee (EZLN) 1994 und des CNI anwuchs. Wie in anderen Teilen des Landes begegnete man dieser Organisation mit Angriffen auch durch paramilitärische Gruppen des organisierten

Verbrechens. Sehr früh kam es in Guerrero entsprechend zum Aufbau lokaler Gemeindepolizei-Einheiten, welche die selbstverwalteten Gemeinden gegen die Angriffe der Paramilitärs verteidigen. Nach zahlreichen, auch von außen durch Bestechung und Gewalt herbeigeführten Spaltungen, gründete sich schließlich als starker Ausdruck des indigenen Widerstands, der noch heute mit der EZLN und dem CNI verbunden ist, der CIPOG-EZ. Doch von Beginn an wurde der Bewegung mit massiver Gewalt begegnet: Seit 2015 vermeldet der Rat mindestens 63 Morde an ihren Mitgliedern, 22 gelten als Verschwunden und mindestens ein Mitglied sitzt unschuldig im Gefängnis. Ganze Familien wurden durch Paramilitärs



Plakat der Kampagne zur Freilassung von Luis und Hector

Quelle: Festivales Solidarios

NOTIZEN AUS DEM RECHTSSTAAT

Bayern foltert lieber unkontrolliert

Seit Monaten stehen Berichte über massive Gewalt und Folter in bayerischen Gefängnissen im Raum. Nachdem Justizverwaltung und Landesregierung detaillierte Schreiben unter anderem einer Gefängnisärztin lange ignoriert hatten, haben Medienberichte zu Ermittlungen gegen 17 Bedienstete der JVA Gablingen geführt, darunter die inzwischen freigestellte stellvertretende Leiterin. Zum 1. August wurde nun der Leiter des bayerischen Strafvollzugs innerhalb des Justizministeriums versetzt. Er hatte die „Nationale Stelle zur Verhütung von Folter“ gerügt, weil diese ihre Arbeit gemacht hatte. Nach den Berichten war ein Team zu einer unangekündigten Kontrolle in Gablingen erschienen und musste 20 Minuten auf Einlass warten. Anschließend berichtete die Anti-Folter-Stelle, dass in dieser Zeit offensichtlich belastende Zustände abgestellt wurden, um sie zu täuschen. Kurz danach forderte der Leiter des Strafvollzugs die Nationale Stelle schriftlich auf, zukünftig von unangekündigten JVA-Besuchen abzusehen.

Meinungsbildung und Stimmungsmache

Nach Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein soll nun auch in Bayern die Polizei in Pressemitteilungen regelhaft die Nationalität von (bis zum Beweis des Gegenteils als unschuldig anzusehenden) Tatverdächtigen nennen. Dass dies bei der Kriminalitätsbekämpfung hilft, glaubt offenbar selbst Landesinnenminister Herrmann (CSU) nicht: Bei der Vorstellung der „Neuerung“ sprach er vielmehr von einer dahinter stehenden „klare[n] Botschaft“ und bezeichnete sie als „Beitrag zur Meinungsbildung“. Dass diese zu den Aufgaben der Vollstreckungsbehörden zählen soll, mag überraschen. Keine Frage dürfte dagegen sein, zur „Bildung“ der Meinung welchen politischen Spektrums diese Denunziationen und Botschaften beitragen.

umgebracht, darunter viele Jugendliche. Zuletzt wurde am 1. August 2024 Alberzo Zoyateco Perez ermordet¹, während andere Mitglieder und Sprecher des CIPOG-EZ permanent Morddrohungen erhalten – so auch der Delegierte, der am 17. September 2025 den Alarm auslöste.

Systematische Gewalt

Am selben Tag veröffentlichte die Menschenrechtsorganisation „Global Witness“ (Globale Zeugenschaft) ihren Bericht „Roots of Resistance“ (Wurzeln des Widerstandes), der auch die jährlichen Morde an Umweltaktivist*innen dokumentiert. Für Mexiko werden allein für das Jahr 2024 18 Tötungen an Landrechts-, Umwelt- und Menschenrechts-Defensorxs nachgewiesen, eine weitere Person „wurde verschwunden“.² „Defensorxs“ meint dabei nicht ausschließlich Aktive der Umweltbewegung, sondern auch etwa indigene Landrechtsverteidiger*innen, die ihre Territorien gegen das Eindringen so genannter „Megaprojekte“ verteidigen – doch nie kann dieser Einsatz für Land und die Rechte der indigenen Bevölkerung unabhängig vom Umweltschutz verstanden werden: Viele der Gemeinden verteidigen gerade durch und mit ihrer Lebensweise die an Biodiversität reichsten territorios – im ganzen Land und weltweit. Doch ihrer Verteidigung, „dem Kampf für das Leben“, begegnen die schlechten Regierungen des Staates, internationale Unternehmen, Militärs und die organisierte Kriminalität in ihrer Durchsetzung der kolonial-kapitalistischen Monokultur (im Handeln wie im Denken) mit dem Tod: Mexiko ist ein „Friedhof der Defensorxs“ – unter diesem Titel veröffentlichte die mexikanische Nichtregierungs-Organisation EDUCA (Oaxaca) erschreckende Zahlen: Allein in der sechsjährigen Amtszeit der sich selbst als „links-progressiv“ darstellenden Morena-Regierung (seit 2018) wurden bis heute mindestens 225 Menschen für ihren Einsatz für Menschen- und Umweltrechte ermordet, weitere 27 gelten als „verschwunden“. Die meisten Morde fanden in Oaxaca, Guerrero, Michoacán und Chiapas statt.³ Damit ist der Südosten des Landes, in

dem unter anderem die Megaprojekte des „Interozeanischen Korridors“ und des „Tren Maya“ vorangetrieben werden, für Landrechtsverteidigung und Widerstand zur gefährlichsten Region des Landes geworden. Mexiko selbst gehört wiederholt zu den gefährlichsten Ländern für Umweltverteidiger*innen, und teilt sich die oberen Plätze in der traurigen Statistik tödlicher Angriffe regelmäßig mit Kolumbien (mit Abstand die höchsten Zahlen) oder Brasilien.

Die Repression beginnt nie mit den Morden, sie ist vielfältig und reicht von Spionage und Überwachung, Eindringen in Privaträume und Diebstahl von Equipment, verbale Drohungen und physische Angriffe über Entführungen, Vertreibungen und sexualisierte Gewalt bis zur Tötung. Besonders betroffen sind indigene Menschen, Frauen und weitere widerständige Geschlechter – auch, da sie den Widerstand für Umweltgerechtigkeit und gegen die zerstörerischen Megaprojekte oft vorantreiben. 2023 wurden während der Protestkarawane „El Sur Resiste“, welche sich gegen den „Interozeanischen Korridor“ und den „Tren Maya“ richtet, bei der brutalen Räumung des Protestcamps „Tierra y Libertad“ durch Einheiten von Polizei, Nationalgarde und Marine ausschließlich Frauen verhaftet.

Zentral ist – in fast allen Fällen – die im Vorfeld und parallel stattfindende Diffamierung und Kriminalisierung der Defensorxs: Oftmals werden Gerüchte über sie verbreitet, man bezeichnet sie als „falsche Umweltschützer“ und versucht, ihren Rückhalt in den Gemeinden und in der Gesamtbevölkerung zu schwächen. Dieses Vorgehen nimmt unter der aktuellen mexikanischen Regierung auch deshalb neue gefährliche Formen an, da sie sich offiziell seit Amtsantritt als „Freund der Armen und Indigenen“ inszeniert – und bis heute große Befürwortung unter der landesweiten Wählerschaft genießt. Extreme Fälle der Kriminalisierung als Repressionsmittel bestehen im Konstruieren von juristischen Vorwürfen gegen Defensorxs (bis hin zu ausgedachten Morden oder schweren Verbrechen): Die Menschen werden ohne Beweise festgenommen und warten dann oft viele Monate – in Haft – auf die ohnehin substanzlosen Anhörungen und Verhandlungen: Im südlichsten mexikanischen Bundesstaat Chiapas sprechen Menschenrechtsbeobachter*innen in diesem Kontext von einem koordinier-

¹ „Ein Radio gegen den Terror“ (14. Januar 2025). The Lower Class Magazin.

² Global Witness: Roots of Resistance (2025).

³ „En los últimos seis años fueron asesinadas 225 personas defensoras en México“ (30. Oktober 2024). EDUCA Servicios para una Educación Alternativa A.C.

ten Vorgehen einer korrupten Justiz und bezeichnen die Taktik als „Fabrikation von Schuldigen“. Nur eines von vielen aktuellen Beispielen ist der Fall „der 5 Gefangenen von San Juan Cancuc“. Alle Fünf wehren sich gegen ein Megaprojekt, welches durch ihr indigenes Territorium führen soll: Die Autobahn San Cristóbal nach Palenque.⁴

Landraub und Widerstand

In Palenque – dem Ausgangspunkt der Autobahn – befindet sich auch die erste Station des „Tren Maya“. Seit 2020 wurde der Bau am Zugprojekt unter denselben Ankündigungen begonnen wie 2024 die „Ruta de la Cultura Maya“: Neben der Förderung des Tourismus würde der lokalen Bevölkerung durch das Projekt Zugang zu günstiger Mobilität und neuen Arbeitsplätzen gewährleistet. In Wirklichkeit handelt es sich beim „Tren Maya“ um den weiteren Anstieg des zerstörerischen Massentourismus, verbunden mit dem Bau neuer Flughäfen, Immobilienkomplexe und Hotelanlagen in geschützten Ökosystemen. In zuvor kleinen Gemeinden werden diese ohne vorherige Konsultationen durch die mexikanische Armee errichtet, die das gesamte Projekt verwaltet. Die Präsenz der Streitkräfte bedeutet eine omnipräsente Repression gegen lokale Kollektive und indigene Räte, die sich gegen die illegalen Bauarbeiten zur Wehr setzen. Begründet wird ihre zunehmende Präsenz in der Region auch durch das Ausbreiten der organisierten Kriminalität. Die Kartelle sind für viele Angriffe auf Defensorxs verantwortlich, dabei agieren sie oft nach den Regierungen und Unternehmen ähnlichen Interessen: Vom Tourismus über die Bau- bis zur Agrarindustrie verdienen sie an der versprochenen „Entwicklung“ Südmexikos – in einer Region, die als einer der größten Migrationskorridore der Welt auch durch Menschenhandel gekennzeichnet wird. Nicht allein der Tourismus ist das Problem der neuen, alten Megaprojekte: Der „Tren Maya“ soll auch als Güterzug fungieren, begleitet durch den Ausbau der großen Häfen, Straßen und Monokulturen, Anlagen der Massentierhaltung und Gaspipelines. Zentral ist hierbei seine Anbindung an den „Interozeanischen

Korridor“ im Isthmus von Tehuantepec: Als „Panamakanal auf Schienen“ soll er die Ozeane über die Landenge zwischen den Bundesstaaten Oaxaca und Veracruz miteinander verbinden, wobei nicht allein der Warentransport geplant ist: Vor Ort soll in 14 riesigen Industrieparks produziert werden, versorgt durch Raffinerien und riesige Windparks. All diese Projekte rauben Land der indigenen Gemeinden, gefährden ihre Lebensweise und einige der artenreichsten Ökosysteme weltweit.⁵ Dem vielfältigen Widerstand wird mit der beschriebenen Strategie aus Inkorporierung der Kritik, Diffamierung, Kriminalisierung, und direkten Angriffen begegnet: In Puente Madera etwa, einer binnizá-Gemeinde in Oaxaca, sollte der Industriepark erst durch gefälschte Stimmen ermöglicht werden. Als

5 „Eine Recherche zur Beteiligung deutscher Unternehmen am Tren Maya“ (2025). Deinebahn.com.

dieser Versuch durch den Widerspruch der Bewohner*innen scheiterte, reagierte man mit erhöhter Militärpräsenz und dem gezielten Vorgehen gegen bekannte Vertreter*innen des Widerstands: Den indigenen Landrechtsverteidiger David Hernández Salazar, Sprecher der Asamblea (Versammlung) Puente Maderas, verurteilte man zwischenzeitlich zu 46 Jahren Haft – erneut zeigte sich in den konstruierten Vorwürfen die Korruption der Justiz im Zusammenspiel mit dem Organisierten Verbrechen als zentraler Bestandteil der Repression gegen die Umweltbewegung.⁶ Aber in Puente Maderas kämpfen sie weiter – wie in vielen Teilen des Isthmus von Tehuantepec. Vor genau einem Jahr versammelten sich im agroökologischen Zentrum Yajxonax in der „Tierra Bonita“ bei Matías Romero

6 „Südmexiko: Indigenen Landverteidiger drohen 46 Jahre Gefängnis“ (10. Februar 2024). ANF News.

Anzeige

Berufsverbote

DAMALS UND HEUTE
AUSSTELLUNG UND
VERANSTALTUNGSWOCHE

17./18.
Januar
2026



Berufsverbote sind kein abgeschlossenes Kapitel der 1970er Jahre – sie greifen heute wieder. So wie bei unserer Genossin Lisa Poettinger: Im Februar durfte sie ihr Referendariat im Schuldienst in Bayern nicht antreten, weil sie antikapitalistische Klimapolitik betreibt. Anstatt jene zur Rechenschaft zu ziehen, die unsere Erde zerstören, kriminalisiert der Staat den Widerstand dagegen. Unter dem Vorwand von „Verfassungstreue“ werden Grundrechte eingeschränkt und kritische Stimmen mundtot gemacht.

Samstag, 17. Januar 2026

11 Uhr: Ausstellungseröffnung mit dem Vortrag „Berufsverbote in der autoritären Zeitenwende“ von Lisa Poettinger. Klimaaktivistin Lisa Poettinger berichtet von ihrem Berufsverbot und wie sie sich dagegen zur Wehr setzt

19.30 Uhr: Vortrag „50 Jahre Radikalenerlass, 200 Jahre Berufsverbote“ von Patrick Ölkrug. Politikwissenschaftler Patrick Ölkrug spricht über Geschichte und Funktion der Berufsverbote in Deutschland – von 1815, über den Radikalenerlass, bis heute

Sonntag, 18. Januar 2026

14 Uhr: Führung durch die Ausstellung mit Andreas Salomon. Salomon, selbst 1976 mit einem Berufsverbot belegt, erzählt aus erster Hand von der Zeit des Radikalenerlasses.

15 Uhr: Podiumsdiskussion: „Wege des Widerstands“ mit Lisa Poettinger, Andreas Salomon und der Roten Hilfe. Können wir Berufsverbote verhindern? Wie können wir uns gegen Berufsverbote wehren, wenn es soweit ist? Und was können wir aus aktuellen und vergangenen Fällen für die Zukunft lernen?

EINE-WELT-HAUS, SCHWANTHALERSTR. 80, 80336 MÜNCHEN

4 „Mexiko: Bewegung im Fall der fünf Gefangenen von Cancuc“ (12. September 2025). nd.

Anzeigen

express

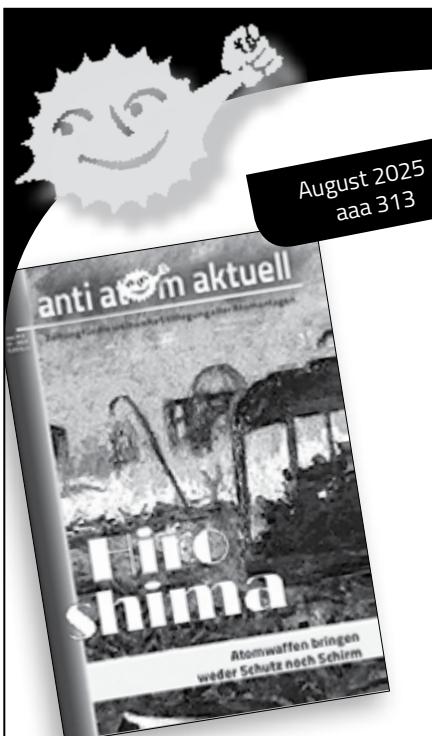
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ausgabe 8/25 u.a.:

- **Charly Außerhalb:** »Braune Phantasien blühen überall« – zur aktuellen Diskussion um das Bürgergeld
- **Gaston Kirsche:** »Es wird flexibilisiert wegen fehlenden Personals« – Gespräch mit K. Neuendorf über Arbeitsbedingungen bei der Deutschen Post
- **Ulrich Maaz:** »Wenn ich groß bin, werde ich ausbildungsplatzsuchend« – Bestandsaufnahme zur dualen Berufsausbildung
- **Josef Kraft:** »Im Angebot: ausländische Auszubildende« – über das Geschäft mit der Hoffnung auf eine gute Ausbildung
- »Die Aufbrüche aus den Scherbenhaufen der Niederlagen freilegen« – Renate Hürtgen im Gespräch mit Christiane Mende über die Glashütte Süßmuth 1970

Probelesen?! Kostenfreies Exemplar per eMail anfordern

Niddastr. 64 VH, 60329 FFM
express-afp@online.de
www.express-afp.info



Atomwaffen: weder Schutz noch Schirm

www.anti-atom-aktuell.de
Tollendorf 9 | 29473 Gehrde

anti atom aktuell

(Oaxaca) 374 Delegierte aus über 22 indigenen Pueblos und elf Ländern zum „Kontinentalen Treffen zum Bilden einer Allianz gegen Pipelines und weitere Megaprojekte, zur Verteidigung der Territorien der ursprünglichen Völker“.⁷ Vorangetrieben wurde das Zusammentreffen im Angesicht der neu geplanten Pipeline „Puerta al Sureste“ u.a. durch die UCIZONI (Unión de Comunidades Indígenas de la Zona Norte del Istmo). 2025 wurden drei ihrer Mitglieder – Wilfrido Atanacio, Victoriano Quirino und Abraham Quirino in El Platanillo ermordet. Die UCIZONI führt dies auf ihren Widerstand gegen die „Megaprojekte des Todes“ zurück. Ihre Zerstörung ist tiefgreifend: Neben Ökosystemen verschwinden Kosmovisionen und Erinnerungen, auch an früheren Widerstand und frühere Repressionen, vor allem aber an Autonomie und alternative Möglichkeiten, die in Land, Luft, Wasser und im Leben mehr als eine profitbringende Ressource sehen. Mit der Ankunft der Megaprojekte, beklagt eine Mitstreiterin in Felipe Carrillo Puerto – der alten Hauptstadt der Maya-Rebell*innen im Kastenkrieg, die sich bereits im 19. Jahrhundert gegen ein militarisiertes Zugprojekt wehrten – würde alles andere vergessen. Es drehe sich dann nur noch ums Geld, „als ob das das Leben wäre.“ Erst im August 2025 wurde die Ausweitung des „Tren Maya“ und des „Interozeanischen Korridors“ nach Guatemala verkündet.⁸

Für Land und Rechte kämpfen

Jene, die ein anderes Leben erkämpfen und verteidigen, werden nicht nur in Südmexiko angegriffen: Ob Schlägertrupps auf Demonstrationen in Solidarität mit der von Kriminalisierung betroffenen Lehrerin Hortensia in Mexiko-Stadt, die seit einem Jahrzehnt verfolgten und eingespererten Defensorxs der mazatekische Gemeinde Eloxochitlán de Flores Magón in Oaxaca oder der andauernde Kampf der indigenen Yaqui im nördlichen Sonora, einem Bundesstaat, in dem seit 2018 über 1.000 Menschen verschwunden sind, darunter viele indigene Defensorxs – überall ist auch die Umweltbewegung unter Druck, meist verwebt mit dem Kampf

um Selbstbestimmung der Gemeinden.

Dieser Repression müssen wir weltweit begegnen. Über 80 Prozent der weltweit verbleibenden Artenvielfalt sind in Territorien indigener Gemeinden zu verorten, sie leisten durch dessen Verteidigung den größten Beitrag zum Kampf für Biodiversität und gegen die Klimakatastrophe. Das kapitalistische Ausgreifen auf diese Regionen wird auch durch europäische und deutsche Unternehmen vorangetrieben (etwa im Falle von „Tren Maya“ und Interozeanischer Korridor), während auch

► Viele der im Text erwähnten Kämpfe können in den durch die folgenden Kampagnen unterstützt werden:

Der CIPOG-EZ sammelt Spenden für den Aufbau eines Gemeinderadios: Transgalaxia e.V. // IBAN: DE 40 4306 0967 1152 49 2600 // BIC: GENODEM1GLS // GLS Bank // Betreff: Radio Guerrero.

Es läuft eine andauernde Kampagne zur Freilassung „der 5“ aus San Juan Cancuc, die in den vergangenen Tagen und Wochen zunehmend weltweit mobilisiert. Informationen gibt es auf der Seite des mexikanischen Menschenrechtszentrums FrayBa: <https://www.frayba.org.mx/index.php>

Zur Freilassung der Gefangenen Luis Pacheco und Héctor Chacón in Guatemala werden Unterschriften gesammelt, die hier eingereicht werden können: <https://shorturl.at/fCSH7>

hierzulande das Vorgehen gegen Umwelt- und Klimaaktivist*innen zunimmt. Es ist derselbe Kampf um das Leben und eine die Erinnerung zurückgewinnende Zukunft.

Am 17. September wirkte die schnelle internationale Aufmerksamkeit, als der Alarm des CIPOG-EZ Delegierten aktiviert wurde. Sichtbarkeit kann für die Umweltbewegung in Mexiko entscheidend sein, wenn sie nicht auf einen Ausnahmezustand begrenzt, sondern dauerhaft in der Vereinigung internationalistischer Kämpfe besteht, die im Normalzustand den Ausnahmezustand erkennen. ♦

7 „Kämpft weich wie ein Stein“ (14. Oktober 2024). ANF News.

8 „Angekündigter Ausbau des 'Tren Maya' und des 'Interozeanischen Korridors'“ (28. August 2025). ANF News.

Vom Klassenzimmer zur Barrikade

Die Sektion 22 und der lange Kampf um Bildung und Gerechtigkeit in Oaxaca

Oliver Fröhling

„Achtung: Heute werden die Kreuzungen 5 Señores, Fonapas... gesperrt. Planen Sie entsprechend!“ Eine Whatsapp Nachricht die in Oaxaca, Mexiko zur Normalität gehört, wie viele X-Kanäle und facebook-Seiten, die nach Variationen von „Oaxaca bloqueos“ benannt sind. Oaxaca, ein Staat im Süden Mexikos ist berühmt für seine Küche, seine Festivitäten, die indigene Völkervielfalt (immerhin 80% der Bevölkerung), und innerhalb Mexikos für seine häufigen Blockaden, die den ja an sich schon zähen Verkehrsfluss fast gänzlich zum Stehen bringen.

Und wenn man nachfragt, wer da eigentlich die Kreuzungen, manchmal auch Regierungsgebäude, Tankstellen, Banken oder Einkaufszentren in der Hauptstadt blockiert? Die Standardantwort ist generell „Los maestros“ (spanisch für Lehrer), die in der Sección 22 organisiert sind, auch wenn das nicht immer der Wahrheit entspricht: Das Blockieren von Gebäuden und Verkehrsfluss ist ein gängiges Streitmittel, das von vielen verschiedenen Gruppen eingesetzt wird um auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen, Stärke zu zeigen und Verhandlungen mit Repräsentanten von Institutionen zu erzwingen.

Aber wegen ihrer Größe, Mitgliederzahl (über 70.000), Vernetzung, Disziplin und Frequenz haben die Blockaden der Lehrer*innengewerkschaft oft die größten Auswirkungen, nicht nur in der Hauptstadt, sondern auch auf der Bundesstaats- und nationalen Ebene. Und sie vertritt neben den direkten Forderungen für ihre Gewerkschaftsmitglieder auch oft weitgehende soziale Forderungen: ein En-

de der neoliberalen Politik, Gerechtigkeit für Militante, die im Laufe ihres Kampfes ermordet oder verschleppt wurden, die Präsentation der Vermissten wie zum Beispiel die 43 Studenten aus Ayotzinapa, indigene Rechte, usw.

Eine besondere Rolle in der kollektiven Erinnerung spielt der Konflikt von 2006. Als die Gewerkschaft sechs Monate streikte, zusammen mit einer breiten

Offiziell ist es die Sección 22 der 1941 gegründeten nationalen Lehrer*innengewerkschaft (SNTE, Sindicato nacional de los Trabajadores de la Educación) und vertritt Erzieher*innen und Lehrer*innen an Grund- und Sekundarschulen und einigen anderen Institutionen. Es gibt zwar ein paar kleinere Gewerkschaftsverbände, die im Laufe der Zeit gegründet wurden, um der Sección



Transparent der CNTE in Oaxaca 2024

Koalition von sozialen Organisationen den Rücktritt des damaligen Gouverneurs Ulises Ruiz Ortiz forderte und während dieser Zeit das gesamte staatliche Regierungssystem inklusive Polizei lahmlegte, bis sie durch den Einsatz der militarisierten Bundespolizei zum Ende des Konfliktes gezwungen wurde.

„El Pueblo unido, jamás será vencido“
 („Das vereinte Volk wird niemals besiegt werden.“ Quilapayún, Sergio Ortega, 1970, Chile)

Wer ist also diese streitbare Gewerkschaft, die so einen großen Einfluss auf das Leben in Oaxaca hat?

22 Konkurrenz zu machen, aber sie hat generell ihr Monopol über die öffentliche Bildung in Oaxaca verteidigt. Die nationale SNTE stand lange unter dem Einfluss der PRI (Partido Revolucionario Institucional), die Mexiko im 20. Jahrhundert nach der Mexikanischen Revolution (1910-17) dominierte. 1979 kam es zur Spaltung: Es gründete sich die CNTE (Coordinadora Nacional de los Trabajadores de la Educación) ein Zusammenschluss von Gewerkschaftssektionen, die die nationale Führung nicht anerkannten und sich für eine Demokratisierung der Gewerkschaft einsetzen, um sie dem Einfluss der PRI und der Staatsregierungen zu entziehen. Die CNTE war in der

Schwerpunkt

Hauptsache von Sektionen der ärmeren Staaten im Süden des Landes und in Mexiko Stadt gebildet worden, darunter die Sección 22 aus Oaxaca als einer der mitgliederstärksten und militantesten Teile dieser Bewegung, die seit 40 Jahren unabhängig von der nationalen Führung ihre Aktionen und Verhandlungen führt, um ihre Arbeits- und sozialen Ziele zu erreichen und neoliberalen Reformen des Bildungs- und Pensionssystems zu verhindern. Und sie hat es weit gebracht: Die Gehälter der Lehrer*innen wurden auf einen nationalen Standard angepasst, das Weihnachtsgeld erhöht, großzügige Pensionen erkämpft, Darlehen gegeben und auch viele soziale Errungenschaften wie neue Schulen, freie Schulbücher, bezahlte Schuluniformen, freie Mahlzeiten und andere. Viele dieser Errungenschaften sind eine Folge des Streikes von 2006.

„Am vierzehnten Juni des Jahres 2006 auf dem Platz von Oaxaca stellte sich die Welt auf den Kopf früh am Morgen beim Anbruch der Morgendämmerung niemand hätte sich vorstellen können, was passieren würde.

Der Lehrerstreik hatte den Platz besetzt während die verdammte Regierung den Hinterhalt vorbereitete ‚Bevor der Tag anbricht, räumen wir diese Besetzung!‘ schrie die Polizei und die Repression begann“ (Tapacaminos)

2006

Auch nach fast 20 Jahren ist es schwierig die Ereignisse von 2006 zu benennen. Die Oaxaca-Kommune, wie sie von einigen Enthusiast*innen getauft wurde, war es auf jeden Fall nicht. Auch war es nicht die Katastrophe wie sie von Gegner*innen der Protestbewegung dargestellt wird. Oft werden sie unter dem Namen APPO (Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca – Öffentliche Versammlung der Völker von Oaxaca) zusammengefasst, der Name der Organisation, die von der Sección 22 gegründet wurde, um sich gegen die Staatsregierung zu stellen. Aber generell wissen alle, was mit dem Jahr 2006 gemeint ist: Seit 1980 gab es den jährlichen Streik der Sección 22, in dem die 70.000 Lehrer*innen des Staates im Mai in die Innenstadt Oaxacas einmarschieren und sich dann dort in 40 Häuserblöcken niederlassen und ausharren bis es eine Verhandlungslösung gibt, und

die gezielte Blockade von Banken, Einkaufszentren, Regierungsgebäuden, strategischen Kreuzungen im ganzen Staat und auch des Flughafens als Druckmittel eingesetzt werden. 2006 wurden zum ersten und bisher einzigen Mal in Oaxaca die streikenden Lehrer*innen brutal von 6.000 Elementen der Staatspolizei mit Tränengas und Knüppeln angegriffen. Was zuerst wie ein Erfolg der Polizeikräfte aussah wurde durch den großen Rückhalt der Sección 22 in der Bevölkerung in eine Niederlage verkehrt: Am Nachmittag des 14. Juni waren alle Polizeikräfte aus der Stadt verdrängt, staatliche Einrichtungen im ganzen Bundesstaat wurden angegriffen und Hauptverkehrsadern wurden blockiert, um dem Unmut gegen diese Aktion, die alle vorherigen Regeln brach, Luft zu machen. Es gründete sich die APPO, andere Gewerkschaften traten in Solidaritätsstreiks und die Staatsregierung wurde effektiv lahmgelassen, sogar das Gebäude des Staatsparlaments wurde von der APPO besetzt. In Oaxaca gab es danach für fünf Monate keine sichtbare Polizeipräsenz, es gab aber Nacht und Nebel Aktionen der Staatspolizei, um Oppositionsführer*innen zu kidnappten, und die Stadt wurde von Barrikaden durchzogen, um die Polizeieinsätze zu vereiteln. Zwischen August und November 2006 hatte die sozialen Bewegungen fast ein Kommunikationsmonopol, weil alle Radiostationen in der Stadt von der APPO besetzt waren, die auch mit der Bundesregierung direkte Verhandlungen führte, da der Gouverneur nicht mehr an-

erkannt wurde und eine der Hauptforderungen sein Rücktritt war. Ende Oktober marschierte die militarisierte Bundespolizei in Oaxaca ein, was nach einigen Zusammenstößen mit mehreren Toten unter Verhaftung von hunderten von APPO-Unterstützer*innen, unter ihnen viele Lehrer*innen, zum vorläufigen Ende des Kampfes führte. Im Gegenzug wurden viele der historischen Forderungen der Gewerkschaft erfüllt, aber der Gouverneur durfte seine Regierungszeit zu Ende bringen. Die darauffolgende Regierung einer Oppositionspartei installierte eine Wahrheitskommission, die einen Report herausbrachte, in dem die 27 Toten und viele Menschenrechtsverletzungen dieser Zeit detailliert festgestellt wurden, aber es gab bis heute keine strafrechtlichen Folgen. Aber die Sección hat ein langes Gedächtnis: Als Ende Oktobers 2025 der ehemalige Gouverneur Ulises Ruiz Ortiz in Oaxaca ein Meeting abhalten wollte, um eine neue Partei zu gründen, wurde es prompt von Lehrer*innen gestürmt und verhindert.

Es liegt natürlich auf der Hand, dass 2006 die Wirtschaft dieses Tourist*innenziels sehr beeinträchtigt wurde, und trotzdem genoss und genießt die Sección 22 immer noch einen großen Rückhalt, was viel mit der sozialen Einbindung der Lehrer*innen zu tun hat.

„Bäuerlicher Lehrer, proletarischer Lehrer, lehre mich den Weg des Revolutionärs“ (José de Molina)

Silke Makowski

Geschichte der Roten Hilfe

Der Band skizziert die Solidaritätsarbeit der Rote-Hilfe-Organisationen von den Anfängen bis heute. Die 1924 gegründete KPD-nahe, aber parteiübergreifende Rote Hilfe Deutschlands (RHD) umfasste in der Weimarer Republik zuletzt rund eine Million Mitglieder. Politischen Gefangenen und deren Familien stand sie materiell zur Seite, finanzierte Rechtsbeistände und protestierte gegen Gesetzesverschärfungen. Ab März 1933 konnte sie in der Illegalität noch mehrere Jahre effektiv agieren. Erst in den 1970er Jahren kam es zu Neugründungen teils kurzlebiger Rote-Hilfe-Gruppen mit je unterschiedlichen Schwerpunkten. Aus einer dieser Organisationen ging 1986 die heutige strömungsübergreifende Rote Hilfe e.V. hervor, die seither neue Themensetzung wie auch strukturelle Veränderungen durchlebte – und sich in einem zunehmend rauen Klima behauptet.

Anzeige



Pocketformat, 133 Seiten, 12,- Euro,
Papyrossa Verlag
ISBN 978-3-89438-861-4

Seit in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts das mexikanische Bildungssystem aufgebaut wurde, lag ein Schwerpunkt auf Lehrer*innenausbildung in Escuelas Normales Rurales. Diese Schulen zur pädagogischen Ausbildung sprachen in der Hauptsache junge Leute aus ländlichen und oft indigenen Gemeinden an, für die die Lehrer*innenausbildung ein sozialer Aufstieg aus einer oft marginalisierten Existenz zur lokalen intellektuellen Elite mit Staatsgehalt bedeutet. Der postrevolutionäre Ethos der Escuelas Normales verstand die Lehrer*innen als Teil einer sozialen Umwälzung, um ein gerechteres und gleiches Land aufzubauen und wurde oft von der Lektüre revolutionärer, oft marxistischer Theorien begleitet. Es ist daher kein Wunder, dass die Guerilleros der 60er und 70er Jahre wie Lucio Cabañas, Genaro Vasquez oder Wenceslao José García in Escuelas Normales geschult wurden und eine Brücke zwischen revolutionärer Theorie und ländlichem Zusammenleben schlagen konnten. Viele der Praktiken sind auch heute noch in den Escuelas Normales präsent, wie auch ein Hang zum öffentlichen Demonstrieren und erste Praktiken von Blockaden und der Beschlagnahmung von Bussen, was 2014 den Studenten der Escuela Normal Isidro Burgos in Ayotzinapa Guerrero zum Verhängnis wurde. Für die Mitglieder der Sección 22 heißt das, dass sie sich auf ein großes Netzwerk in den ländlichen Gemeinden ihrer Herkunft stützen können, wo sie oft durch ihre Lehrer*innenausbildung eine

gewisse Führungsposition einnehmen. Durch die große Abwanderung haben sich diese Netzwerke auch in die Städte ausgedehnt. Und die Sección 22 kann sie auf Unterstützung von sozialen Organisationen, anderen Gewerkschaften und Universitätsstudent*innen bauen.

„Die Sektion XXII stirbt erst, wenn die Sonne stirbt.“

Seit 2018 Lopez Obrador von der Morena Partei zum Staatspräsidenten gewählt wurde ist der Neoliberalismus offiziell für tot erklärt, auch wenn viele praktische Politiken wie zum Beispiel die Austeritätspolitik und die Abhängigkeit von Auslandsinvestitionen dem Neoliberalismus immer noch sehr ähnlich sehen. Dies hat sich auch unter seiner Nachfolgerin Claudia Sheinbaum nicht geändert, die seit 2024 das Land regiert. Auch wenn sich die Regierungspartei eher links gibt und viel über soziale Gerechtigkeit redet, und damit der Sección 22 freundlich gegenüber zu stehen versucht, gibt es Streitpunkte, die immer wieder zu neuen Streiks und Konflikten führen. Die rechten Regierungen vor 2018 hatten eine Bildungsreform eingeleitet, um die Gewerkschaft zu entmachten, und auch eine Rentenpolitik, um Kosten zu kürzen, natürlich auf Kosten der Staatsangestellten. Beide Projekte wurden durch die Kämpfe von 2015 bis 2017 verhindert, auch wenn viel Blut floss wie im Zusammenstoßen zwischen Polizei und Sección 22 in Nocixtlan, Oaxaca in 2016.

Obwohl Lopez Obrador versprach, die Reformen rückgängig zu machen, und das in der Tat auch teilweise geschah, gibt es gerade in der Rentenfrage große Unterschiede. Und auch die Escuelas Normales waren den Regierungen schon seit langem ein Dorn im Auge, und man hat versucht sie durch Unterfinanzierung auszuhungern, was auch unter der augenblicklichen Regierung mit ihrer republikanischen Austerität weitergeführt wird. Aber es gibt auch Zusammenarbeit: Die Sección 22, besonders die indigene Organisation wie CMPIO (Coalición de Maestros y Promotores indígenas) innerhalb der Gewerkschaft, hatte eine Reform zum Bildungsplan Oaxacas 2013 vorgestellt, der die kolonialen Tendenzen des vorherigen Bildungssystems umzukehren versuchte: Während das frühere Bildungssystem darauf ausgerichtet war, eine nationale Identität herzustellen und indigene Sprachen und Lebensweisen, die für eine Mehrheit der Bevölkerung eine Realität sind, zu marginalisieren, soll der neue Plan, genannt PTEO (Plan para la Transformación de la Educación de Oaxaca) ein Bildungssystem herstellen, das auf den lokalen Gemeinschaftsstrukturen und Traditionen beruht und indigene Sprachen nicht diskriminiert. In Oaxaca sprechen über 30% der Bevölkerung eine indigene Sprache als Muttersprache. Dieser Plan beeinflusste dann auch die nationale Bildungsreform von Morena und besonders die neuen offiziellen Bücher für alle öffentlichen Schulen in Mexiko.

An der sozialen Front geht der Kampf im Einvernehmen mit Sozialbewegungen weiter, wo besonders die juristischen Ressourcen der Sección 22 und ihr weites Netzwerk den Kämpfen zugute kommen, gerade wenn es um Widerstand gegen exitative Projekte geht. Intern kam es auch gerade zu einem Umbruch der patriarchal geprägten Gewerkschaft, wo besonders seit 2006 Frauenverbände innerhalb der Sección 22 es geschafft haben, immer mehr Entscheidungsposition zu erringen. Es ist eine Gewerkschaft, die es bis heute geschafft hat, sich den Herausforderungen der Zeit zu stellen und den sich selbst auferlegten demokratischen Zielen weitgehendst treu zu bleiben, egal ob sie mit dem repressiven Druck der rechten Regierungen oder dem freundschaftlichen Druck der Kooption durch eher linke Regierungen konfrontiert wird. Sie hat es geschafft, dass ihre Lösung immer noch der Wahrheit entspricht. ♦

Anzeige

Herrschaft lässt sich nicht durch die Wirkung von **Spitzeln** erklären, aber es gibt sie und Polizeien und Geheimdienste versuchen, mit ihnen den Lauf der Geschichte und den Weg emanzipatorischer Bewegungen zu beeinflussen. Aktivist*innen haben allen Grund zu der Annahme, in den Wirkungsbereich von Spitzeln zu geraten. In all ihren Erscheinungsformen können Spitzel sehr zahlreich sein, es waren in den letzten Jahrzehnten hunderte, die auf Bewegungen, Parteien und Einzelne angesetzt wurden. Nicht alle waren gut platziert oder effektiv, aber auch nur die allerwenigsten sind bekannt geworden. Zu den üblichen, angeworbenen »V-Personen« kommen seit einiger Zeit »Spycop«, verdeckte Ermittler*innen, deren Einsatz heute standartisierte Praxis des Staatsschutzes ist. Ein fundiertes Wissen über V-Personen, Spycop und die Möglichkeiten ihrer Demaskierung hilft gegen Paranoia ebenso wie gegen Naivität.



SPITZEL • V-Personen
• Spycop • Typologie • Demaskierung
verlag-immergrün.de
368 Seiten • 15,-
ISBN 978-3-910281-27-1

Der Flug der Schmetterlinge

Gewaltsames Verschwindenlassen in Mexiko

Anne Haas

Sie koordinieren sich via WhatsAppgruppen, kopieren Suchplakate und führen handgeschriebene Listen ihrer vermissten Kinder. Selbstorganisiert machen sich die „madres buscadoras“, die suchenden Mütter und andere Familienangehörige in Gruppen auf in die abgelegenen Wüstenorte Mexikos. Von anonymen Hinweisen und dem Flugverhalten von Schmetterlingen gelenkt, suchen sie nach Unebenheiten auf dem trockenen Boden. Mit Holzstöcken testen sie die Festigkeit des Bodens. Tauchen die Stöcke tief in den Erdboden, wissen die Frauen anhand des Geruchs den die Stöcke an die Oberfläche befördern, ob sie auf ein Massengrab gestoßen sind. Es ist der Duft dem auch die Schmetterlinge folgen.

In einem Zeitalter, in dem kriminaltechnische Verfahren durch Digitalisierung, KI-gestützte Datenanalyse und moderne Ortungssysteme auch in Mexiko zunehmend effizienter werden, offenbart die Suche der „madres buscadoras“ nach ihren Vermissten das massive strukturelle Versagen staatlicher Institutionen.

Die Krise des gewaltsamen Verschwindenlassens in Mexiko hält seit Jahren an. Stand Oktober 2025 gelten in Mexiko über 133.000 Menschen als vermisst oder verschwunden. Diese Zahl wird von verschiedenen Seiten in Frage gestellt. Zum einen ist die Regierung immer wieder bestrebt die eigene Statistik zu reinigen. Durch mangelnde Koordination zwischen Behörden kommt es vor, dass sich Personen in den Statistiken befinden die

bereits wiederaufgetaucht oder migriert sind. Ungeachtet dessen ist jedoch die Dunkelziffer wesentlich höher anzusetzen. Indigene Familienangehörige werden von den Behörden oftmals abgewiesen,

Zwangsprostitution und -rekrutierung als Kuriere oder Kämpfer für die organisierte Kriminalität unter Duldung durch lokale Behörden, gibt es auch zahlreiche Fälle des gewaltsamen Verschwindenlassens,



Suchplakate vermisster Menschen zeichnen zahlreiche Straßen im Mexiko. In Culiacán, Bundesstaat Sinaloa, geben aktivistische Kollektive durch Kunstaktionen den Verschwunden ein Gesicht in der Öffentlichkeit und prangern die fehlende Aufklärung und Gerechtigkeit an.

ihre Anliegen nicht bearbeitet. Menschen in Regionen mit schweren Konflikten der organisierten Kriminalität entscheiden sich zum Schutze ihrer eigenen Sicherheit, ihre Vermissten nicht zu melden. Zu oft landet die Information von den örtlichen Polizeistellen direkt bei den kriminellen Organisationen, was sie selbst als auch die Verschleppten weiter in Gefahr bringt. Auch Migrant*innen verschwinden in den Statistiken fast gänzlich. Während die offiziellen Zahlen verschwundener Migrant*innen unter 300 liegt, gehen selbst konservative Schätzungen ziviler Organisationen von zusätzlichen 72.000 weiteren verschwundenen Migrant*innen aus.

Wo sind all diese Menschen? Zwischen Menschenhandel, Entführungen,

bei denen der Staat direkt involviert ist. Immer wieder werden Verschwundene lebend aufgespürt und ein langer Kampf um Gerechtigkeit beginnt.

Massengräber

Werden Massengräber gefunden, ist die Suche jedoch noch lange nicht beendet. Die Identifizierung der sterblichen Überreste stellt für Mexiko eine Mammut-Aufgabe dar. Mehr als 52.000 unidentifizierte Leichname befinden sich aktuell landesweit in den Kühlkammern gerichtsmedizinischer Einrichtungen. Einige deutsche Universitäten kooperieren in einem UN-Projekt zur forensischen Identifizierung von Knochenproben. 5.000 wurden hierbei bisher analysiert,

insgesamt konnten 2024 immerhin 6.000 Tote identifiziert werden. Die Weiterfinanzierung des Projekts ist jedoch ungewiss. Und monatlich stoßen die madres buscadoras auf neue Gräber. Dieses Jahr führte besonders der aufsehenerregende Fund der Massengräber von Teuchitlán zu einer Welle landesweiter Proteste.

Anfang März 2025 fanden die „Guereros Buscadores“, ein lokaler Zusammenschluss Angehöriger von Verschwundenen, im mexikanischen Bundesstaat Jalisco mehrere Massengräber. Sie verschafften sich außerdem Zutritt zu einer verlassenen Ranch namens Izaguirre. Im September des Vorjahres hatte die Nationalgarde nach einer bewaffneten Auseinandersetzung und der Festnahme von zehn Kartellmitgliedern eben jene Ranch nach Spuren und Vermissten untersucht. Zwei Menschen wurden aus Gefangenschaft befreit. Im März fanden die Aktivist*innen jedoch insgesamt 1.844 Gegenstände, die damals von den lokalen Behörden nicht sicher gestellt worden waren. Die Videos und Bilder dieser Funde sind verstörend, in einem Raum fanden sich vorwiegend Kleidungsstücke, in einem anderen Schuhe. Außerdem befanden sich Ausweispapiere und sogar Abschiedsbriefe auf Schulnotizheften unter den Gegenständen. Im hinteren Hof befanden sich Feuerstellen, an denen Leichen verbrannt worden sein sollen. Berichten Überlebender zufolge, die sich nach dem Fund bei der Presse meldeten, hatte der Ort der organisierten Kriminalität als Ausbildungslager für deren Personal gedient. Und wurde zur Vernichtungsstätte für jene, die dieses Training zum Auftragsmörder nicht überlebten, oder schlicht verweigerten. Es soll sich hierbei überwiegend um zwangsrekrutierte Männer gehandelt haben, doch auch Frauen finden sich unter den Opfern.

Dass die Nationalgarde die Beweise auf der Ranch nicht schon 2024 gesichert hatte, passt zu dem Verdacht, den einige Menschenrechtsorganisationen in Mexiko teilen. Der Regierung scheint es vorwiegend darum zu gehen hohe Festnahmehäufigkeiten zu generieren, und nicht primär um das Anliegen der Familienangehörigen, die sich oft jahrelang in Unwissenheit quälen. Mexikos Präsidentin Claudia Sheinbaum steht quasi seit Amtsantritt unter hohem Druck von Donald Trump. Die Drohungen aus dem Nachbarland von immer mehr Zöllen gegen den eigenen wichtigsten Handelspartner Me-

xiko sind rhetorisch an die Bedingung geknüpft, in Mexiko Migration als auch die organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Medienwirksame Schläge gegen die Kartelle, Festnahmen sowie Auslieferung zahlreicher in den USA strafverfolgter mexikanischer Krimineller, dienen der als links-liberal geltenden Regierung unter MORENA daher mehr, als die sozial so dringende Aufklärung im eigenen Land. Das führt auf Seiten der sozialen Bewegungen zu Kritik.

Die Proteste, die durch den Fund von Teuchitlán ausgelöst wurden, fanden auch international Gehör. Die UN-Kommission gegen das gewaltsame Verschwindenlassen (CED) forderte Mexiko auf den Fall gewissenhaft zu untersuchen. Erstmals in der Geschichte aktivierte die CED Artikel 34 der UN-Konvention gegen das gewaltsame Verschwindenlassen. Es bestünde begründeter Verdacht, dass das Verschwindenlassen in Mexiko weitverbreitet und systematisch stattfinde. Die Regierung Sheinbaum reagierte abweisend auf den Vorwurf. Sie negierte nicht, dass es eine hohe Zahl Verschwundener gebe, diese seien jedoch Verschulden der organisierten Kriminalität und nicht des Staates. Von 2006 bis Juli 2025 erkennt die Nationale Suchkommission 824 Fälle als des gewaltsamen Verschwindenlassen an und bestätigt zumindest in diesen Fällen die direkte Verwicklung staatlicher Bediensteter. Nicht zuletzt im Falle der Verschwundenen von Ayotzinapa¹ als auch Teuchitlán gilt die aktive Beteiligung der föderaler Polizeieinheiten sowie die Vertuschung durch Behörden mittlerweile als erwiesen.

Als Antwort auf die CED wurde im Sommer das mexikanische Gesetz gegen

¹ 2014 wurden 43 Studenten des Lehrerseminars Ayotzinapa von der Polizei und dem organisierten Verbrechen gewaltsam verschwundengelassen. Unabhängige Untersuchungen legen nahe, dass die Bundespolizei in die Operation und deren Vertuschung involviert war.

das Verschwindenlassen reformiert. Darin enthalten sind neue Pläne für eine Identitätendatenbank, die auf bestehenden Personen- und Kommunikationsdaten basieren soll, um biometrische Daten Vermisster leichter zugänglich zu machen. Eine bessere Datenkoordination wurde zwar schon lange gefordert, besonders die Angehörigenverbände warnen jedoch vor einem Missbrauch der Datenbank zu Überwachungszwecken. Ein Fortschritt ist, dass endlich die gewählten Namen von vermissten Transpersonen anerkannt werden, doch fehlen differenzierte



„Wir kämpfen weiter, koste es, was es wolle.“ Foto: Jonathan Treat / SOA Watch (School of the Americas watch), CC BY-NC-SA 2.0
Das Verschwinden von 43 Studenten am 26. September 2014 in Guerero, Mexiko, löste eine massive Widerstandsbewegung aus, die die Rückkehr der Studenten und ein Ende des Drogenstaates in Mexiko forderte.

Die Legitimität der Regierung wurde in Frage gestellt.

Suchstrategien für verschiedene Personengruppen. Erstmals enthält das Gesetz eine Absichtserklärung auch präventiv gegen das Verschwindenlassen vorzugehen, sowie auch den Schutz der suchenden Familien zu gewähren. Seit 2010 wurden in Mexiko mindestens 28 suchende Familienangehörige ermordet, drei weitere gelten als verschwunden.

Erst im August wurde Aida Karina Juárez Jacobo tot aufgefunden, nachdem sie an jenem Ort gekidnappt worden war, an dem auch ihre Tochter wenige Wochen vorher verschwunden war. Familienangehörige werden unfreiwillig zu Menschenrechtsaktivist*innen, ihre Suche konfrontiert die zwei mächtigsten Akteure im Land: die organisierte Kriminalität sowie staatliche Stellen, die deren Agieren decken oder gar daran verdienen. Das ist und bleibt auch unter der aktuellen Regierung eine gefährliche Mischung. ♦

Anarchisten hinter Gittern

Politische Gefangene in „Sowjet“-Russland 1921

Moritz

Jonnie Schlichting über die Verhandlungen revolutionärer Gewerkschaften Europas und beider Amerika mit den Bolschewiki während des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und des Gründungskongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale im Juli 1921 in Moskau – die zehnte Publikation der Edition Syfo über das Komitee zur Freilassung revolutionärer politischer Gefangener in Rußland.

■ Mit obigen Angaben ist das Thema dieses Heftchens ausreichend umschrieben. Begrüßenswert und sehr wichtig ist die Auswahl an Originalquellen sowie der Umfang und die Art der diesbezüglichen Dokumentation, unter anderem ein Faksimile des „Bulletins des Vereinigten Komitees zum Schutze der in Rußland verhafteten Revolutionäre“ vom Januar 1925 mit den Reaktionen von Franz Pfempfert zum Verhalten der „Internationalen Roten Hilfe“. Ergänzt wird das durch einen Teil mit Literatur und Quellen sowie 13 Seiten mit ausgewählten Biographien verschiedenster Genoss*innen.

Allein dieser Abschnitt rechtfertigt schon die Beschäftigung mit dieser wichtigen A5-Broschüre – glaubt es ruhig. Viele – viele! – Namen werden völlig zu Recht dem Vergessen entrissen und es ist trotz des zuerst einmal traurigen Themas ein echter Spaß, in den politischen Biographien der aufgeführten Genoss*innen die verschiedenen ideologischen Schlenker und die mitunter munter wechselnden Organisationszugehörigkeiten nachzuleSEN.

Es bleibt wohl wahr, dass diejenigen, die offensiv suchen, eine größere Chance haben der richtigen Idee näherzukommen,

men, als die, die an einmal liebgewonnene Ideologien festhalten, weil sie diese ihr Leben lang für der Weisheit letzten Schluss halten.

Für mich ist die Auseinandersetzung mit Fehlern der kommunistischen Bewegung in ihrer Gesamtheit und in all ihren Schattierungen und mit dem, was eher antiautoritäre Genoss*innen zu sagen hatten und haben – die „Diktatur des Proletariats“ ist eine Formulierung von Karl Marx und ich bin nicht sicher, dass die Genoss*innen der Pariser Commune sich dafür hätten begeistern lassen – stets die

Bedingung dafür sich selbst die Chance zu erarbeiten, es ein nächstes Mal besser zu machen. Aber das kann man ja auch anders sehen. ♦

NOTIZEN AUS DEM RECHTSSTAAT

Smileys machen Nazi-Parolen grundgesetzkonform

Ein ehemaliger Personenschützer des israelischen Generalkonsuls in München und der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde, der diesen in privaten Chats die Einlieferung in ein KZ gewünscht, antisemitische Hetze verbreitet und Nazi-Parolen verwendet hat, bleibt im Polizeidienst. Das hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof entschieden. Er urteilte, dass die Äußerungen ja nur in privaten Chats unter Freunden gefallen seien – in diesem Fall überwiege das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Zudem spreche gegen die Annahme einer verfassungsfeindlichen Gesinnung, „wenn in einem Chat ein auf kurzfristige ‚Lacher‘ angelegter Überbietungswettbewerb an geschmacklosen und menschenverachtenden Bemerkungen“ stattgefunden habe. Die Richter wollten nicht ausschließen, „dass der Beklagte den Gehalt seiner Postings nicht ernst gemeint“ und eine „Unterhaltungskomponente“ im Vordergrund gestanden habe. Das Polizeipräsidium München, das sich nun öffentlichkeitswirksam von dem Beamten distanziert, geht dagegen davon aus, dass dieser eine „über Jahre verfestigte“ Nähe zu NS- und anderen rechtsradikalen Ideologien habe und diese auch „nach außen kundgetan und verbreitet habe“ – was dort allerdings auch erst sechs Jahre nach den fraglichen Äußerungen aufgefallen sein soll.



► **Jonnie Schlichting: Anarchisten hinter Gittern in „Sowjet“-Rußland 1921 – Das Komitee zur Freilassung revolutionärer politischer Gefangener in Rußland.**
Nr. 10 der Edition Syfo, 1. Auflage September 2023, Herausgegeben vom Institut für Syndikalismusforschung Email: institut@syndikalismusforschung.info
Info und Bestellung: <http://syfo.info>

Gegen Repression und Gefängnisse

Transnationale Solidarität

Peter Nowak

Manchmal kann man anarchistische Texte an ungewöhnlichen Orten finden. So gab es zur Ausstellung *Tiempo Muerto* (Tote Zeit) von Juan Pablo Macias in der Galerie im Körnerpark in Berlin-Neukölln ein Begleitheft mit Texten zum mexikanischen und griechischen Anarchismus. Positiv ist zu bewerten, dass so auch einmal Ausstellungsbesucher*innen mit linksradikalen Texten in Kontakt kamen. Leider waren sie allerdings sehr akademisch verfasst, was die Lektüre erschwert.

■ Da soll man besser zu dem Buch „Koukoulofori Die Vermummten“ greifen, das anders als der Untertitel „Anarchie und Widerstand in Griechenland 1967 – 1996“ erwarten lässt, einen gut lesbaren Überblick über die griechische Linke jenseits der Kommunistischen Partei (KKE) bietet. Die Erwähnung der KKE ist deshalb notwendig, weil sich an ihr viele linke Gruppen arbeiteten. Es blieb oft nicht bei verbalen Auseinandersetzungen, auf Demonstrationen gab es gelegentlich militante Auseinandersetzungen zwischen der KKE und den unabhängigen linken Gruppen, egal ob sie sich als Kommunist*innen, Anarchist*innen oder Sozialrevolutionär*innen verstehen. Sie alle haben in dem Buch von Robert Klein ihren Platz. Wer erfahren will, woher diese starken Konflikte im linken Spektrum herrühren, bekommt in dem Buch einige Antworten. Die Wurzeln liegen schon in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, als eine Militärdiktatur Griechenland beherrschte. Noch bis in die 1970er Jahren hatte die KKE unter der rebellischen Jugend großen Einfluss. „Obwohl unter linken Jugendlichen und Studierenden

in dieser Phase eine kulturelle Aufbruchsstimmung herrschte, landeten erstaunlich viele bei der KKE/KNE“ (S. 77). Im Glossar erfahren wir, dass es bei der KNE um die Jugendorganisation der KKE handelt. Ausführlich wird geschildert, wie sich in den letzten Jahren der Obris-



tendiktatur der linke Widerstand vervielfachte und ausdifferenzierte. Dabei wird immer wieder darauf hingewiesen, dass das Militärregime zu diesem Zeitpunkt mit großem Terror gegen jede Opposition vorging. Beschrieben wird die Folter in den Gefängnis- und Polizeizellen und die erzwungenen Reueerklärungen, in denen die Personen unterschreiben mussten, dass sie sich in Zukunft jeder kommunistischen Tätigkeit enthalten. Damit sollte vor allem die Arbeit der KKE lahmgelegt werden, denn ihre Mitglieder waren besonders davon betroffen. Der Terror gegen Linke hatte in Griechenland seit den 1930er Jahren nicht aufgehört. Schon Ende der 1940er Jahre begann der Bür-

gerkrieg, bei dem die profaschistischen griechischen Kräfte mit Unterstützung von Großbritannien und den USA die Linke blutig zerschlug. Besonders im Fokus stand die damals starke Kommunistische Partei, die in den Untergrund gedrängt wurde. Nach einer kurzen Tauwetterphase in der ersten Hälfte der 1960er Jahre erreichte der Terror gegen die Linke nach dem Militärputsch 1967 in Griechenland einen neuen Höhepunkt.

Die Folgen des November 1973

Ausführlich wird in dem Buch auf den Aufstand gegen die Junta im November 1973 und die Besetzung von Hochschulgebäuden in Athen eingegangen. Das ist ein wichtiges Datum für sämtliche Strömungen der Linken in Griechenland bis heute. Im Buch wird der November 1973 als entscheidende Zäsur für die griechische Linke dargestellt. Damals erstarnten Gruppen der radikalen Linken, darunter Anarchist*innen, aber es waren auch viele Anhänger*innen unterschiedlicher kommunistischer Theorien darunter.

Nach der blutigen Niederschlagung des November-Aufstands in Griechenland bildeten sich auch erste bewaffnete Gruppen, deren meist kurze Geschichte im Buch beschrieben wird. Nicht nur Linksradikale auch Sozialdemokrat*innen und Linksbürgerliche hatten ihre bewaffneten Formationen. Einige der bewaffneten Gruppen nahmen Rache an bekannten Folterern der Junta. In dem Buch ist der Brief eines Gefangenen der Junta an den Philosophen Jean-Paul Sartre abgedruckt, der aus dem Gefängnis herausgeschmuggelt wurde und die Welt über die Zustände in den griechischen Folterknästen aufrüttelte. Der Gefangene schreibt sehr eindringlich: „Sartre hörst Du mich? Ich weiß, dass es Vietnam gibt. Ich bin unbedeutend gegenüber den Feuern dieser Hölle. Aber ich schwöre Dir, Sartre,

unsere Tage in diesem Polizeigefängnis sind der Keim eines zweiten Vietnam“ (S. 131).

Solidarität mit Rolf Pohle

Die Folter war mit dem Ende des Militärregimes nicht beendet. Die meisten Folterspezialisten „arbeiteten“ weiter im Repressionsapparat des bürgerlichen Staates. Unter den „ersten Toten der Demokratie“ (S. 163) war der 16jährige Schüler Isidoros Isidoropoulos, der Flugblätter einer kleinen leninistischen Gruppe verteilte. Auch Alekos Panagoulis, ein Abgeordneter der linksliberalen Zentrumsunion, der bewaffnet gegen das Militärregime gekämpft hatte, wurde ermordet. In dem Buch werden die Kontakte zwischen der griechischen und der westdeutschen Linken in den 1970er Jahren beschrieben. So gab es in Griechenland eine große Solidaritätskampagne für Rolf Pohle, der im Zuge der von der Bewegung 2. Juni durchgeführten Entführung des Berliner CDU-Politikers Peter Lorenz aus einem Gefängnis in der BRD freikam, wo er wegen RAF-Mitgliedschaft inhaftiert war. Pohle wurde im Juli 1976 in Athen erneut verhaftet und sollte an die BRD ausgeliefert werden. Dagegen wandte sich in Griechenland eine breite Solidaritätsbewegung, die schließ-

lich gegen massiven Druck aus der BRD Erfolg hatte. Pohle konnte in Griechenland bleiben. Er hatte Ende der 1960er Jahre als AStA-Vorsitzender der Universität München Solidaritätsaktionen mit den in Bayern lebenden Gegner*innen der griechischen Junta organisiert, was ihm viele Sympathien im Exilland einbrachte. Pohles Verhaftung sorgte auch dafür, dass in Griechenland die Situation der politischen Gefangenen in der BRD thematisiert wurden. Ein Abschnitt aus einem Bericht von Pohles Rechtsanwalt Christian Ströbele deutet an, welches politische Klima damals in Griechenland herrschte. „Bald erschienen überall kritische Berichte. Die politischen Gefangenen in Deutschland und ihre Sonderbehandlung in deutschen Gefängnissen wurden zum Thema. Der deutsche Staat an der Seite der Imperialisten und vor gar nicht so langer Zeit auch an der Seite der griechischen Obristen, das interessierte die Griechen. Tausende gingen in Athen auf die Straße und demonstrierten gegen den deutschen Imperialismus und für die Unterstützung der Anarchisten in Deutschland“ (S. 165/66). Damals brauchte man nicht gesondert erwähnen, dass die BRD gemeint war, wenn in dem Text von deutschen Staat die Rede war. Auffallend ist auch, dass Ströbele mit dem Herausgeber des Buches einen diffusen Anarchismusbegriff teilt. Denn die Gefangenen der RAF zumindest verstanden sich ebenso als Kommunist*innen wie ein Teil der griechischen Oppositionellen,

die im Buch unter den Anarchismusbegriff subsumiert werden.

Stammheim in Griechenland

Unter der Überschrift „Das Echo von Stammheim in Griechenland“ wird über zahlreiche Demonstrationen und bewaffnete Angriffe auf Filialen deutscher Firmen in Griechenland nach der Todesnacht von Stammheim am 18. Juni 1977 berichtet. „Bei dem versuchten Angriff auf eine AEG-Zentrale in einem Industrieviertel zwischen Athen und Piräus wurde am 20. Oktober 1977 Christos Kassimis von der Polizei erschossen“ (S. 171). Es ist ein Verdienst des Buches, auf diese heute nur wenig bekannte transnationale Solidarität gegen Repression in den 1970er und 1980er Jahren eingegangen zu sein. Sie fand ihre Fortsetzung in den großen Demonstrationen in Deutschland und Griechenland, nachdem Alexandros Andreas Grigopoulos, ein 15jähriger Jugendlicher, 2008 im linken Athener Stadtteil Exarcheia von der Polizei erschossen wurde. Diese Solidarität hält bis in unsere Tage an, wenn in Griechenland linke Gefangene im Hungerstreik sind oder Opfer von Polizeigewalt werden. ♦

► Robert Klein, Koukoulofori Die Vermummten, Anarchie und Widerstand in Griechenland 1967 – 1996. Immergrün Verlag, 15 Euro, 391 Seiten, ISBN: 978-3-910281-11-0

Anzeige

Arbeiterstimme
Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Trump, die Ökonomie und die Zölle



Arbeiterstimme Nr. 229
Herbst 2025, aus dem Inhalt:

- Trump, die Ökonomie und die Zölle
- Oxfams Ungleichheitsbericht
- Klassenfragen enden nicht nach 67 Lebensjahren
- Starmers Labour, ein neues Projekt
- Verzweifeltes Vermächtnis: Jean Ziegler, „Trotz alledem!“
- ...

arbeiterstimme.org
redaktion@arbeiterstimme.org

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft



Zeichnung: Holger Elias

Asylabwehr als Staatsraison
Vom Schutzrecht zur Abschreckungspolitik

Themenheft

28. Jahrgang 26. Juli 2025 € 6,00

Mit Texten von Ghayath Almadhoun, Gabriele Gillen, Christophe Zerpka, Bernhard Schindlbeck, Günter Rexilius, Robert Pfaller, Holger Elias, Judith Lenger, Frank Schumann, Bertolt Brecht, Emile Sagan, Hannah Arendt, Giorgio Agamben, Papst Franziskus, Frank Strickstrock, Thomas Bachmann, Jan Rauch, Martha Scheller, Ewart Reder u. a.

Bestellung
Themenheft einzeln 6 Euro
zzgl. Versandkosten

Die Weltbühne e. V.
Siedendorf 3
29413 Döhre
weltbuehne@ossietzky.net
Tel. 039031.950 596
www.ossietzky.net

Günter Sare

Tod durch Wasserwerfereinsatz

Hannah, Mitglied des Bundesvorstands der Roten Hilfe e.V.

1985, am 28. September vor 40 Jahren, starb Günter Sare.

■ 1985 war das Jahr, gerade einmal 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als der Faschismus noch sehr präsent war in der Gesellschaft und auch viele alte Faschist_innen noch lebten.

1985 war das Jahr, in dem der Bundeskanzler Kohl den US-Präsidenten Reagan nach Bitburg begleitete, um sich dort über Gräbern unter anderem von Angehörigen der Waffen-SS die Hände zur Versöhnung zu reichen, ein Vorgang, den Habermas als „Die Entsorgung der Vergangenheit“ titulierte. Andere Kritiker_innen wurden als durch eine „mächtige publizistische Maschinerie“ verhetzt beschrieben, eines von vielen antisemitischen Stereotypen, die dazu ausgegraben wurden.

1985 war das Jahr, in dem der NPD der Saalbau Haus Gallus für ein Treffen zur Verfügung gestellt wurde. Hier in diesem Haus Gallus hatte 1964 der erste Frankfurter Auschwitzprozess stattgefunden. Erstmals kamen dabei deutsche SS-Leute vor Gericht, Täter aus Auschwitz, von denen kein einziger ein Anzeichen von Reue zeigte. Die NPD inszenierte also eine bewusste Provokation.

Es formierte sich schnell ein breiter Protest. NPD-Gegner_innen vieler Richtungen – von Stadtteil- und Migrant_innengruppen bis zu Antifaschist_innen aller Art versammelten sich; etwa 1.000 Menschen beteiligten sich an einem Freundschaftsfest in der Nähe des Hauses. Die Demonstrant_innen versuchten, ankommenden Faschisten der NPD den Zugang zum Haus Gallus zu blockieren.

Die Polizei schützte und geleitete die NPDler_innen ins Haus Gallus und begann gleichzeitig gegen die versammelten Demonstrant_innen vorzugehen. An einer Kreuzung fuhren zwei Wasserwerfer

auf um eine kleine Gruppe von Menschen zu zerstreuen, die Gruppe rannte auseinander. Günter Sare wurde mitten auf der Kreuzung von einem Wasserwerferstrahl zu Boden geworfen. Als er wieder auf die Beine kam, fuhr ein zweiter Wasserwerfer um die Ecke und hielt kurz an.

Etlichen Zeug_innenaussagen von dabei Anwesenden zufolge war Günter Sares Tod kein Unfall. Der Wasserwerfer habe den Mann im Scheinwerfer gehabt und sei schnell und direkt auf ihn zugefahren. Das tonnenschwere Fahrzeug überrollte den am Boden Liegenden.

Die Polizei verwehrte zuerst Sanis und Ärzten die Hilfeleistung und vertrieb unter Schlagstockeinsatz weitere zu Hilfe Eilende. Günter Sare wurde vor einen Autoscheinwerfer bugsiert, da die Polizei sich weigerte für Licht zu sorgen. Die Besatzung des besagten Wasserwerfers habe mit Coladosen in der Hand aus dem offenen Fenster heraus gesagt: „Ihr seid die Nächsten“. So erinnert sich später ein damaliger Ersthelfer.

Auch mit der Ambulanz ließen sie sich Zeit, erst nach 20 Minuten traf der Notarztwagen ein. Auf dem Weg ins Krankenhaus starb Günter Sare. Günter Sare war 36 Jahre alt als er starb. Der Maschinenschlosser war seit vielen Jahren in der linken Szene Frankfurts aktiv. Er baute das selbstverwaltete Jugendzentrum Bockenheim mit auf, war dort auch Vorstandsmitglied und bekannt durch seine regelmäßigen Thekendienste.

Im Anschluss an den Mord an Günter Sare kam es tagelang zu Demonstrationen und Auseinandersetzungen, Demonstrationsverbote wurden ignoriert. Auch in Berlin, Göttingen, Hannover, Hamburg, und München gingen Leute auf die Straßen. Frankfurt glich einem Polizeistaat: Die Polizei kesselte Leute ein, prügelte auch auf völlig Unbeteiligte ein und allein an einem Abend wurden 255 Verhaftete ins Polizeigewahrsam Klapperfeld gebracht. Über Polizeilautsprecher kam die Ansa-

ge: „Das nächste Mal sperren wir euch gleich ins Stadion“. (Der Putsch in Chile war auf allen Seiten immer noch gut in Erinnerung).

Die Genoss_innen forderten einen öffentlichen Untersuchungsausschuss, denn: „Die Ermittlung muß aber auch aufdecken, warum immer und immer wieder ausgerechnet antifaschistische Demonstrationen die Polizei und ihre politische Führung zu besonders brutalem und lebensgefährlichem Vorgehen veranlassen. Der Tod Günter Sares schließt sich an die brutalen Einsätze der NPD-Deutschlandtreffen 1977 und 1978 an, an den Versuch, die Rock gegen Rechts Veranstaltung 1979 in Frankfurt und 1980 in Nordhessen zu unterbinden und nicht zuletzt auch an das Vorgehen der Polizei an der Katharinenkirche zum Schutz der neonazistischen FAP in diesem Frühjahr.“ (Aus einem Flugblatt nach dem Tod Günter Sares 1985)

Seitens der Behörden wurden sofort Desinformationskampagnen betrieben. Es hieß, Günter Sare sei von einem Stein getroffen worden, er hätte den Wasserwerfer mit einem Knüppel angegriffen, er wäre betrunken gewesen, er habe die Verkehrslage falsch eingeschätzt – kurz: er wäre selbst schuld. Unter Mühen gelang es den Angehörigen eine zweite Obduktion durchzusetzen, die als Todesursache zweifelsfrei das Überfahren bewies. Dem Gutachter waren wochenlang wichtige Untersuchungsergebnisse des hessischen Landeskriminalamtes vorenthalten worden.

Die gerichtliche Auseinandersetzung um den Tod von Günter Sare ging drei Jahre lang durch zwei Instanzen. Im November 1990 sprach das Landgericht Frankfurt die Besatzung des Wasserwerfers vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung frei. Die Aussage des Fahrers, er habe auf der Straße keinen Mann gesehen kurz bevor er Günter Sare überrollte, konnte nicht widerlegt werden. Filmaufnahmen

der Polizei lagen nicht vor, die Tonaufzeichnungsanlage, die den Funkverkehr mit anderen Einsatzkräften hätte aufnehmen sollen, war just in diesem Augenblick funktionsuntüchtig gewesen. Es gab noch weitere Unstimmigkeiten, sodass die Rechtsanwältin Waltraud Verleih, die die Nebenklage vertrat damals folgerte: „Dies legt den Verdacht der Beweismittelmanipulation nahe“. Aber während einer Demonstration, so erklärte das Gericht, herrsche eine „Kampfsituation“ – und jedem Demonstranten sei bewusst, dass er auf Wasserwerfer zu achten habe.

Während die Justiz und ein von SPD-Innenminister Winterstein beauftragter Sonderermittler noch den „Fall Sare“ untersuchten, wurde Joschka Fischer Umweltminister in der Koalition mit dem SPD-Regierungschef Holger Börner, der hatte noch kurz zuvor „gegen diese Leute“ mit einer Dachlatte losgehen wollen. Die damalige Linke warf Fischer und Cohn-Bendit „Verrat“ vor und forderte den Rückzug der Grünen aus der Regierung. Fischer wurde damals, was er heute ist: die „Gewaltfrage“ wird das Kapital

schützend im Inneren und imperialistisch nach Außen entschieden.

Der Typ Hochdruckwasserwerfer, dessen Wasserstrahl allein im Naheinsatz töten kann und mit dem Günter Sare umgebracht worden war, wurde nach Südafrika und an die Türkei zur Aufstandsbekämpfung exportiert.

Auf Demonstrationen werden immer wieder Menschen schwer verletzt. Die Polizist_innen nehmen Tote offensichtlich in Kauf, wie nur zum Beispiel beim G20 in Hamburg, wo bei Polizeiübergriffen hunderte Personen verletzt wurden.

Auch die restlichen Elemente dieser Geschichte, der polizeiliche Geleitschutz



Quelle: *Faites votre jeu!* Aus der Ausstellung von 2009 zum Tod von Günter Sare.

für Faschisten, das Verweigern von Hilfe für Verletzte seitens der Polizei, die Desinformationen seitens der Behörden, die Behinderung der Aufklärung bei polizeilicher Gewalt, etc., sind bis heute übliche Verfahrensweisen der rechtsstaatlichen Gewalt in Deutschland. ❖

NOTIZEN AUS DEM RECHTSSTAAT

Proxy-Morde über die BRD sind „nicht unvertretbar“

Von deutschem Boden aus dürfen weiterhin völkerrechtswidrige Kriegseinsätze und Morde an Zivilist*innen ausgehen. Das hat das Bundesverfassungsgericht Mitte Juli entschieden. Zwei Jemeniten, die bei US-Drohnenangriffen Angehörige verloren hatten, hatten die BRD verklagt. Denn über deren Staatsgebiet, konkret über eine Satelliten-Relais-Station auf der Militärbasis in Ramstein, steuern die USA seit inzwischen 15 Jahren illegale Tötungen durch bewaffnete Drohnen in aller Welt. Die BRD weigert sich, dies zu unterbinden, und konnte weder durch niedrigere Instanzen noch jetzt durch das BVerfG dazu gebracht werden. Die Richter*innen begründeten die Grundgesetzkonformität dieser Proxy-Morde

damit, dass nicht festgestellt werden konnte, dass „die USA in dem nicht internationalen Konflikt im Jemen unvertretbare Kriterien zur Abgrenzung legitimer militärischer Ziele von geschützten Zivilpersonen anwenden“.

Parlament gegen „Verfassungsfeinde“ – „Verfassungsschutz“ gegen Parlament

Noch 2022 hatte die Hamburgische Bürgerschaft die Umsetzung des Radikalenerlasses von 1972 ausdrücklich bedauert und sich bei den Betroffenen entschuldigt. (Na gut, zumindest bei den „zu Unrecht“ Betroffenen.) Jetzt will ebendieses Parlament einen neuen Radikalenerlass beschließen, um Bewerber*innen für den öffentlichen Dienst (und auch immer wieder bereits Angestellte) auf ihre „Verfassungstreue“ prüfen zu lassen. Trotz des Einsatzes von KI zur Überwachung von Social-Media-Aktivitäten müsse man sich „diesmal“ aber keine Sorgen machen,

ließ der Innensenator verlauten. Der innenpolitische Sprecher der Hamburger Linkenfraktion sorgt sich trotzdem – und warnte per Pressemitteilung unter anderem vor Gesinnungsschnüffelei durch einen Inlandsgeheimdienst, „der sich demokratischer Kontrolle weitgehend entzieht und durch Vertuschung, V-Leute-Skandale und immer wieder auch durch den Schutz rechter Netzwerke aufgefallen ist“. Der sogenannte Verfassungsschutz forderte daraufhin von dem Abgeordneten eine Unterlassungserklärung und droht andernfalls mit einem gerichtlichen Verfahren. Der Geheimdienst, dessen Netzwerk von V-Leuten in der NPD (wo es letztlich zum Scheitern des Verbotsverfahrens führte) oder im NSU-Komplex offiziell ist, will Angehörigen des Parlaments verbieten lassen, an diesen „Schutz rechter Netzwerke“ zu erinnern. Aber sicherlich ist auch die Tatsache, dass der geheime Teil der Exekutive selbst der Legislative den Mund verbieten will, kein Grund zur Sorge ...

Fundstück des Monats

„Info der Demo-Sanis“

Vorstand des Hans-Litten-Archivs

In einer noch nicht detailliert er-schlossenen Sammlung von Publikati-onen und Unterlagen der Roten Hilfe Ortsgruppe Kiel aus den 1980er-Jah-ren befindet sich auch ein Flugblatt von Demo-Sanitäter*innen: Das dop-pelseitig kopierte und illustrierte Din A4-Blatt, das den handschriftlichen Zusatz „(Rhein-Main)“ trägt, listet zentrale Tipps zum Schutz vor Tränengas und zum Umgang mit den Folgen von Polizeigewalt auf. Anlass war der vermehrte Einsatz von Tränengas bei Demonstrationen und politischen Großversammlungen, der in den spä-ten 1970er-Jahren begonnen hatte.

■ Es wurde verfasst, nachdem die Polizei – nach früheren CN-Gas-Einsätzen – am 31. März 1986 bei den Protesten gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf erstmals auch CS-Gas eingesetzt hatte – mit tödlichen Folgen für einen Aktivisten, der an Asthma litt. Eine handschriftliche Notiz zu einem Termin am 2. Juli 1986 lässt eine Datierung des Flugblatts auf spätestens Juni zu. Auf eine presserechtliche Verantwortlichkeit wurde ebenso verzichtet wie auf eine Kontaktadresse oder eine klare Angabe der verfassenden Sanitäter*innen.

Die selbstorganisierten Demo-Sanitäter*innen waren oft eng mit der Roten Hilfe und anderen Antirepressionsstrukturen vernetzt. In den 1970er-Jahren stellten Rote-Hilfe-Gruppen sogar vereinzelt Sanitäter*innen bei politischen Aktionen. Auch hier führt das Flugblatt nach allgemeinen Informationen zu Demo-Sanitäter*innen einige einschlägige Rechtshilfe-Hinweise auf: „Selbstverständ-lich dabeihaben sollte jede/r: - Aus-

weis, ggf. Kfz.-Papiere - Telefon-Nr. des Ermittlungsausschusses bzw. eines Anwaltes“.

Trotzdem stehen auch schon auf der Vorderseite Schutzmöglichkeiten vor Tränengas im Mittelpunkt, bevor ein Absatz auf Kopfverletzungen durch Polizeigewalt eingeht und Symptome einer Gehirner-schütterung benennt.

Die Rückseite widmet sich dann aus-schließlich den Folgen der Reizgase: „Schäden durch CN/CS Gas“ in verschie-denen Organen werden Maßnahmen zur „Soforthilfe“ gegenübergestellt. Ange-sichts der geschilderten schweren Sym-prome bei CS-Gas-Einsätzen empfehlen die Sanitäter*innen deutlich: „!!! In allen Fällen sofort aus der Gefahrenzone raus-gehen bzw. Betroffene rausbringen, zum Demo-Sani oder zur Sani-Basis !!!“ Den

Abschluss bilden Hinweise zu Spätfolgen und ärztlicher Behandlung.

Wie auf vielen Flugblätter der 1980er-Jahre lockern Karikaturen und andere Il-lustrationen, die wohl vor dem Kopieren im „Schnippellayout“ aufgeklebt wur-den, den Text auf. Außer dem Logo der Sanitäter*innen – einem Kreuz, dessen oberer Arm in eine Faust mündet – stellt die Vorderseite in mehreren comichaften Zeichnungen eine improvisierte medizi-nische Versorgung dar. Auf der Rückseite positionieren sich die Aktivist*innen über-raschend deutlich innerhalb der szenein-ternen Debatte um Militanz, indem unter drei verbundenen Köpfen in extrem großer Schrift steht: „Gewaltfrei war sein letztes Wort, dann trugen ihn die Sanis fort“. Da-mit sind die Verfasser*innen vermutlich in der autonomen Bewegung zu verorten. ♦



Im Kampf ehrlich dabei

Zwei Rote Hilfen feiern gemeinsam Weihnachten

Markus Mohr

In den 1970er Jahren brachten sowohl die KPD/AO (Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation) wie auch die KPD/ML (Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten) jeweils eine Rote Hilfe ihrer Partei hervor. Die Rote Hilfe e.V. (RH e.V.) der KPD/AO betrat im Spätsommer 1973 die Bühne der Politik, die KPD/ML zog ab Ende 1974 mit der Gründung ihrer Roten Hilfe Deutschland (RHD) nach. Dabei waren die Jahre 1973/74 von heftigen Fehden zwischen beiden maoistischen Organisationen gekennzeichnet. So vermerkte die OG München der RH e.V., dass ihre Mitarbeit im Solidaritätskomitee zur Einbürgerung des von Knast bedrohten Sascha Haschemi auch deshalb im „propagandistischen“ verblieben sei, weil ständig versucht worden sei, es „vollkommen der Linie der KPD/ML unterzuordnen.“ Man sei sogar aufgrund „der großen Widersprüche zur ML“ und in Anwesenheit einiger Angeklagter des Roten Anti-Kriegs-Tages „mit Fäusten aus der Gründungssitzung ihrer ‚RH‘ herausgeworfen“ worden. (Broschüre RH e.V. München, Rechenschaftsbericht, 1975)

■ Doch nun kam es im Verlaufe des Jahres 1975/76 zwischen der KPD/ML und der KPD/AO zu Bestrebungen, um möglicherweise zu einer Einheit zu gelangen. Nachlesen lässt sich das sowohl in den beiden Parteizeitungen Roter Morgen

(RM) als auch der Roten Fahne (RF) wie auch in den beiden jeweils monatlich vertriebenen Zeitungen der Roten Hilfe (RHZ/RHD und RHZ/e.V.) Noch kurz vor

Veranstaltung „gegen den sowjetischen Sozialimperialismus“ durchführte, überbrachte ein Vertreter des ZK der KPD/ML „herzliche, brüderliche Kampfesgrüße“



Vorwärts im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten in der bolschewistischen Partei des Proletariats

dem 1. Mai 1975 war es nach Gesprächen in Dortmund und Köln zu einer „gemeinsamen Erklärung des ZK der KPD/ML und des ZK der KPD“ gekommen. Darin wurde hervorgehoben, dass es nun „notwendig“ geworden sei „einen entschiedenen Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten zu führen“, da nur so „eine revolutionäre Einheitsfront der Arbeiterklasse gebildet werden“ könne. (Roter Morgen Nr. 17 v. 26.4.1975) Als im Mai 1975 getrennt reisende Delegationen beider Parteien der chinesischen KP in Peking ihre Aufwartung machten, wird es wohl der dringende Rat der chinesischen Genoss*innen gewesen sein, sich doch in BRD in Form einer Fusion zu einer einheitlichen kommunistischen Partei auf der Grundlage eines maoistischen Programms zu vereinigen. Als die KPD/AO Ende Juni in der Düsseldorfer Philipps-Halle mit mehreren tausend Leuten eine

verbunden mit der Bitte weiter Gespräche „mit dem Ziel der Herstellung der Einheit aller Marxisten-Leninisten in der bolschewistischen Partei des Proletariats“ zu führen. (Rote Fahne Nr. 26 v. 2.7.1975)

Parallel dazu waren die jeweiligen Roten Hilfen als Suborganisationen ihrer Parteien dazu angehalten, ebenfalls eine Kooperation beziehungsweise Zusammenarbeit anzupreisen. Hier machte die Zentrale Leitung der RHD mit einem teilweise in der eigenen Zeitung an die RH e.V. dokumentierten offenen Brief im November 1975 den Anfang. Unter Bezug auf die „alltäglichen Erfahrungen des Klassenkampfs“ durch die deutsche Arbeiterklasse gab sie dabei ihre Überzeugung kund, dass es „nicht zwei oder drei Rote Hilfen, sondern eine einheitliche Rote Hilfe“ geben müsse. Eben diese Rote Hilfe müsse überparteilich sein und dafür zitierte man eine Zeile

aus dem Lied „Roter Wedding“ von Ernst Busch: „Wir fragen nicht nach Verband und Partei, ist einer nur im Kampf ehrlich dabei.“ Die Waffe dazu sei „die Solidarität der Massen.“ Lange Rede, kurzer Sinn: An die RH e.V. gerichtet zeigte sich die Rote Hilfe Deutschlands „bereit offen und ehrlich an die Frage der Einheit heranzugehen und jegliches kleinbürgerliches Konkurrenzdenken über Bord zu werfen.“ Dabei räumte man ein, dass man in der Vergangenheit „die Widersprüche zwischen unseren beiden Organisationen nicht richtig behandelt“ habe. Fein. Und auch so zeigte man sich auch dazu bereit, „diese Fehler zu korrigieren“, um

tischer Bund Westdeutschland – „im Gewande des Kommunismus die Arbeiterklasse in die Hände des Todfeindes treiben.“ (RH e.V., Schreiben an die RHD v. 17.11.1975, Archiv Papiertiger) Gesagt, getan: Noch in der Dezember-Ausgabe erschien ein gemeinsamer Aufruf der RH e.V. und der RHD, in der die „Freiheit für alle politischen Gefangenen“ im Rahmen der Weihnachtshilfe eingefordert wurde. In dem Aufruf ist dabei die Rede von „über 100 politischen Gefangenen in den Gefängnissen der westdeutschen Imperialisten“ von denen dann am Ende durch die beiden Roten Hilfen aber nur acht namentlich benannt werden, darunter Horst

24.12.1975) Vorher war in West-Berlin eine gemeinsame Großveranstaltung von KPD/ML, ihrer RHD, der KPD/AO und der RH e.V. durchgeführt worden in der durch eine große Tombola Geld in die Kassen gespült wurde. Am Silvesterabend führten RHD und die RH e.V. vor dem Knast in München Stadelheim eine gemeinsame Kundgebung durch, die auf Begeisterung der Gefangenen gestoßen sein soll und auch die OG der RHD in Frankfurt berichtete von einer Mitte Januar 1976 zusammen mit der RH e.V. für den gefangenen Genossen Georg Schmidt Kundgebung vor dem Dieburger Gefängnis. (RHZ/ RHD Nr. 2 v. Febr. 1976)



ROTE HILFE

Zentralvorstand Februar 1976
5 Köln 30 Rothehausstr.1

Mitgliederrundbrief 1/76

- SELBSTKRITIK DES ZENTRALVORSTANDS
- EINSCHÄTZUNG DER RHD

nunmehr eine „sachliche Auseinandersetzung“ zu führen. (RHZ/RHD Nr. 8 v. Nov. 1975)

Die RH e.V. antwortete auf dieses Gesprächsangebot postwendend. Sie schlug auch gleich eine „Aktionseinheit“ zwischen beiden Organisationen mit dem Ziel vor, „Weihnachtshilfeaktionen für die politischen Gefangenen in diesem Jahr durchzuführen.“ Präzisierend führte sie dabei aus, dass es dabei vor allem darum gehe „Klassensolidarität mit den politischen Gefangenen zu üben, die sich selbst aktiv in die proletarische Solidaritätsfront stellen“ und hob dabei „Horst Mahler, die Antikriegstags-Gefangenen und die türkischen Patrioten in Köln“ hervor. Aber eben „diese Kraft der Klassensolidarität“ solle auch den Gefangenen deutlich gemacht werden, „die heute noch dem kleibürgerlichen Anarchismus (RAF, 2. Juni) anhängen“ oder – wie die Konkurrenzorganisation Kommunis-

Mahler. Man fordere auch die „Solidarität mit den politischen Gefangenen in der DDR“ ein, wie man „fest an der Seite des sozialistischen China und Albaniens“ stehe (RHZ/e.V. Nr. 10 v. Dez. 1975)

So kam es in der Weihnachtszeit an einigen Orten in der Bundesrepublik zu einer temporären Zusammenarbeit zwischen der RHD und der RH e.V. Mitte Dezember wurde von beiden Organisationen zu einer gemeinsamen Veranstaltung in die Kreuzberger Kneipe „Max und Moritz“ mobilisiert. Während die OG Kreuzberg der RHD den Akzent auf einen „Schritt vorwärts zur einheitlichen revolutionären Rote-Hilfe-Organisation!“ setzte, (Flugblatt v. 14.12.1975) proklamierte der Landesverband der RH e.V. Westberlin kurz: „Schafft Rote Hilfe!“ und rief zu einer „revolutionären Weihnachtshilfe“ auf. (FB v. 14.12.1975) Auch das mündete durch beide RH in einen gemeinsamen Aufruf zum Weihnachtsfest. (FB v.

Genoss*innen der RH e.V.: Trete ein in die RHD!

Im Nachhinein scheint diese Kooperation aus der Sicht des RH e.V. nicht ganz zufriedenstellend verlaufen sein: In mehreren Städten sei es zu Auseinandersetzungen gekommen, weil Genoss*innen der RHD sich der Durchführung der Aktionsseinheit in den Weg gestellt haben sollen, war in ihrer Organisationszeitung zu lesen: Hier habe „die Praxis gezeigt, daß nicht alle Genossen in der RHD von dem festen Wunsch nach Einheit getragen sind.“ Dabei wurde insbesondere das Vorgehen der RHD Berlin/Kreuzberg von der RH e.V. „verurteilt“. Denn dort sei versucht worden „unsere Ortsgruppe gegen den Landesvorstand und den Zentralvorstand zu mobilisieren, unter Umgehung des politisch ideologischen Kampfs.“ Mit der Bemerkung, „man solle sich nicht auf den Zentralismus berufen und bevormunden lassen“ sei von ihnen die Ortsgruppe dazu aufgefordert worden „als kollektives Mitglied in die RHD einzutreten.“ „Die Genossen, die diese Linie verfolgen, sind Spalter und Machtpolitiker!“ zeigte sich die RH e.V. überzeugt und rief dazu auf: „Vorwärts im prinzipienfesten offenen und ehrlichen Kampf um die eine Rote Hilfe!“ (RHZ/e.V. Nr. 1 v. Jan. 1976) Noch im gleichen Monat beantwortete die RHD in einem Abriss zu ihrer eigenen Geschichte die von ihr aufgeworfene Frage: „Warum gibt es aber heute neben der RHD noch eine Rote Hilfe, die RH e.V.?“ dahingehend, dass es doch die RH e.V. gewesen sei, die „die Spaltung der Rote Hilfe Bewegung“ im Herbst 1973 herbeigeführt habe. (RHZ/RHD Nr. 1 v. Jan. 1976) Quasi im Sinne einer Bestätigung der von der RH e.V. gegen die RHD er-

hobenen Vorwürfe der Spalterei, reichte die RHD die Information nach, dass „verschiedene Genossen der Roten Hilfe e.V. [...] sich mit Briefen an die RHD gewandt [hätten], in denen sie berichten, welche Widersprüche sie zur Arbeit der RH e.V. haben.“ Dabei wurde aus einem Brief eines ungenannten Genossen aus der RH e.V. an die RHD zitiert, in der dieser unter anderem bekundete wegen der „schädlichen Haltung der RH e.V. zu den politischen Gefangenen der RAF und an der Art wie die RH e.V. die Kampagne zur Freilassung Horst Mahlers im Oktober (1975) geführt hat“ zur RHD übergetreten zu sein. (RHZ/RHD Nr. 2 v. Febr. 1976)

Die RH e.V. hielt es für angezeigt in einem umfangreichen Mitgliederrundbrief eine erneute „Einschätzung“ der RHD vorzunehmen. Mit Blick auf ihre eigene Gründungsgeschichte bescheinigte sie sich zunächst, dass sie und nicht die RHD es gewesen sei, „die im harten ideologischen Kampf gegen den kleinbürgerlichen Revolutionarismus und Anarchismus entstanden“ sei. Dabei fokussierte sie in der Darstellung der „Differenzen der Roten Hilfe und der RHD“ wesentlich auf das Verhältnis beider Organisationen zur RAF. Seitens der RHD sei „unter ideologischem Kampf die ‚Zerschlagung‘ unserer Organisation und die bedingungslose Unterstützung der RAF“ verstanden worden. Die RHD verstehe dabei die „von RAF angewandte Gewalt [als] eine ‚revolutionäre Gewalt‘, weil sie sich gegen die Bourgeoisie richtet“. Die RH e.V. betrachte aber gerade „die Politik gegenüber der RAF“ durch die RHD als „eine weitere Desorientierung und Irreführung der Arbeiterklasse“ die „den Revisionisten gute Dienste“ leiste. Seitens der RHD werde aber nun die RH e.V. gerade deshalb als revisionistisch eingeschätzt, „weil sie die Gewalt der RAF nicht als revolutionär einschätzt.“ Als eine weitere Differenz zwischen der RH e.V. und der RHD wurde die Einschätzung des „Kampfes um die Verteidigung der demokratischen Rechte des Volkes“ benannt. Die RHD stelle diesen Kampf „der revolutionären Gewalt gegenüber mit dem Ergebnis, dass es legalistisch sei, diesen Kampf überhaupt zu führen.“ Dagegen machte die RH e.V. geltend, dass eben dieser Kampf „nicht schematisch der

revolutionären Gewalt gegenübergestellt werden“ dürfe, sondern „als Mobilisierung und Heranführung der Massen zum Sturz des kapitalistischen Systems“ verstanden werden müsse. (RH e.V., Mitgliederrundbrief 1/1976)

In einem etwas kleinteiligeren Sinne beschwerte sich die RHD wiederherum darüber, dass seitens der RH e.V. in Dortmund von einem Treffen Genoss*innen ausgeschlossen worden seien, „wenn sie Positionen und Programm der RHD für richtig halten.“ Die RHD zeigte sich hier davon überzeugt, dass ein solches Vorgehen „dem Kampf um die Einheit der Roten Hilfe“ schade. (RHZ/RHD Nr. 3 v. März 1976)

Ecke Venloer Str./Ecke Ehrenfeldgürtel an der Pommesbude

Vermutlich am 29. Februar 1976 kam es in Köln um 18.00 Uhr an der „Venloer Str./Ecke Ehrenfeldgürtel“ an der „Pommesbude“ zu einem Treffen von Vertreter*innen der RH e.V. und der RHD (RH e.V.-Schreiben v. 15.2.1976, Archiv Papiertiger). Ob es dazu ein Protokoll gegeben hat, ist unbekannt. Jedenfalls wurde das Ergebnis des Treffens in einem Kurzbericht seitens der RH e.V. wie folgt vermerkt: „Unser fester Wille war, Gespräche mit dem Ziel der Vereinigung der Roten Hilfe und der RHD auf gleichberechtigter Grundlage aufzunehmen, um eine starke Solidaritätsorganisation des Proletariats in ganz Deutschland zu erreichen. Die Genossen der RHD lehnten eine Vereinigung unserer Organisationen ab. Und weigerten sich damit allen Opportunisten eine klare Absage zu erteilen, die nicht die Einheit, sondern die Auflösung der einen in der anderen Organisation wollen.“ Zugleich wurde erklärt, dass man „den Kampf um eine politisch und ideologisch geeinte Rote Hilfe prinzipienfest, offen und ehrlich fortsetzen!“ werde. (RHZ/RH e.V. Nr. 3 v. März 1976) Demgegenüber beklagte sich die RHD in ihrer Reaktion darauf, dass auf dem besagten Treffen „gemeinsam“ eine Erklärung verabschiedet worden sei, in der man den „Willen“ bekräftigt habe, „eine starke Solidaritätsorganisation des Proletariats und der Werktätigen in ganz Deutschland zu errichten.“ Doch eben diese Erklärung habe die RH e.V. „ein paar Tage später

wieder zurückgezogen“. (RHZ/RHD Nr. 4 v. April 1976)

In einem von der Zentralen Leitung der RHD an die Organisation versendeten Rundbrief wurde festgestellt, dass es auch nach zwei Gesprächen „auf zentraler Ebene“ in den „entscheidenden Fragen keine Fortschritte erzielt“ werden konnten: „Die RH e.V. fordert weiterhin ultimativ, daß das Ziel nicht die ‚Einheit in einer Roten Hilfe‘ ist, sondern die ‚Vereinigung beider Organisationen auf gleichberechtigter Basis‘.“ Von der RH e.V. sei es abgelehnt worden über das Programm der RHD zu diskutieren, mit dem Argument, „nicht das Programm, sondern die praktische Politik“ sei entscheidend. Demgegenüber beanspruchte aber nun die Zentrale Leitung, dass sie eben ihre Praxis doch genau „auf der Grundlage des richtigen Programmes der RHD“ betreibe. Und das im Unterschied zur RH e.V., die „in ihren bisherigen Programmen keine richtigen Grundlagen für die Rote Hilfe Arbeit gelegt“ habe. Gerade deshalb agiere sie ja auch völlig frei von jedweden „opportunistischen Schwankungen“. Und so weiter und sofort. (Zentrale Leitung, Zum Kampf um die Einheit der Roten Hilfe, in: HLA-Sammlung RHD, OG Kiel)

Jedenfalls kam es im Laufe des Jahres 1976 – zumindest, wenn man der Lektüre beider RHZ Glauben schenken will – nicht mehr zu den zuvor doch immer mal wieder angemahnten „offen und ehrlich“ geführten Gesprächen beider Organisationen. Wie das immer so ist mit dem Anspruch auf Offenheit und Ehrlichkeit: Leicht gesagt, schnell auf das Papier gemalt und überhaupt: Wer wollte prinzipiell einen Einwand dagegen formulieren, die „Widersprüche zwischen beiden Organisationen“ stets richtig zu behandeln? Und doch reichten die während des Festes der Liebe Weihnachten 1975 gemachten gemeinsamen Erfahrungen nicht hin eben das – umgangssprachlich formuliert – auf die Reihe zu bekommen. Jedenfalls herrschte danach zwischen Roten Hilfen in gewisser Weise bis zum Februar / März 1977 Funkstille. Dann kam es im Zusammenhang mit einem Strafprozess in West-Berlin zur Solidarität mit dem von der Polizei zu Tode gebrachten Günther Routhier zu einem harten Zusammenstoß. Dazu mehr in der RHZ Nr. 1 / 2026. ♦



„Denkt an die Opfer der braunen Mordpest. Helft den politischen Gefangenen“

Die Rote Hilfe Deutschlands in Köln in der Illegalität ab 1933

Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

In Köln und im gesamten Bezirk Mittelrhein wurde die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) im Frühjahr 1933 durch den NS-Terror und das Verbot im März hart getroffen. Über viele Monate mussten sich die AktivistInnen vor allem auf lokale Direkthilfe für Verfolgte im eigenen Umfeld beschränken. Zum Jahresende hin stabilisierten sich die illegalen Solidaritätsstrukturen und leisteten für einige Zeit gut vernetzte Unterstützungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

■ Bereits die ersten Massenverhaftungen, die unmittelbar nach dem von den Nazis inszenierten Reichstagsbrand in der Nacht zum 28. Februar 1933 begannen und sich hauptsächlich gegen KommunistInnen richteten, schlugen breite Lücken in die RHD. Allein im März wurden im Regierungsbezirk Köln rund 1.000 FunktionärInnen und BasisaktivistInnen verhaftet und in die Folterkeller der SA, in das überfüllte Gefängnis Klingelpütz und später in das neue KZ Brauweiler verschleppt. Die Nazis durchsuchten zahllose Büros und Wohnungen, beschlagnahmten die Infrastruktur ebenso wie interne Unterlagen und verhörten und misshandelten die Betroffenen. Die wenigen Sicherheitsvorkehrungen, die die RHD in den Monaten zuvor getroffen hatte, waren dadurch schnell zunichte gemacht, die Solidaritätsorganisation selbst war extrem geschwächt und in Teilen zerschlagen – ebenso wie andere KPD-nahe Zusammenhänge.

Die KPD berichtete über die katastrophale Lage der Partei im Bezirk, dass

bis April 1933 „bereits drei Garnituren von Oberinstruktoren (...) durch die Verhaftungen verloren“ gegangen waren; vor allem die Ortsgruppe Köln wurde „durch Massenverhaftung von Funktionären und Mitgliedern ganz entblößt“ (zit. nach Detlev Peukert, Die KPD im Widerstand, S. 102). Gleiches galt für die Rote Hilfe, die durch die anhaltenden Repressionsschläge zunächst kaum handlungsfähig war.

Organisierung unter erschwerten Bedingungen

Im Juli verschärfte sich die Situation, als durch einen Gestapospitzel innerhalb von zwei Wochen rund 400 KommunistInnen verhaftet wurden. „Im Bezirk Mittelrhein ist gleichfalls die RH-Arbeit nicht vom Fleck gekommen. Vor 14 Tagen wurde der neue RH-Sekretär P. bei einem Treff mit dem Orgsekretär (Organisationssekretär; Anm. S. M.) der Partei, Genosse K., auf der Strasse verhaftet, trotzdem die Genossen gewarnt waren, an dieser Stelle Treffs zu organisieren“ (SAPMO-BArch RY I 4/427 Bl. 8), schrieb ein Instrukteur – möglicherweise bereits Fritz Grünberg – im Sommer 1933 an den im Untergrund tätigen RHD-Zentralvorstand (ZV) in Berlin. Es erwies sich als schwierig, einen Nachfolger für den hier erwähnten Isidor Piontek, der erst Wochen zuvor den Rote-Hilfe-Bezirk übernommen hatte und bis dahin in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) im Ruhrgebiet tätig gewesen war, zu finden: Mehrere weitere Rote HelferInnen, die bereits als mögliche LeiterInnen für Mittelrhein im Gespräch gewesen waren, fielen ebenfalls den Nazis in die Hände, weshalb organisationsintern überlegt wurde, ExlfunktionärInnen für diese Aufgabe zurück ins Land zu holen.

In dieser Phase beschränkte sich die Solidaritätsarbeit in Köln hauptsächlich auf Kassierung und Spendensammlungen an der Basis. Die Roten HelferInnen, die ohne Verbindung zu höheren Ebenen die Abläufe neu strukturieren mussten, konnten auf diese Art zumindest die Familien der Gefangenen in ihrem Umfeld materiell unterstützen. Allerdings fiel es vielen lokalen Kleingruppen schwer, sich an die Bedingungen der Illegalität zu gewöhnen, und Unvorsichtigkeit und Unerfahrenheit führten immer wieder zu Verhaftungen.

Der RHD-Zentralvorstand beauftragte den Instrukteur Grünberg damit, die westlichen Bezirke zu unterstützen und möglichst handlungsfähig zu machen. Dieser war deshalb ab Herbst 1933 regelmäßig in der Region zu Besuch, hatte aber Schwierigkeiten beim Neuaufbau und musste mehrere Rückschläge hinnehmen. Besonders verheerend war die großflächige Verhaftungswelle im September 1933 gewesen, die erneut auch die Rote Hilfe getroffen hatte, wie der ZV Mitte November notierte: „Durch den Spitzel Schlelein (...) sind die Leitungen im Ruhrgebiet, Nieder- und Mittelrhein Anfang September hochgeflogen, auch die Leitungen der P. (d. i. Partei, also KPD; Anm. S. M.) wurden durch diesen Verräter verhaftet. Wir haben seit zwei Monaten einen Instrukteur im Gebiet (...). Am 1.11. berichtet er vom Bez. Mittelrhein: „Hier ist so gut wie alles kaputt. Die Leitung der RH. und die letzte Leitung der P. sind verhaftet worden“ (SAPMO-BArch RY I 4/427 Bl. 30). Zwar waren einige Stadtteilorganisationen intakt geblieben, aber es entpuppte sich als gewaltige Herausforderung, die Kontakte zu den klandestin arbeitenden Strukturen wiederherzustellen, weshalb Grünberg nur sehr langsam Erfolge verzeichnen konnte.

Daneben gab es starke Konflikte mit der KPD. Zum einen mischte sich die Partei massiv bei Personalfragen ein und hatte einen ihr unbequemen Rote-Hilfe-Leiter durch einen KPD-Funktionär ersetzen lassen. Weil dieser allerdings in der RHD-Basis kein Vertrauen genoss, hemmte das die Arbeit. Zum anderen er hob die Bezirksleitung (BL) der KPD Anspruch auf gesammelte Spenden für die politischen Gefangenen: „Die BL der P. betrachtet die RH anscheinend als eine Unterabteilung der BL Kasse“ (SAPMO-BArch RY I 4/4/27 Bl. 55), schrieb der Instrukteur am 18. November 1933 sichtlich aufgebracht und kritisierte diese „ich möchte sagen Liquidierungstendenzen“ (ebd.) gegenüber der Solidaritätsorganisation. Es war eine zweistündige Aussprache nötig, in der die KPD-Spitze die Selbstständigkeit der RHD anerkannte und die Trennung sowie Absprachen zwischen den beiden Widerstandsstrukturen detailliert festgelegt wurden.

Öffentlichkeitsarbeit

Insgesamt war die RHD Mittelrhein noch Ende 1933 nur in Teilen arbeitsfähig, auch wenn die dezentrale Unterstützung in den Stadtteilen weiterging. Vor allem gab es kaum Öffentlichkeitsarbeit zum NS-Terror, nicht einmal zu besonders schweren Fällen, die in der Bevölkerung für Empörung sorgten. So brachten die Roten HelferInnen nicht einmal Flugblätter heraus, nachdem am 30. November 1933 sechs Kommunisten im Gefängnis Klingelpütz hingerichtet worden waren, was überregional Protestaktionen auslöste. Die Antifaschisten waren des Mordes an zwei SA-Männern im Februar 1933 beschuldigt und im Juli zum Tode verurteilt worden. Frustriert vermerkte der Instrukteursbericht, dass die technischen Voraussetzungen wie etwa Vervielfältigungsapparate

dünn gesät waren. Zudem herrschte in der Kölner RHD Angst vor verschärfter Repression, die allzu oft durch Veröffentlichungen ausgelöst wurde – genau wie in der KPD, die ebenfalls keine Publikationen verteilte. Sogar als Grünberg selbst einen Text verfasste, führten diese beiden Faktoren – Technikprobleme und Angst –

Biger Austausch, beispielsweise mit Aachen. Allerdings überließen die lokalen Rote-Hilfe-Strukturen der Bezirkskasse kaum Gelder aus ihren Sammlungen und Mitgliedsbeiträgen, sondern verwendeten die Einnahmen fast restlos für die Unterstützung vor Ort.

Deutliche Fortschritte machte im

Frühjahr auch die Öffentlichkeitsarbeit. Bereits auf die Hinrichtung von drei Gerresheimer Kommunisten am 27. März 1934 in Düsseldorf hatte auch die RHD im Nachbarbezirk Mittelrhein mit Protestparolen an Hauswänden und Flugblattaktionen reagiert. Noch sehr viel tatkräftiger setzten die Roten HelferInnen die reichsweite Postkarten-Kampagne um, die zum Geburtstag des inhaftierten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann am 16. April ausgerufen wurde. Laut einem ZV-Bericht von Sommer

1933 verzeichnete allein die Oberpostdirektion Köln 12.000 Solidaritätskarten an den prominenten politischen Gefangenen, was auf die gemeinsame Initiative von RHD, KPD und weiteren Organisationen zurückging. Die erfolgreiche Kampagne wurde sowohl am Mittelrhein als auch in den Nachbarbezirken mit weiteren Thälmann-Postkarten zum 1. Mai fortgesetzt.

Mit „Die Rote Hilfe. Kampforgan der RH Bez. Mittelrhein“ brachte die Bezirksleitung sogar eine mehrseitige Zeitung heraus.



15 Pf.



CARL VON OSSIEZKY
der pacifistische Schriftsteller und
Freund der Roten Hilfe, der seit
fast zwei Jahren von einem Kon-
zentrationslager ins andere ge-
schoben wird, wurde zum Nobell-
Friedenspreis vorgeschlagen

Offener Brief der Roten Hilfe

an den Vorstand der SPD. in Prag

Einheitlicher Kampf, einheitliche Hilfe für alle Opfer des faschistischen Terrors

Die Erkenntnis, dass allein die gewaltige Kraft der arbeitenden Arbeiterschicht den Faschismus schlagen und den Sozialismus aufbauen kann, ist heute in allen Herzen und Hirnen der deutschen Arbeiterschaft verankert. An der voraus Front des gleichzeitigen Befreiungskampfes gegen das blutbefleckte System der faschistischen Volkskampfverbündeten, gegen alle reaktionären kommunistischen, sozialdemokratischen, katholischen, christlichen u. parteilosen Arbeiter Schäfer am Schäfer für ein freies Deutschland. Schon seit vielen Jahren arbeiten die Roten HelferInnen der Rote Hilfe Deutschlands viele tausende von Sozialdemokraten und GewerkschafterInnen als unermüdliche Rote HelferInnen Erfüllung der überparteilichen Solidaritätskampfverbündeten im Kampf des faschistischen Terrors ohne Unterschied der Partei und der Konfession. In den letzten Jahren des illegalen Kampfes gegen die Zensur und die Rechtlichkeit erhöht. Heute leben bereits in verschiedenen Bezirken der Roten Hilfe sozialdemokratische Funktionäre, das einheitliche Hilfswerk für die politischen Gefangenen sowie ihre Angehörigen und organisierten den Befreiungskampf für die Opfer des Hitler-Terrors. Die gewaltigen internationales Befreiungskampfverbündeten für Antifaschismus, Toleranz, Mordfreiheit und Osteintz wurden und werden von der überwindlichen Kraft vieler Millionen sozialdemokratischer, kommunistischer und parteiloser Arbeiter getragen.

Aber noch gewaltige Aufgaben sind zu lösen. Denn in

Deutschland geht in den Gefängnissen und den Konzentrationslagern der Tod in seiner schrecklichsten Gestalt um. In den Todeszellen, Zuchthäusern und Gefängnissen schmachten die Verhafteten von Anfang an, dass sie Angehörige in kalten Stuben und zustielten Lässen hängen und frieren. Ihnen allen zu helfen, den Kampf für ihre Befreiung auf die Befreiung zu führen zu führen, veranlasst die gesamte Solidaritätskampfverbündete Werkstatt. Aus dieser Erkenntnis heraus richtet der Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands nachdrücklich diesen Brief an den Vorstand der SPD. in Prag, dessen einheitliche Kampfvorschläge alle Einhei-

ten der Roten Hilfe mit den fröhlichen Gruppen der SPD, sozialdemokratischen Vereinigungen und besten Solidaritätskarten die Tat umsetzen müssen.

Werte Genossen!
Der blödeste Terror in Deutschland ist nicht gegen alle Schichten der Bevölkerung ohne Unterschied der Partei und Weltanschauung, gegen alle, die nicht bedingungslos das faschistische System unterstützen. Kommunisten, sozialdemokratischen, Denkern, PazifistInnen, Juden und Christen werden willentlich in die Konzentrationslager gesteckt, von den faschistischen Mächten vertrieben in die anderen Staaten vertrieben, in unendlichem Gefangenstzen, zu Tode gequält, aus der Flucht erschossen oder von den Schärfirichten durch das Beuerbeil auf die Hintergrund. Ein Massenprozess, jags den anderen. Gerade in den letzten Tagen wurden wieder Hunderte von KPD-, SAP- und SPD-Anhängern zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt. Diese Tode verurteilte Antifaschisten sitzen in ihren Todeszellen und warten auf die solidarische Hilfe der Antifaschistischen Kampfverbündeten. Et Antifaschisten wurden bereits eingeschlechst.

Die Familien der antifaschistischen Gefangenen sind zum großen Teil in äußerster Not ausgesetzt. Ihre Ersparnisse herab, ohne staatliche oder kommunale Unterstützung sind sie dem Elend preisgegeben. Die Lage der Gefangenen selbst ist unglaublich schrecklich. Für alle die unerschrockenen Kämpfer und ihre Angehörigen ist

dazu, dass das Flugblatt nicht erscheinen konnte.

Wenig später zeichnete sich eine merkliche Besserung ab: Ab Anfang 1934 konstituierte sich ein stabileres Gremium, das die Tätigkeit des überforderten RHD-Bezirksleiters auf mehr Schultern verteilte. Endlich gelang es, in immer mehr Stadtteile dauerhaft Kontakt zu halten, und auch mit mehreren Rote-Hilfe-Ortsgruppen im Bezirk bestand regelmäß-

Eine Schwäche des Blatts war allerdings, dass sie den parteiübergreifenden Ansatz der RHD und den Fokus auf die Antirepressionsarbeit deutlich ignorierte und zugleich für die KPD warb: „Hinein in die rote Hilfe. Unterstützt sie in ihrem heldenhaften Kampfe gegen die Unterdrücker der Menschheit. Spendet für den Unterstützungsfoonds. Denkt an die Opfer der braunen Mordpest. Helft den Hinterbliebenen der Ermordeten. Helft den



politischen Gefangenen. (...) Kaempft mit der K.P.D. fuer ein Sowjetdeutschland, den wahren Arbeiterstaat“ (Studienkreis deutscher Widerstand, AN 177).

Im Sommer 1934 hatten sich die Strukturen trotz wiederholter Rückschläge gefestigt. Der Zentralvorstand zählte Köln neben Berlin, Hamburg und Frankfurt zu denjenigen vorbildlichen Bezirksleitungen, die aus vier bzw. fünf Mitgliedern bestanden und somit die Aufgaben gut abdecken konnten.

Erneute Verhaftungen

Wenig später musste die Organisation aber erneut schwere Schläge hinnehmen. Eine Reihe engagierter Roter HelferInnen wurde verhaftet, darunter auch führende AktivistInnen wie der Instrukteur, und die überregionalen Verbindungen rissen ab. Im Januar 1935 vermerkte der ZV zu den Bezirken Ruhr sowie Mittel- und Niederrhein: „Es besteht keine Verbindung, aber wir haben Mitteilung über die Freunde (d. i. KPD; Anm. S. M.), dass in verschiedenen Orten noch RH-Gruppen bestehen und dass auch gearbeitet wird. (...) Früher war dort Oberinstrukteur Grünberg, der ebenfalls durch Marga hochging“ (SAPMO-BArch RY I 4/4/27 Bl. 120f). Tatsächlich hatte die Instrukteurin Hertha Huhn, die unter dem Decknamen „Marga“ kurzzeitig den Bezirk Niedersachsen betreute, eine fragwürdige Rolle gespielt, als sie am 19. Mai 1934 verhaftet wurde und dann wieder freikam. Ob sie tatsächlich – wie der Zentralvorstand vermutete – Spitzeldienste für die Gestapo leistete oder ob anschließende Verhaftungen in verschiedenen Regionen andere Ursachen hatten, bleibt unklar.

Weitere Verluste folgten im zweiten Halbjahr 1934, darunter eine Verhaftungswelle gegen Widerstandsnetzwerke, in denen sich verschiedene KPD-nahe Strukturen überschnitten. Im Großprozess vor dem Oberlandesgericht Hamm gegen Wilhelm Steinhage u. a. stammten 68 der 76 Angeklagten aus Köln, wobei die Vorwürfe teils die Rote Hilfe, teils die KPD, die RGO oder den Kommunistischen Jugendverband betrafen. In vielen Fällen hatten die AntifaschistInnen für mehrere dieser Organisationen Beiträge bezahlt und illegale Druckschriften verbreitet. Durch die hohen Haftstrafen am

1. Juli 1935 wurde die RHD in mehreren Stadtteilen dauerhaft geschwächt oder faktisch handlungsunfähig.

Nach Grünbergs Verhaftung betreute vor allem die RHD-Grenzstelle in Amsterdam die westlichen Bezirke und entlastete dadurch den illegalen Zentralvorstand in Berlin, der selbst durch wiederholte Repression beeinträchtigt war. Bereits 1933 hatte die Rote Hilfe Deutschlands die niederländische Grenzstelle in Betrieb genommen und dort unter Leitung von Friedel Baruch EmigrantInnen unterstützt. Außerdem organisierte dieses Exilbüro Druck und Schmuggel von RHD-Literatur und übermittelte den klandestinen Solidaritätsgruppen im Reichsgebiet Spenden, die die internationale ArbeiterInnenbewegung gesammelt hatte. Dabei arbeiteten die deutschen Exilstrukturen eng mit der Schwesterorganisation Rote Hilfe zusammen.

RHD Grenzstelle

Über die vielfältige Tätigkeit der RHD-Grenzstelle schrieb der Zentralvorstand Mitte Januar 1935: „In Holland haben wir einen sehr guten Genossen (Georg). (...) Von dort aus wird auch die Ruhr, Mittel- und Niederrhein mit Material beliefert (...). Zuletzt gingen 1.200 Tribunale und 500 Broschüren (Kalender) von Amsterdam aus in die westlichen Bezirke.“ (SAPMO-BArch RY I 4/4/27 Bl. 124). Außerdem hatte „Georg“ ein neues Vertriebssystem für das RHD-Zentralorgan *Tribunal* ausgearbeitet: Hunderte niederländische AbonnentInnen bezahlten pro Ausgabe den stattlichen Solidaritätspreis von einem Gulden, womit organisationsinterne Abläufe – etwa der Lebensunterhalt der illegal lebenden FunktionärInnen – finanziert wurden. Auf diese Art konnte die RHD den Großteil der übrigen eingehenden Spenden für die Unterstützungszahlungen an die Angehörigen der politischen Gefangenen verwenden. Ein weiteres erfolgreiches Projekt waren PatInnenschaften, die solidarische NiederländerInnen für einzelne Gefangene übernahmen und in diesem Rahmen regelmäßig Päckchen an deren Familien schickten. Zu diesem Zweck vermittelte auch die RHD Köln den Kontakt zu den Hinterbliebenen hingerichteter WiderstandskämpferInnen.

Den persönlichen Kontakt hielt vor allem der Instrukteur „Otto“ (Paul Papke), der Ende 1934 als Nachfolger Grünbergs tätig wurde. Mehrfach besuchte er die RHD Köln und organisierte für April 1935 ein Treffen der westlichen Bezirksleitungen im Grenzgebiet. Allerdings konnte „Otto“ nur spärliche Erfolge aufweisen, weil die wiederholten Verhaftungswellen die Rote Hilfe ausgedünnt hatten und die FunktionärInnen nur wenige Kontakte in die Basisgruppen hatten.

Schnell stellte das Exilbüro fest, dass die Kölner RHD-Spitze den Anforderungen nicht gerecht wurde, und suchte nach neuen FunktionärInnen. Als weitere Schwierigkeit benannte „Georg“ die mangelhafte Unterstützung durch die KPD: „Er beschwert sich im Übrigen bitter, dass alle Besprechungen mit den Parteifreunden bis jetzt kaum zu einem Resultat geführt haben und alle Abmachungen und Versprechungen nicht eingehalten wurden“ (SAPMO-BArch RY I 4/4/27 Bl. 125), erwähnte der ZV im Januar 1935.

Auch in den folgenden Monaten beserte sich die Lage kaum. Anfang 1936 bemühte sich die Amsterdamer Grenzstelle darum, die Kontakte nach Köln wiederzubeleben. Konkret hoffte sie, die neue Solidaritätsbewegung an den Mittelrhein auszudehnen, die ausgehend von Wuppertal entstanden war. Nach den dortigen Massenverhaftungen gegen GewerkschafterInnen ab Januar 1935, gefolgt von Prozessen gegen Hunderte Angeklagte, hatten sich die Rote-Hilfe-Aktivitäten in Wuppertal und in anderen Städten des Bezirks Niederrhein verstärkt. In geringem Maße strahlte das auch in die benachbarten Regionen aus, was die Reichsleitung gezielt verstärken wollte. Allerdings blieben die Erfolge am Mittelrhein gering, und es gelang nicht mehr, eine überregional koordinierte Organisation mit stabiler Leitung aufzubauen. Offenbar beschränkten sich die RHD-Strukturen im Raum Köln ab Ende 1934 weitgehend auf lokale Spendensammlungen durch die einzelnen Basisgruppen, die vielfach ohne Kontakte zu höheren Leitungen arbeiteten. Diese Tätigkeit in dezentralen kleineren Netzwerken blieb aber häufig unentdeckt und wurde bis zur Befreiung vom NS-Faschismus fortgeführt. ♦

ROTE HILFE E. V. LITERATURVERTRIEB

Postfach 3706, 24036 Kiel
 Telefon & Fax 0431/75141
 Öffnungszeiten:
 Dienstag: 15–18 Uhr
 Donnerstag: 17–20 Uhr
 literaturvertrieb@rote-hilfe.de
 Fingerprint: B087 DCC7 BE59 78E6
 E412 19D4 C8E3 386C 76B9 52DA
 IBAN: DE62 4306 0967 4003 1186 01
 BIC: GENODEM1GLS

Die Rote Hilfe
 Bundesweites Quartalsmagazin der Rote Hilfe e.V.; regelmäßige Berichterstattung über die Rote Hilfe, Prozesse und Ermittlungen sowie Entwicklungen im Polizei- und Justizapparat. Aktuelle Schwerpunktthemen. 60–70 Seiten. DIN A4 2,- Euro (für Mitglieder kostenlos)

ANTIREPRESSION

Fliegendes Material der Roten Hilfe e.V.
 Infoflyer zu den Themen Anquatschversuche, Aussageverweigerung, Beugehaft, ED-Behandlung, Pfefferspray, Hausdurchsuchung, Strafbefehle, Selbstdarstellung der Roten Hilfe (auch auf engl.). Gegen Erstattung der Versandkosten.

Plakat „Checkliste Hausdurchsuchung“
 A3; „Wenn die Cops plötzlich vor der Wohnungstür stehen – keine Panik!“ Gegen Erstattung der Versandkosten.

Solidarität sichtbar machen!
 Plakate, Flyer und Sticker zur Kampagne gegen die Repression gegen kurdische Organisationen.

Teilnahme verboten
 G-20 Protest und der Prozess von Fabio V.
 Jamila Baroni. 2020 Unrast Verlag Paperback. 302 S. 18 Euro

Umgang mit DNA in der Praxis.
 Vermeidung, Zerstörung, Entnahme, Speicherung, Verwertung im Strafverfahren, vor Gericht und danach. Comic. Antirepressionsplattform Berlin/Rote Hilfe 2022. 32 Seiten, A5

Versammlungsfreiheit
Ein Praxisleitfaden
 Jasper Prigge. 2019. Felix Halle Verlag. Paperback, 172 S. 14,90 Euro

Was tun ... bei Ärger mit Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht?
 Flyer der Rote Hilfe e.V. und Azadi e.V.. 2020. A5; viersprachig: türkisch, arabisch, kurdisch, deutsch. Gegen Erstattung der Versandkosten.

Was tun wenn's brennt?
 -auf Demonstrationen; bei Übergriffen; bei Festnahmen; auf der Wache. Rechtshilfetipps. Rechtshilfeko-

Der vollständige Bestand des Literaturvertriebs ist online unter www.rote-hilfe.de/literaturvertrieb einsehbar.

BEWEGUNGEN UND REPRESSION

Auf der Spur
 Anne Reiche. 2018. Edition Cimarron. 271 S., Paperback, 15,00 Euro

Alltäglicher Ausnahmezustand
 Institutioneller Rassismus in deutschen Strafverfolgungsbehörden Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) (Hg.). 2016. edition assemblage. Paperback. 144 S., 9,80 Euro

★NEU Briefe aus dem Knast Kolumnen
 Thomas Meyer-Falk 1. Aufl. 2024. Drecksackdition 190 S., Paperback, 14,80 Euro

Christa Eckes, Hüseyin Çelebi, Briefwechsel April 1988 - Dezember 1989
 Edition Cimarron 2021 Paperback, 200 S., 12,00 Euro

Der Hunger des Staates nach Feinden
 Die Geschichte der Paragrafen 129, 129a u. 129b und ihre Anwendung gegen die radikale Linke. Rote Hilfe. 2009. Brosch. A4. 80 S. 3 Euro

★NEU Diese Nacht wird keine Kurze sein
 Zerocalcare 1. Aufl. 2024. letatlin Verlag 100 S., Paperback, 15,00 Euro



gefangenen info
 Aktuelle und vergangene Ausgaben. Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen (Hg.) Brosch. A4, ca. 34 S. 2 Euro

★NEU Gefangenschaft überwinden!
 Aufruf zu Waldverteidigung und Personalienverweigerung. Ella/ UP1 1. Aufl. 2025. Verlag Graswurzelrevolution 112 S., Paperback, 12,90 Euro

★NEU Haftantritt ausgesetzt – über Knast, Untertauchen und Solidarität
 Smily 3. überarb. Aufl. 2024. Verlag Immergrün 255 S., Paperback, 15,00 Euro

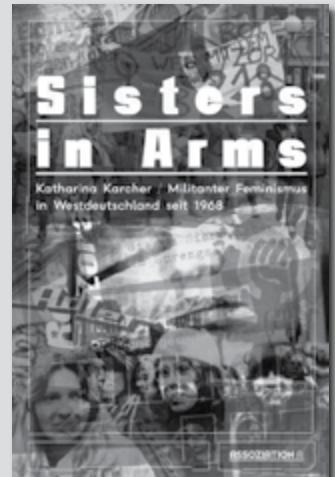
Halim Dener
 Gefoltert. Geflüchtet. Verboten. Erschossen. Fünf Jahre Kampagne für ein würdiges Gedenken an den von einem Polizisten erschossen Kurden – Geschichte, Reaktionen, Reflexionen, Perspektiven. Kampagne Halim Dener. 2020. Verlag Gegen den Strom. Paperback. 226 S. 10 Euro

Ingrid Schubert, Briefe aus dem Knast 1970-1977
 Edition Cimarron 2022 Paperback, 252 S., 12,00 Euro

Kritik der Polizei
 Daniel Loick (Hg.). 2018. Campus Verlag. 346 S., Paperback, 24,95 Euro

Reden vor Gericht
 Plädoyers in Text und Ton. Heinrich Hannover. 2010. PapyRossa. Einband. 276 S. 22 Euro

Sisters in Arms
 Militanter Feminismus in Westdeutschland seit 1968 Katharina Karcher. 2.Aufl. 2023. Assoziation A. 231 S., Paperback, 19,80 Euro



Unbedingte Solidarität
 Lea Susemichel/ Jens Kastner (Hg.). 2021. Unrast Verlag. 307 S., Paperback, 19,80 Euro

Vermessene Zeit
 Der Wecker, der Knast und ich. Ingrid Strobl. 2019. Edition Nautilus. 190 S., 18,00 Euro

BUNDESVORSTAND UND REDAKTION	Darmstadt Bunte Hilfe/Rote Hilfe e.V. c/o LinkTreff Georg Fröba Landgraf-Philipps-Anlage 32 64283 Darmstadt Telefon & Fax 06151/391 97 91 darmstadt@rote-hilfe.de	Hamburg Postfach 570307 22772 Hamburg hamburg@rote-hilfe.de http://hamburg.rote-hilfe.de Sprechzeit jeden Dienstag 19.30–20 Uhr	Lübeck c/o alternative e.V. Willy-Brandt-Allee 9 23554 Lübeck luebeck@rote-hilfe.de	Potsdam Hermann-Elflein-Str. 32 14467 Potsdam potsdam@rote-hilfe.de
Rote Hilfe e.V. Bundesgeschäftsstelle Postfach 3255 37022 Göttingen Telefon 0551 / 770 80 08 Dienstag und Donnerstag 15–20 Uhr, Fax 0551 / 770 80 09 bundesvorstand@rote-hilfe.de Fingerprint: 56BA 50D9 17EB 55F7 00B8 C4AE 8E07 407D B4EE 5F81 info@rote-hilfe.de rhz@rote-hilfe.de	Dortmund c/o Wahlkreisbüro Ulla Jelpke Schwanenstr. 30 44135 Dortmund dortmund@rote-hilfe.de http://bochum-dortmund.rote-hilfe.de	Hannover c/o UJZ Kornstraße Kornstraße 28 30167 Hannover hannover@rote-hilfe.de https://rotehilfehannover.systemausfall.org/	Magdeburg Friesenstraße 52 39108 Magdeburg magdeburg@rote-hilfe.de	Regensburg Postfach 11 02 17 93015 Regensburg regensburg@rote-hilfe.de
SPENDEN- UND BEITRAGSKONTO	Dresden Rudolf-Leonhard-Straße 39 01097 Dresden dresden@rote-hilfe.de http://rothilfedresden.noblogs.org Sprechzeiten: Dienstags 19–20 Uhr	Heidelberg/Mannheim Postfach 10 17 03 69007 Heidelberg heidelberg@rote-hilfe.de http://heidelberg.rote-hilfe.de	Mainz c/o Infoladen Ella Janecek, Zanggasse 21, 55116 Mainz mainz@rote-hilfe.de http://mainz.rote-hilfe.de/	Rostock rostock@rote-hilfe.de
ORTSGRUPPEN DER ROTEN HILFE e.V.	Düsseldorf-Neuss c/o Linkes Zentrum Hinterhof Corneliusstr. 108 40215 Düsseldorf duesseldorf-neuss@rote-hilfe.de http://rhduesseldorf.blogspot.de	Heilbronn c/o Infoladen Wollhausstraße 49 74072 Heilbronn heilbronn@rote-hilfe.de http://heilbronn.rote-hilfe.de Sprechzeiten jeden 1. Dienstag im Monat, 19–20 Uhr, Soziales Zentrum Käthe, Wollhausstr. 49	Marburg-Gießen c/o Cafe am Grün Am Grün 28 35037 Marburg marburg-giessen@rote-hilfe.de	Salzwedel c/o Autonomes Zentrum Altperverstr. 34 29410 Salzwedel salzwedel@rote-hilfe.de
Augsburg Kontakt über Bundesvorstand augsburg@rote-hilfe.de	Duisburg c/o Syntopia Mustermensch e.V. Gerokstr. 2 47053 Duisburg duisburg@rote-hilfe.de	Jena Postfach 10 02 51 07702 Jena Telefon 0 36 41/44 9304 jena@rote-hilfe.de http://jena.rote-hilfe.de	München Schwanthalerstraße 139 80339 München Telefon 0 89/448 96 38 muENCHEN@rote-hilfe.de https://rhmuc.noblogs.org/ Sprechzeit: Mittwochs 18–19 Uhr	Strausberg c/o doma e.V. An der Stadtmauer 7 15344 Strausberg strausberg@rote-hilfe.de
Berlin c/o Stadtteilladen Lunte Weisestraße 53 12049 Berlin berlin@rote-hilfe.de http://berlin.rote-hilfe.de	Erfurt c/o Offene Arbeit Erfurt Allerheiligenstr. 9 / Hinterhaus 99084 Erfurt Sprechstunde jeden 1. Donnerstag im Monat, 18:00–19:00 Uhr, in der Offenen Arbeit erfurt@rote-hilfe.de http://erfurt.rote-hilfe.de	Karlsruhe c/o Stadtteilladen Barrio 137 Luisenstr. 31 76137 Karlsruhe Sprechstunde: 3. Donnerstag im Monat um 18:30 Uhr	Nürnberg, Fürth, Erlangen Eberhardshofstr. 11 90249 Nürnberg nuernberg@rote-hilfe.de nuernberg.rote-hilfe.de Sprechzeiten: 2. und 4. Donnerstag im Monat, 19–20 Uhr Stadtteilladen „Schwarze Katze“ Untere Seitenstr. 1	Stuttgart Linkes Zentrum Lilo Herrmann Böblingerstr. 105 70199 Stuttgart stuttgart@rote-hilfe.de http://stuttgart.rote-hilfe.de Sprechstunde: Jeden ersten und dritten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Linken Zentrum Lilo Herrmann
Bielefeld c/o BI Bürgerwache e.V. Rolandstr. 16 33615 Bielefeld bielefeld@rote-hilfe.de http://bielefeld.rote-hilfe.de	Frankfurt am Main c/o café exzess Leipziger Straße 91 60487 Frankfurt am Main Sprechzeiten jeden 2. und 4. Montag im Monat von 20–21.30 im Café ExZess ffm@rote-hilfe.de http://frankfurt.rote-hilfe.de	Kassel Postfach 103041 34030 Kassel kassel@rote-hilfe.de http://rotehilfekassel.noblogs.org	Oberhausen/Westliches Ruhrgebiet Paroli Treff (Die LINKE) Elsässer Straße 20 46045 Oberhausen oberhausen@rote-hilfe.de Sprechzeiten: 3. Donnerstag im Monat in Oberhausen von 18–19 Uhr im Paroli Treff, Elsässer Straße 20 Nur auf Anfrage: am 1. Mittwoch im Monat in Essen von 18–19 Uhr im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1. Bitte melde dich vorher per E-Mail und lass dir bestätigen, dass die Beratung stattfindet.	Südwestsachsen Leipziger Straße 3 09113 Chemnitz Sprechzeiten Chemnitz: jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Kompott-Büro Plauen, Thiergarterstraße 4, 08527 PLAUEN Beratungszeit für Plauen: Mittwochs 19–21 Uhr & nach Absprache
Bochum c/o soziales Zentrum Josephstrasse 2 44791 Bochum bochum@rote-hilfe.de http://bochum.rote-hilfe.de	Freiburg c/o Rasthaus Freiburg Adlerstraße 12 79098 Freiburg freiburg@rote-hilfe.de http://freiburg.rote-hilfe.de	Köln-Leverkusen c/o LC 36 e.V. Ludolph Camphausen Straße 36 50672 Köln koeln@rote-hilfe.de http://koeln.rote-hilfe.de	Oldenburg c/o Alhambra Hermannstraße 83 26135 Oldenburg oldenburg@rote-hilfe.de https://rotehilfeoldenburg.noblogs.org/ Sprechzeiten: jeden 3. Dienstag im Monat von 18 bis 19 Uhr im Alhambra	Trier c/o Komplex Infoladen Trier, Hornstr. 7, 54294 Trier
Bonn c/o Buchladen le Sabot Breite Straße 76 53111 Bonn bonn@rote-hilfe.de Beratungstermin bitte per e-mail anfragen	Göttingen c/o Buchladen Rote Straße Nikolaikirchhof 7 37073 Göttingen goettingen@rote-hilfe.de http://goettingen.rote-hilfe.de Sprechzeiten: Jeder 1. und 3. Mittwoch im Monat, 19:30 Uhr, Rote Hilfe Haus, Lange-Geismar-Straße 3	Königs Wusterhausen c/o APR KW Margaretenstraße 2 15754 Heidesee kw@rote-hilfe.de https://rotehilfekw.blackblogs.org/	Wiesbaden c/o Infoladen Linker Projekte Blücherstr. 46 65195 Wiesbaden wiesbaden@rote-hilfe.de http://wiesbaden.rote-hilfe.de/	Wuppertal c/o Schmitz' Katze e.V. Hochstraße 23 42105 Wuppertal
Braunschweig Eichtalstraße 8 38114 Braunschweig Telefon 05 31/838 28 (AB) Fax 05 31/2809920 braunschweig@rote-hilfe.de Treffen: Jeden 3. Freitag im Monat ab 20:00 Uhr	Greifswald Postfach 12 28 17465 Greifswald greifswald@rote-hilfe.de http://greifswald.rote-hilfe.de	Landshut c/o Infoladen Landshut Alte Bergstr. 146 84028 Landshut landshut@rote-hilfe.de	Osnabrück c/o Infoladen Alte Münze 12 49074 Osnabrück osnabrueck@rote-hilfe.de http://osnabrueck.rote-hilfe.de	Würzburg Postfach 11 02 12 97029 Würzburg Sprechstunde: jeden letzten Mittwoch im Monat um 18 Uhr in der MiezeKoze, Grombühl wuerzburg@rote-hilfe.de https://rotehilfewuerzburg.noblogs.org
Bremen Postfach 100811 28008 Bremen bremen@rote-hilfe.de http://bremen.rote-hilfe.de	Halle Postfach 11 01 03 06015 Halle (Saale) Sprechzeiten jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat ab 18 Uhr. halle@rote-hilfe.de http://halle.rote-hilfe.de	Leipzig c/o linXXnet, Brandstr. 15, 04277 Leipzig leipzig@rote-hilfe.de Sprechzeit: jeden Freitag: 17.30–18.30 Uhr linXXnet	Passau Postfach 12 06 94002 Passau passau@rote-hilfe.de http://passau.rote-hilfe.de	
Cottbus c/o Zelle79 Parzellenstraße 79 03046 Cottbus cottbus@rote-hilfe.de http://cottbus.rote-hilfe.de				

BEITRITTSERKLÄRUNG

Zutreffendes ankreuzen und bitte in Großbuchstaben ausfüllen!
Bitte senden an:
Rote Hilfe e.V., Postfach 3255, 37022 Göttingen

Oder QR-Code scannen und Online-Formular ausfüllen.



Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe e.V.

Ich bin an aktiver Mitarbeit interessiert

Ich möchte den E-Mail-Newsletter der Roten Hilfe beziehen, der aktuell über Repression berichtet

Ich zahle per Dauerauftrag auf das Konto der Roten Hilfe e.V. mit dem Betreff „Mitgliedsbeitrag“

Der Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. wird, jederzeit widerruflich, ermächtigt, die Beitragszahlungen für das (Neu-)Mitglied von dem nebenstehend angegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das genannte Kreditinstitut angewiesen, die von der Roten Hilfe e.V. auf das Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb von acht Wochen, beginnend ab dem Belastungsdatum, kann die/der KontoinhaberIn die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem angegebenen Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Eventuell verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchungen z.B. bei ungedecktem Konto) gehen zu Lasten der/des KontoinhaberIn und können ebenfalls von dem genannten Konto abgebucht werden.

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE49ZZZ00000318799
Mandatsreferenznummer: Wird separat mitgeteilt

Vorname / Name Neumitglied
Straße / Hausnummer
Postleitzahl / Wohnort
Telefonnummer
E-Mail
Name und Sitz des Kreditinstituts
BIC
IBAN
Datum / Unterschrift Neumitglied

Ich zahle einen **Mitgliedsbeitrag** von

jährlich 90 Euro
anderer Betrag _____ Euro

halbjährlich 45 Euro
anderer Betrag _____ Euro

vierteljährlich 22,50 Euro
anderer Betrag _____ Euro

monatlich 7,50 Euro
anderer Betrag _____ Euro

Ich zahle einen **Solibeitrag** von

jährlich 120 Euro
anderer Betrag _____ Euro

monatlich 10 Euro
anderer Betrag _____ Euro

Der Mindestbeitrag beträgt 7,50 Euro monatlich.
Der ermäßigte Mindestbeitrag für SchülerInnen, Erwerbslose usw. beträgt 5 Euro monatlich. Empfohlen wird ein Solibeitrag von 10 Euro monatlich bzw. 120 Euro jährlich.



Impressum

Herausgeber

Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.
bundesvorstand@rote-hilfe.de
info@rote-hilfe.de
Fingerprint: 56BA 50D9 17EB 55F7 ooB8
C4AE 8E07 407D B4EE 5F81

V.i.S.d.P.

H. Brückner
PF 32 55, 37022 Göttingen
Eigendruck im Selbstverlag

V.i.S.d.P. für die AZADî-Seiten

Arno-Jermaine Laffin

(Anschrift siehe AZADî-Seiten)

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Die Verfasser_innen der namentlich nicht gezeichneten Artikel sind der Redaktion bekannt.

Auflage

16.244 Exemplare;

Die Rote Hilfe Zeitung erscheint quartalsweise.
Für die Ausgabe 1/2026 gilt: Erscheint Ende Februar 2026; Redaktions- und Anzeigenschluß: 09.01.2026

eine Teilausgabe enthält einen Mitglieder-rundbrief.

Preise

Einzelexemplar: 2 Euro
Abonnement: 10 Euro im Jahr
Exemplare zum Weiterverkauf: 1 Euro

Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Linke Publikationen, linke Projekte, Infoläden sowie Gefangene bekommen auf Anfrage ein kostenloses Abo.
Rechtsanwaltskanzleien können zwei kostenlose Exemplare pro Ausgabe erhalten.
Abonnements & Weiterverkauf:
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

Zuschriften und Anfragen

Rote Hilfe Redaktion
Postfach 32 55, 37022 Göttingen,
rhz@rote-hilfe.de
Fingerprint: 2856 EFAC 004D 749C DB5D
0B36 A760 1F96 E7C5 B979

Diese Adresse bitte nicht für Mailinglisten verwenden!

Zusendung von Artikeln und Leser_innenbriefen wenn möglich per e-Mail.

Unverlangt eingesandte Texte und Bilder werden nicht zwingend abgedruckt.
Die Auswahl der zu veröffentlichten Texte liegt im Rahmen der Satzung der Roten Hilfe e.V. im Ermessen der Redaktion.

Abbildungen, die Personen zeigen, werden von uns umfassend unkenntlich gemacht.
Ausgenommen sind historische Personen und Personen, die ausdrücklich der Veröffentlichung ihres Bildes zugestimmt haben. Bei uns zugesandten Bildern muss die Zustimmung zur Veröffentlichung durch die Einsender_innen eingeholt worden sein.

Austauschanzeigen

Austauschanzeigen linker Zeitschriften drucken wir nach Möglichkeit ab. Anzeigen in den Datei-Formaten jpeg, tif (mind.

300dpi, Graustufen), bitmap (mind. 600dpi, sw), pdf oder Vektor-EPS an: anzeigen@rote-hilfe.de

Mitgliedsbeiträge und Spenden

bitte nur auf folgendes Konto überweisen:
Rote Hilfe e.V.
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE
Sparkasse Göttingen

Adressänderungen

bitte an: bundesvorstand@rote-hilfe.de oder info@rote-hilfe.de

Datenschutz

Wie wir im Rahmen der Mitgliederverwaltung mit deinen Daten umgehen, erfährst du unter <https://rote-hilfe.de/images/pdf/Art13-mitglied.pdf>

Die Rote Hilfe im Internet

www.rote-hilfe.de

Zutreffendes ankreuzen und bitte in Großbuchstaben ausfüllen!
Bitte senden an: Rote Hilfe e.V., Postfach 3255, 37022 Göttingen

ÄNDERUNG DER BISHERIGEN ADRESSE/ BANKVERBINDUNG/ BEITRAGSHÖHE

Ich bin Mitglied der Roten Hilfe und ändere meinen Beitrag / meine Bankverbindung / meine Adresse

Meine bisherige Anschrift / Bankverbindung

Vorname / Name Mitglied
Straße / Hausnummer
Postleitzahl / Wohnort
Telefonnummer
E-Mail
Name und Sitz des Kreditinstituts
Kontonummer
Bankleitzahl
BIC
IBAN
Datum / Unterschrift Mitglied

Meine neue Anschrift / Bankverbindung

Vorname / Name Mitglied
Straße / Hausnummer
Postleitzahl / Wohnort
Telefonnummer
E-Mail
Name und Sitz des Kreditinstituts
Kontonummer
Bankleitzahl
BIC
IBAN
Datum / Unterschrift Mitglied

Ich zahle einen **Mitgliedsbeitrag** von

jährlich 90 Euro
anderer Betrag _____ Euro

halbjährlich 45 Euro
anderer Betrag _____ Euro

vierteljährlich 22,50 Euro
anderer Betrag _____ Euro

monatlich 7,50 Euro
anderer Betrag _____ Euro

Ich zahle einen **Solibeitrag** von

jährlich 120 Euro
anderer Betrag _____ Euro

monatlich 10 Euro
anderer Betrag _____ Euro

Der Mindestbeitrag beträgt 7,50 Euro monatlich.
Der ermäßigte Mindestbeitrag für SchülerInnen, Erwerbslose usw. beträgt 5 Euro monatlich.
Empfohlen wird ein Solibeitrag von 10 Euro monatlich bzw. 120 Euro jährlich.



04



Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht persönlich ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.



In Solidarität mit allen Frauen, die im Knast sind und jenen, die den Kampf weiter führen.

In Gedenken an alle Genossinnen, die im Kampf für eine Gesellschaft frei von Patriarchat, Unterdrückung und Ausbeutung unsterblich geworden sind.

(...) Wir halten die Auseinandersetzung mit Repression gegen Frauen besonders notwendig, nicht nur, weil in den letzten Jahren Frauen zunehmend wieder von Repression betroffen sind, sondern weil sie mit einer spezifischen Repression konfrontiert sind, deren Methoden auf dem patriarchalen Gesellschaftssystem beruhen.

„Repression“ ist weit gefasst; In dieser Broschüre machen wir einen kurzen historischen Abriss, kommen zur heutigen Situation, führen spezifische Merkmale von Repression aus und kommen dann zur Hauptfrage, wie können wir uns empowern und ermächtigen, auch in der Situation Haft. Wir freuen uns, dass unsere kurdische Genossin C. ihre Erfahrungen aus der 4,5 Monate langen Haft mit uns teilt. Und auch, dass L., eine Genossin aus dem Antifa-Ost-Verfahren ein Interview für diese Broschüre gegeben hat.

Broschüre DIN A5, 64 Seiten

Herausgegeben von der Roten Hilfe e.V., Ortsgruppe Stuttgart im März 2025

Die Broschüre kann kostenlos beim Literaturvertrieb der Roten Hilfe e.V. bestellt werden (literaturvertrieb@rote-hilfe.de) oder in digitaler Form von der Website der Ortsgruppe Stuttgart rotehilfestuttgart.noblogs.org heruntergeladen werden.